

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1953.

Sonnabend, den 16. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1954.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Die Ratt' im Kellerneft.

Sie fuhr herum, sie fuhr herum  
Und soff aus allen Pfügen,  
Rernagt', zerträgt' das ganze Hans,  
Wollte nichts ihr Wüten mißen;  
Sie thät gar manchen Kengsternung,  
Wald hatte das arme Tier genung,  
Geiße.

Die geistreiche Frage, ob das Proletariat regierungsfähig sei, erledigt sich durch die Gegenfrage, ob denn die heutige Regierung regierungsfähig sei, und durch die Antwort, daß niemals — wenigstens Preußen-Deutschland — von unfähigeren Leuten regiert ist als gegenwärtig. Unser Staatswesen existiert, obwohl es regiert wird. Würden alle regierenden Minister und Verwaltungswirten auf einmal in den Streik treten oder nach Monaco reisen, niemand würde sie vermissen und die Welt würde vielmehr verwundert die tägliche Nation von Thorheiten vermissen, an die sie gewöhnt war. Der Massenstaat führt zur Umkehrung des Gesetzes Darwins: zur Auslese der Schlechten, zur Lebensbehauptung der Untauglichen, zur Regierungsfähigkeit der Regierungsunfähigen. Die seit Jahrhunderten zum Herrschen geborene Klasse erzeugt Persönlichkeiten, die sich nicht in der Leitung des kleinsten Wahlvereins behaupten könnten, wenn sie nur auf ihre natürlichen Anlagen und erworbenen Fähigkeiten angewiesen wären.

Aber der Langmut des preussischen Staatsbürgers ist unerschöpflich. Seit einem halben Jahrhundert erträgt er die Herrschaft der barbarischen Unfähigkeit, die ihre brutale Kraft lediglich darin bewährt, jede vernünftige Entwicklung zu hemmen. Diese Langmut häumt sich nicht einmal auf, wenn die Unfähigkeit zu rasen beginnt und auch der Blindheit die Wirkungen sieht.

Ein Musterbeispiel einer regierungsunfähigen Regierung, die sich dennoch behauptet, bietet die preussische Polenpolitik. Jeder Mensch, dessen Intelligenz es gestattet, die Wirkungen eines Gesetzes mit einiger Sicherheit vorauszu sehen, müßte sich sagen, daß die Hunderte von Millionen — fast eine halbe Milliarde — die in die Germanisation gesteckt wurden, lediglich zur Kräftigung des Polentums führen würden. Gewiß steckt in dem Ansiedlungsfonds auch eine agrarische Liebesgabe; man wollte aus Staatsmitteln bankrotteten Gutbesitzern ausbilden. Aber für so verlogen halten wir die preussische Politik doch nicht, daß sie nur diesen Zweck verfolgte, daß die Germanisation nur Humpel war und daß um der Sanierung bankrotter Deutscher willen der Aufschwung des Polentums in den Kauf genommen wurde. Die Regierung wollte doch auch, so möchten wir annehmen, germanisieren. Hat sie aber mit ihrer Polengesetzgebung diesen Zweck erstrebt, so hat sie damit eine politische Unfähigkeit bewiesen, die ohnegleichen ist.

Die preussische Regierung hat sich an ihrer Polenpolitik vergiftet, und mit diesem Gift im Wauche läßt sie nun wild herum wie die Ratt' im Kellerneft, von der die Studenten in Auerbachs Keller singen, und sucht vergebens einen Ausweg. Die neueste Polenvorlage, die die preussische Verfassung und die Grundrechte des Reiches toll zernagt, indem sie den polnischen Proletariern den Erwerb von Grundbesitz auf dem Verwaltungsweg unmöglich machen will, ist nur aus solcher Rattenstimmung zu erklären.

Dem preussischen Herrenhause war die Ehre zu teil geworden, den neuesten „Kengsternung“ der halatistisch vergifteten Ratt' zu diskutieren. Das geschah am 8. März dieses Jahres. Die Kommission der Herrenhäuser beriet darauf die Vorlage mit einer ungewöhnlichen Gründlichkeit und Lebhaftigkeit. Sie änderte mancherlei, — wir haben seiner Zeit über die Änderungen berichtet — ließ aber das Grundprinzip bestehen: das verfassungswidrige Ausnahmegesetz, das zugleich einen Einbruch in das Freizügigkeitsgesetz und in andre Grundrechte des Reiches darstellt. Der von Herrn v. DeLow-Saleski erstattete, ganz vorzügliche Kommissionsbericht ist ein äußerst interessantes Kulturdokument preussischer Regierungspolitik geworden: ein wahrer Generalstabsbericht der wilden Kriegsfahrten einer — Ratt', die Gift im Wauche hat.

Aus diesem Bericht erfährt man, wie das preussische Justizministerium mit dem Rechte spielt. Die preussische Verfassung bestimmt: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich.“ Das bedeutet — Herrn Schönstedts Vertreter hat's zu Protokoll gegeben — nicht, daß die Grundgesetze für alle gleich gelten sollen, sondern daß die Gesetze für den gelten, auf den sie gemünzt sind. Um die verfassungsmäßig garantierte Rechtsgleichheit aufzuheben bedarf es also nur, daß man Specialgesetze für Schutze und Wälder, für Lehmann und Krüger, für Juden und Katholiken, für Junker und Proletarier macht. Wenn irgendwo ein Grundrecht unbedeutsam wird, so bestimmt man einfach: Dieses Recht soll nur für A und B, aber nicht für C und D gelten. So wird preussische Rechtsgleichheit aufgefacht! Auf ähnliche Weise hat man die Bestimmungen der Reichsverfassung, des Freizügigkeitsgesetzes, des Bürgerlichen Gesetzbuches in Grund geböhrt. Sehr hübsch ist auch die folgende Argumentation des Justizministeriums:

„Man kann auch nicht sagen, daß die Bestimmung des § 15b lediglich gegen die Polen getroffen ist. Er richtet sich gegen alle Preußen, auch solche nicht polnischer Junge, wenn von ihnen eine Gefährdung der Ansiedlungstätigkeit zu besorgen ist.“

Man beachte: der § 15b der Regierungsvorlage — in der Kommissionsfassung 13b — gilt lediglich für die polnischen Landes- teile. Gefährdung der Ansiedlungstätigkeit bedeutet Störung der Germanisation. Dennoch richtet sich das Gesetz nicht nur gegen Polen, sondern gegen „alle Preußen“, die — polonisieren, also ver- mächlich in erster Linie gegen preussische Minister und sonstige Galatisten.

Wollte einmal die Sozialdemokratie nach diesem Schema den Großgrundbesitz expropriieren — sie wird freilich solcher Kniffe

und Kniffe nicht bedürfen — so könnte sie die Behauptung, daß die Expropriation ein Gesetz gegen die Junker darstelle, so widerlegen: „Man kann nicht sagen, daß das Gesetz lediglich gegen die Großgrundbesitzer getroffen ist. Es richtet sich gegen alle Staatsbürger, auch gegen die Nicht-Großgrundbesitzer, wenn von ihnen eine Gefährdung der sozialistischen Ansiedlungstätigkeit zu besorgen ist.“

In dem Bericht wird sodann der jämmerliche Mißerfolg der seit 18 Jahren mit einem Staatsfonds von 350 Millionen betriebenen Germanisation hervorgehoben. Man hat erreicht, daß etwa acht Quadratkilometer deutschen Besitzes in polnischen Besitz übergegangen sind. Man hat mit den Germanisationsmillionen einen ungeheuren Aufschwung polnischer Unternehmungen hervorgerufen. Man hat — wie ein Circular des Dnismarkvereins hervorhob — die nationale Begeisterung der Polen gestärkt, die polnische Propaganda in die Nachbarprovinzen getrieben und schließlich bewirkt, daß „bürgerliche Tugenden, Anpruchslosigkeit und Gewerbesleiß bei den Polen lebhafter zum Ausdruck kämen als bei den Deutschen der Dnismark.“ Und dieser famos Dnismarkverein begründet in dem Circular das neue Ansiedlungsgesetz gerade damit, daß die bürgerlichen Tugenden der Polen auf diese Weise gewaltam unterdrückt würden: Also mit nadtien Worten ein Gesetz zur Unterdrückung kulturellen Aufstiegs! Niemals ist so offenerherzig und so dumm der wirkliche Beweggrund aller derartigen Ausnahmegesetze aufgedeckt worden, die immer nur eine niedergehende Herrenschicht gegen eine kulturell aufsteigende Klasse schützen sollen.

Durch den ganzen Kommissionsbericht geht aber auch ein Zug tiefen Mitleids. Niemand glaubte recht an die neue Weisheit der königlich preussischen Staatsregierung, ja alle Richtungen sind im Grunde Gegner des Gesetzes und stimmen nur dafür, weil die Regierung es einmal will und man sonst die ganze Ansiedlungs- politik aufgeben müßte.

Die Motive dieses herrenhäuserischen Widerwillens liegen sicher nicht in der Verfassungswidrigkeit und in dem Ausnahmeharakter der Vorlage, auch nicht in den Bedenken gegen den bisher noch nicht gewagten elementaren Eingriff in das Eigentumsrecht. Junkerrecht ist seit jeher Herrenrecht. Und die Herrenhäuser fühlen sich stets als Herren über das Recht. Aber einmal glaubt man nicht an die Wirksamkeit der Vorlage. Der Zweck heiligt zwar das Mittel, aber man soll ein unheiliges Mittel vermeiden, wenn es voraussichtlich den Zweck doch nicht erreicht. Dann fürchtet man offenbar ein Sinken der Bodenpreise, die durch den wilden Konkurrenzkampf der Ansiedlungskommission, der deutschen und der polnischen Landbanken in die Höhe getrieben worden sind. Und endlich liegt auch den deutschen, mit polnischen Arbeitern wirtschaftenden Agrariern daran, die polnische Landbevölkerung festhaft zu machen, was gerade die Vorlage verhindern will.

Diese in der Kommission bewährten Antipathien der Herrenhäuser gegen die Gesetzgebung der Herren Rheinbaben, Poddbielski, Hammerstein und Schönstedt machten sich in der schärfsten Weise in der am Freitag im Herrenhause geführten, recht interessanten Generaldebatte geltend. Nur zwei Herrenhäuser verteidigten eigentlich die Vorlage: der polnische Galatist Siegiemund v. Dnismarkow, modischer Referentienants- und Assessor, der auf Robertly bei Reserit den „alten und befestigten Grundbesitz“ vertritt, und der Graf und Marquis von und zu Hoensbroech, der aus allerhöchstem Vertrauen in das Herrenhaus berufen worden ist, dieses Vertrauen aber dadurch zu verdienen sucht, daß er den Hinweis auf die Verfassung mit der Bemerkung abtut, man dürfe nicht die Verfassung zum Unterschlupf parteipolitischer Tendenzen machen.

Alle andern Herren erklärten sich gegen das Gesetz, und sie bezielten sich nur insofern verschiedenes, als die einen auch gegen das Gesetz zu stimmen erklärten, während die andern sich schließlich darenin fanden, „trotzdem“ dafür zu stimmen.

Den Reigen begann der Fürst Sayfeld, der mit bewußter Fronte, wenn er sich selbst meinte, von „dem früheren Oberpräsidenten von Schlesien“ sprach. Fürst Sayfeld ist vor kurzem plötzlich aus seinem Amte geschieden — aus Gesundheitsrückichten. Heute machte der lebenswüchtige Herr einen außerordentlich jugendlichen Eindruck. Seine Krankheit scheint darin bestanden zu haben, daß seine verständige Intelligenz unter dem heutigen Ministerium als unzulässige Ueberhebung über die Vorgesetzten aufgefaßt wurde. Der Fürst Sayfeld nun verteidigte in den unwesentlichen Hauptsätzen die Vorlage, um sie in den bedeutungsvollen Lebensfragen in Grund und Boden zu widerlegen: Die Polen haben ein Recht auf ihre Nationalität — die Politik der Radelstiche schadet nur — mechanische Mittel helfen nichts — die Galatisten rufen nur Scenen nach Art der Kravalle von Laurahütte hervor — will man germanisieren, so verbessere man vor allem die Schulen. Nachdem er diese vernichtende Kritik an der Polenpolitik geübt, schloß er nicht ohne Besheit mit der Verbeugung: „Entweder müssen wir das ganze Ansiedlungswesen aufgeben oder die Konsequenz ziehen und die neue Vorlage bewilligen. Also bewillige ich die Vorlage, aber es wäre ein großes Unglück, wenn man sie — antwende.“ Denn nichts anderes bedeutet die Wahrung des früheren Oberpräsidenten von Schlesien: Man solle ja nicht die Seghaftmachung der polnischen Bevölkerung verhindern.

Als schroffe Gegner des Gesetzes, gegen das sie auch stimmen werden, traten der Graf Prashma, ein Centrumsmann auf, der sich als Gegner aller Ausnahmegesetze vorstellte, und der Graf Oppersdorff, der — fast wie ein „Anführer“ — wider Ausnahmegesetze, die man gegen den kleinen Mann mache, in schneidenden Deduktionen sprach. Für die Polen sprach wieder Herr

v. Koscielski in seiner etwas ausgelassenen und wahllosen Lebhaftigkeit, voll böser Späße gegen die Ministerbank.

Auch der Graf Mirbach wird zwar für das Gesetz stimmen, glaubt aber nicht an seinen Erfolg. Bauernschlau ergriff er die Gelegenheit beim Schopfe und erklärte, germanisieren würden nur — höhere Hölle, und die Polonisation sei nur die Folge, daß die Handels- und Weistbegünstigungs-Verträge immer noch nicht kündigt seien. Da nun die höheren Preise aber doch auch den Polen zu gute kommen, wird dieser Germanisator wohl ein weiteres Gesetz verlangen müssen, daß Wucherzölle auf polnisches Getreide und polnisches Vieh nicht wirken dürfen.

Ähnlich sprach auch der dicke, heisere und kurzatmige Herr v. Mantuffel, der ja auf der Liste der Nachfolger des Grafen Wilow steht. Auch er hält von der Vorlage gar nichts, aber er wird für sie stimmen, weil's die Regierung nur einmal so beschlossen hat. Für die Staatsberatung aber — „wenn ich sie noch erleben“ — kündigte er eine große Sozialistenmordrede an — Ausnahmegefesse her gegen die Kerle, „die uns alle aufhängen wollen.“

Die Regierung sandte nur einen Streiter ins Gefecht, aber was für einen: Herr v. Poddbielski, dieser unsterbliche Großächter parlamentarischer Redebüchsen, rang zehn Minuten mit der deutschen Sprache, in die seine verquollenen aber scheidigen Gedanken sich durchaus nicht schiden wollen. In seinen Angriffen auf die polnischen Landbanken hat er sich eine böse Niederlage zugezogen. In der Kommission hatte er behauptet, daß die polnischen Landbanken brutal gegen die Ansiedler vorgingen: „Könne er die Ratt' nicht oder nicht regelmäßig zahlen, so setze man ihn sofort an die Luft, ebenso kurzer Hand den Eigentümer bei nicht geleisteter Zinszahlung.“ Wir haben keinen Beruf, kapitalistische Unternehmungen zu verteidigen, aber Herr Koscielski hat zweifellos nachgewiesen, daß die polnischen Landbanken so gut wie niemals einen Ansiedler „an die Luft setzen“, und auch niemals gegen einen Ansiedler prozessieren. In seiner Antwort zeigte Herr v. Poddbielski, daß er nicht das geringste Material für seine Behauptung beibringen konnte, er zog sich darauf zurück, daß die Verträge „halsabschneiderisch“ seien, was ja möglich ist, — halsabschneiderisch wie alle Funktionen und Institutionen des Kapitalismus.

Zum Schluß aber erhob sich Herr v. Poddbielski zur ganzen Höhe seiner preussischen Weltanschauung, indem er in den Saal schmettete: „Wir befinden uns im Kriege, und im Kriege gelten alle Mittel.“ Zwar gelten auch nicht im Kriege alle Mittel, sondern die völkerrechtlichen Beschränkungen, zwar ist Krieg gegen Staatsbürger Revolution und Staatsstreik — aber freilich Staatsraison der Ratt' in preussischen Kellerneft ist es seit jeher, alle Mittel anzuwenden, insonderheit wenn man an sich selbst vergiftet hat und keinen Ausweg weiß. . . .

Am Sonnabend beginnen die Herrenhäuser die Specialberatung der Polenvorlage die trotz der allgemeinen Abneigung — die „liberalen“ Wägenmeister und Professoren dulden tapfer das Unmögliche [schweigend] — angetommen werden wird.

### Ueber die Seeschlacht vor Port Arthur

wird der russischen Telegraphen-Agentur aus Port Arthur gemeldet: Um 6 Uhr morgens fand ein Kampf zwischen sieben Torpedobooten und japanischen Schiffen statt, der bis 7 Uhr morgens dauerte. Die „Desiratschny“ wurde von drei Torpedobooten umringt und ging unter, vorher war der Kreuzer „Wajan“ zu ihrer Hilfe herangekommen. Die feindlichen Torpedobooten zogen sich zurück auf die Vorhut ihres Geschwaders. Um 8 Uhr ungefähr verließen die Linien- schiffe „Petropawlowsk“, „Bobjeda“, „Pereswet“, der Kreuzer „Wajan“, 5 Torpedobooten und der Minentreuzer „Waidama“ die Reede und nahmen Kurs auf das feindliche Geschwader. Dieses zog sich auf das Gros zurück, das bald in einer Stärke von 16 großen Schiffen in Sicht kam. Darauf ging unser Geschwader auf die Reede zurück und nahm Schlachtlage ein. Um 9 Uhr 30 Minuten erfolgte die Explosion, wodurch die „Petropawlowsk“ innerhalb zwei Minuten versank. Ueber die Anzahl der Verwundeten schwanken die Angaben zwischen 50 und 60. Auch die „Bobjeda“ wurde am Mittelteil beschädigt, worauf sie im inneren Bassin zu Anker ging. Das japanische Geschwader blieb bis 8 Uhr nachmittags in Sicht, dann teilte es sich in zwei Abteilungen und verschwand am Horizont. Es wechte während der ganzen Zeit eine starke Brise, die abends zu einem heftigen Sturm anwuchs.

Ueber die doch sehr nahe liegende Frage, ob die Minen, durch die die „Petropawlowsk“ versenkt und die „Bobjeda“ beschädigt wurden, russische oder japanische Minen waren, giebt auch dies Telegramm keine Auskunft. Da in solchen Fällen Schweigen auch eine Antwort bedeutet, darf man wohl nummehr mit Bestimmtheit annehmen, daß es japanische Minen gewesen sind, die der Port Arthur-Flotte diesen neuen und schwersten Verlust beigebracht haben.

Der Tschifur Berichterstatter des „Daily Express“ drahtet vom 14. d. M., es seien bestimmte Anzeichen vorhanden, daß der Untergang des „Petropawlowsk“ direkt einem japanischen Angriff zuzuschreiben sei. Logos Flotte segelte nach der Hafeneinfahrt und traf dort auf Russen. Die Katastrophe erfolgte während eines heftigen Gewähltampfes. Der Meldung, daß die „Petropawlowsk“ auf eine Mine aufgelaufen sei, werde in Tschifu kein Glauben beigemessen, denn die russische Flotte habe Tag für Tag Ausfälle auf dem gleichen Wege gemacht, ohne daß ihr ein Mißgeschick widerfuhr. Es sei in Tschifu bekannt, daß es Logos Absicht gewesen sei, die Russen aus dem Hafen herauszuloden und ihnen einen vernichtenden Schlag durch Ingrundbohren oder wenigstens Beschädigung ihres Flagggeschiffes zu versetzen, losse es, was es wolle.

Das Wahrscheinlichste ist, daß die beiden Panzer auf japanische Minen aufstießen, die von der japanischen Torpedoflotte vor dem Auslaufen der russischen Flotte versenkt worden waren. Ein ausführlicher japanischer Bericht wird ja darüber vernünftiger Auskunft geben.

### Weitere Zusammenstöße vor Port Arthur?

Tschifu, 15. April. (Meldung des „Reuterischen Bureau“). Kommodore Tschah vom chinesischen Kreuzergeschwader berichtet, er habe bei Port Arthur gestern den ganzen Tag lang ab und zu Schüssen gehört.

London, 15. April. Einer Meldung des „Daily Chronicle“ aus Tokio zufolge begibt sich Bismarck nach in besondrer Mission nach Deutschland.

### Russische Trauer sei deutsche Trauer

sol Wilhelm II. in einem von Syralus aus abgeordneten Kondolenztelegramm an den Zaren versichert haben. Soweit das Beileid den politisch unbeteiligten, willenlosen Opfern des Krieges gilt, könnte eine solche Versicherung auch auf die Zustimmung des deutschen Volkes rechnen, jede darüber hinaus gehende Deutung müßte dagegen schärfstem Protest begegnen!

### Krise und Diebereien.

Privatnachrichten aus Rußland geben ein Bild der wachsenden wirtschaftlichen Krise, die sich als unmittelbare Folge des Krieges immer mehr ausbreitet. Wir haben bereits Nachrichten aus dem südlichen Osten und dem großen Centrum des Getreide-Exports Odesa gebracht, jetzt schreibt man uns aus Kiew: Der altberühmte „Kontrakt“-Zahrmarkt — jährliche Zusammenkunft der Agrarier und Industriellen aus dem ganzen Distrikt, bei der in landwirtschaftlichen Produkten, namentlich der Getreide, engros gehandelt wird, sowie auch in Grund und Boden — hat in diesem Jahre mit einer ganzen Reihe von Krisen geendet. Namentlich bezieht sich das auf die Spekulation in Grund und Boden.

Aus Moskau wird gemeldet: Die hiesigen „Kustari“ (Hausindustrielle Bauern, die für Händler arbeiten) sind arbeitslos. Die Fabriken arbeiten, nach der Versicherung der Unternehmer, mit Verlust.

In ganz Sibirien feiern beinahe alle industriellen Etablissements. Angesichts dieser allgemeinen Not der arbeitenden Bevölkerung setzt jedoch die Regierung ihr skrupelloses System der Brandbeschattung für Kriegszwecke fort und daneben sehen auch die zahllosen Wälder aus dem zarischen Beamtentum ihr diebstahliches Handwerk munter fort. Charakteristisch ist hierfür ein hartnäckiges Gerücht, das gegenwärtig in Wilna umgeht. Wir schreiben seiner Zeit, daß man über die Urheber jener kleinen Explosion in der Murawjew-Kapelle nicht im klaren war. Die einen vermuteten darin einen kläglichen Versuch einer polnisch-nationalistischen Kundgebung, die andern — ein provokatorisches „Attentat“ der Polizei. Jetzt wird der Vorfall auf folgende Weise erklärt: Die bereits stark beschädigte Kapelle sollte schon längst von Regierungswegen repariert werden und bestimmte Summen waren für diesen Zweck affigiert. Die Reparaturen fanden in Wirklichkeit gar nicht statt, da tritt aber die „Explosion“ ein, die die angeblich vollzogenen Reparaturen vernichtet haben soll, und das giebt den Prätext zu neuen Sammlungen „für den Renont der Kapelle“. Popen und Polizei als „Anarchisten“ — in der That, ein Bild für Götter!

Ueber die Diebereien der Intendantur geben folgende Thatsachen einen Beleg: Bei den außerordentlichen Lieferungen für die Armee sind alle Preise in ungläublicher Weise aufgeschraubt worden. Für ein Pferd, das sonst 60—70 Rubel kostet, werden jetzt 200—250 Rubel gezahlt, wobei 50 Rubel als „Erfennlichkeit“ dem betreffenden Intendanturbeamten in die Hand gedrückt werden. Die kurzen Schafpelze, die sonst 7—8 Rubel kosten, werden der Armee für 20—25 Rubel das Stück geliefert, — dabei gehen wieder 3 Rubel pro Stück zur Verstärkung des Beamten. Bei den Lieferungen von Bekleidungsgegenständen werden außerdem — immer gegen „Erfennlichkeiten“ an die Einkäufer der Intendantur — nur die oberen Schichten der Ware gepreßt, unten aber liegt massenhaft schadhafte und verkaufte Zeug. So werden die russischen Soldaten für ihre Reise nach dem Osten und für den Krieg von der zarischen Regierung equipiert! —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. April.

### Der Reichstag

legte heute sehr großen Arbeitseifer an den Tag, so daß sich die Sitzung bis tief in die achte Stunde ausdehnte, aber die Debatte über den Etat des Reichsfinanzlers führte er trotzdem noch nicht zu Ende. Unsere Fraktion ist an dieser Verzögerung der parlamentarischen Geschäfte ganz unschuldig; kein Sozialdemokrat sprach heute, nur bürgerliche Abgeordnete, die in zum Teil recht überflüssigen Ausführungen, an Wiederholungen und Trivialitäten ihr Genüge fanden.

Hervorragendes leisteten darin besonders Graf Kanitz, der wieder einmal zur Klärung der Handelsverträge scharf zu machen suchte und Herr Dr. Arndt, der für das evangelische Bewußtsein gegen die Jesuiten siegreich in die Schranken trat. Eine glückliche Nebenart verhindert diesen „Politiker“, zu bemerken, wie grotesk gerade er in dieser Rolle wirkt.

Auch Herr Bayer, der schwäbische Kammerpräsident, hätte seine Ausführungen über das zweifelhafte Recht des Bundesrats, einen fünf Jahre alten Beschluß des Reichstages, wie in der Jesuitenfrage, erst jetzt in Kraft zu setzen, bedeutend kürzer fassen können, sie wären dann wirksamer gewesen.

Einen nicht unbeträchtlichen Raum in der Debatte nahm die Erklärung der Polen- und Welfenfrage in Anspruch. Der Polengraf Mielezkyne widmete seinem „Freund und Gönner“, dem Minister Sommerstein einige recht bissige Bemerkungen und kennzeichnete dann das Ansiedlungsgesetz als einen brutalen Eingriff in das Privatvermögen. Die forumpierenden Wirkungen der Antipolenpolitik auf die preussischen Beamten wurden von ihm mit einer Reihe von Beispielen belegt. Seine Ausführungen riefen den Grafen Posadowsky auf den Plan, der sich zu einer Verteidigung der neuen Ansiedlungs-Gesetzgebung hergab, und dann in langen geschichtswissenschaftlichen Betrachtungen, auf die Reichsregierung abgefaßt hätte, für das Recht der siegreichen Stärke bei der Staatenbildung, die mit sentimentalen privatrechtlichen Erwägungen nicht umgestoßen werden könne, eintrat. Dabei gab der Staatssekretär zu, daß bei der Konkurrenz zweier Klassen nicht gesetzliche Maßnahmen, sondern Mäßigkeit und Intelligenz entscheidend wären. Daß er damit das schärfste Urteil über die preussische Politik kleinerer Chläne aussprach, schien ihm zu entgehen.

Die geschichtswissenschaftlichen Betrachtungen des Staatssekretärs veranlaßten den Welfen Graf Bernstorff Jeungh für die Treue gegen sein angeflammtes Fürstentum auch im Unglück abzulegen.

Anerkennung verdient der Eifer, mit dem der freimüthige Eingänger Herr v. Gerlach sich ganz auf den Standpunkt der sozialdemokratischen Kritik bei der Frage der Ausweisung der russischen Studenten stellte.

Zum Schluß polemisierte der elbische Demokrat Blumenthal gegen das elbische Centrum, und seine gelegentlich recht witzigen Bemerkungen fesselten eine nicht unbeträchtliche Zuhörerschaft unter den Abgeordneten, die aber nur aus reinem Gerechtigkeitsgefühl auch noch einer längeren Rede des Staatssekretärs v. Köller standhielten. Herr v. Köller ist recht alt geworden und es fällt ihm nichts mehr ein. Als er mit lomonischen Entsetzen von der Möglichkeit sprach, daß ihm einmal nachgesagt werden könne, er sei Demokrat, entsetzte er große Lachstürme. Aber gegen diese Gefahr ist Herr v. Köller wirklich gefeit. — Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

### Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause hat mit Hilfe einer Abend Sitzung nur glücklich die zweite Beratung des Autarkietats beendet. Die große „Aussidebatte“ brachte, abgesehen von einer Rede des Herrn v. Kardorff, nichts Bemerkenswertes mehr. Der freikonservative Freiherr brachte im wesentlichen dieselben Anschauungen wie kürzlich im Reichstage zum Austrag und zog mit guter Ironie gegen seinen Fraktionskollegen, den konservativen Kemnitz zu Felde, indem er seinem Entzücken darüber Worte gab, endlich jemand gefunden zu haben, der in der Siegesallee ein Antifort erblicke.

Beim Kapitel Rezhinaltwesen gab die Regierung die Erklärung ab, daß sie der materiellen Stellung der Hebebeamten ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Zu beklagen sei besonders der Mangel einer ausreichenden Fürsorge für Alter und Invalidität. Das Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz finde an sich auf die Hebebeamten keine Anwendung, könne aber durch Bundesratsbeschluss auf sie ausgedehnt werden. Ein entsprechender Antrag sei gestellt, die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. — Weiter wurde die Unterstützung deutscher Ärzte im Osten aus dem Polenfonds zur Sprache gebracht. Die Thatsache an sich konnte der Minister nicht in Abrede stellen, er entschuldigte sich damit, daß dieses Vorgehen mit zu den Maßnahmen gehöre, die dazu bestimmt seien, der polnischen Agitation zu begegnen, und stimmte ein wehmütiges Klagegedicht über den Boykott deutscher Ärzte durch die Polen an. Daß er mit seinen Ausführungen im Hause einen Resonanzboden fand, versteht sich von selbst.

Am Sonnabend steht die Centrums-Interpellation betreffend die Stilllegung von Zechen im Ruhrrevier auf der Tagesordnung. Dann folgt die Beratung des Antrages Dr. Arndt (fl.) betreffend die Unterstützung der Veteranen von 1864 und hierauf der Etat der Verwaltung der direkten Steuern. —

### Der Zukunftsstaat des Reichs-Schatzsekretärs.

Wenn das Centrum einen Unfall plant, dann verdeckt es sich in allerlei Ausweichungsmanövern. Als das Centrum 1899 sich zum großen Plattenprogramm durcharbeiten und dabei den Schein einer anständigen Kostenaufbringung erweiden wollte, stellte es allerlei Fragen über die zukünftig zu erwartende Finanzlage des Reiches. Freiherr v. Tzielmann gab damals Berechnungen, auf Grund deren der Finanz-Zukunftsstaat glänzend ausfiel und neue Steuern unnötig erschienen. Das Centrum aber maskierte den Unfall, indem es dennoch einige neue Steuern schuf. Es stellte sich dann bald heraus, daß nicht der Reichs-Schatzsekretär und auch nicht das Centrum, sondern die Sozialdemokratie den Zukunftsstaat der Finanzen gegenwärtig am besten vorhergesagt hatte: daß statt des Glanzes das große Defizit kam. Jetzt erleben wir die zweite, etwas veränderte Auflage eines Centrumsunfalls und von Finanzpropheten, die ebenso lustig sind wie jene früheren, die sich von ihnen nur dadurch unterscheiden, daß sie ebenso schwarzberichtig gezeichnet sind wie jene schönfärbereich. Denn jetzt gilt es zunächst, den Finanzjammern zu heilen, wozu die lex Stengel durch Sicherung der Einzelstaatslasten vor Anforderungen des Reiches den Anfang machen soll.

Das Centrum hat vor Osten in der Budgetkommission bei Beratung der „Finanzreform“ dem Schatzsekretär einen langen Fragezettel vorgelegt, wie sich in den nächsten Jahren voraussichtlich die Reichsfinanzen gestalten werden. Der Schatzsekretär sagte zu, obwohl er wußte und es andeutete, daß an ihn eine unmögliche Aufgabe gestellt werde. Die Sozialdemokratie wird geföhnt, daß sie nicht ausmalen könne, wie der sozialistische Zukunftsstaat in allen Einzelheiten bis aufs Stiefelputzen beschaffen sein werde, aber kein Reichs-Schatzmeister ist in der Lage, auch nur die Finanzen des Reiches auf wenige Jahre hinaus einigermaßen sicher zu berechnen!

Herr v. Stengel hat seine Ferienarbeit vollbracht und die Centrumskomödie wird in der Aufstellung folgender Ziffervermutungen fortgeführt:

Es ist von 1904 bis 1900 eine Steigerung der Ausgaben zu erwarten für das Auswärtige Amt von 15 auf 18,7 Millionen Mark, für das Reichsamt des Innern von 78,4 auf 100,96, für die Verwaltung des Reichsheeres von 619 auf 692,7, für die Marineverwaltung von 175 auf 208,9, für das Münzwesen von 0,8 auf 1,3, für die Verzinsung der Reichsschuld von 104,7 auf 128,3, für den allgemeinen Pensionsfonds von 78,8 auf 95,4, für Veteranenbesoldungen von 11,5 auf 18, für die Post- und Telegraphenverwaltung von 427,4 auf 508,2, für die Reichsdirektoren von 5,8 auf 6,8, für die Reichseisenbahnen von 78,3 auf 97,4, für die Kolonialverwaltung von 22,6 auf 24, für Staatsschulden von 12,6 auf 12,7, für verschiedene Verwaltungsausgaben von 10,8 auf 11,6 Millionen Mark.

Bei den Einnahmen ist eine Steigerung zu erwarten für die Zölle von 400,8 auf 611,7, für die Tabaksteuer von 11,8 auf 12,2, für die Judensteuer von 105,3 auf 140,9, für die Salzsteuer von 50,3 auf 54,2, für die Reichsbottichsteuer von 12,7 auf 13, für die Verbrauchssteuer von Branntwein von 106,4 auf 106,5, für die Schaumweinsteuer von 4,5 auf 4,9, für die Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier von 29,5 auf 32,6, für die Post- und Telegraphenverwaltung von 480 auf 502,4, für die Reichsdirektoren von 5,8 auf 6,5, die Reichseisenbahnen von 90,3 auf 123,8, für die Ausgleichungsbeträge von 18,00 auf 24,50 Millionen Mark. Die Stempelabgabe für Wertpapiere und Kassengeschäfte wird dauernd auf 74,7 Millionen Mark geschätzt.

Insgesamt wird auf eine Steigerung der Ausgaben von rund 1894 auf rund 1925 Millionen und auf eine Steigerung der Einnahmen von 1614 Millionen auf 1874 Millionen gerechnet. Es würde sich danach in jedem Etatsjahre ein starker Fehlbetrag ergeben, der zwischen 50 und 95 Millionen Mark schwankt.

Alle diese Scheinberechnungen können nur Heiterkeit erwecken. Kein Schatzsekretär weiß heute mitzuteilen, welche Ansprüche in den nächsten Jahren die Militär- oder Marineverwaltung machen wird und die Chef dieser Verwaltungen wissen es selbst nicht. Ebenso wenig sind die Polleinahmen irgendwie voraus zu berechnen, da noch nicht einmal sicher ist, ob der neue Tarif in Kraft treten kann, und noch viel weniger, welche Einnahmen aus ihm dem Reiche zuzuführen werden. Die Aufstellungen sagen nur das eine, daß mit Fehlbeträgen gerechnet wird, daß die Zahlung von Beiträgen der Bundesstaaten über die Summe der Ueberweisungen hinaus fortdauern wird, daß durch Ausmalung dieses Zustandes dem Centrum der Unfall zur Stengelschen „Reform“ erleichtert werden soll. Dies wird die einzige Folge der Zukunfts-Finanzberechnung sein. Wenn dann die Bundesstaaten

geschügt sind, so können die anspruchsvollen Ressorts, insbesondere Militär, Marine, Kolonialamt auch mit ganz anderen Forderungen kommen, als sie das Schatzamt für die nächsten fünf Jahre in Aussicht stellt, und das Reich muß zu neuen Steuern greifen. Welcher Art diese Steuern sein sollen, weiß man hinlänglich: keinesfalls Steuern, die auf Gerechtigkeit Anspruch machen können.

Zunächst, so lustig die tendenziösen Vorherlagen des Reichs-Schatzsekretärs sind, es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß in dieser Aufstellung bereits das Geständnis bald bevorstehender, ganz kolossaler Erhöhungen des Militär- und Marine-Etats gemacht wird. Indem das deutsche Volk dies erfährt, verwandelt sich ihm die Post des Finanz-Zukunftsstaates zur schwersten Gegenwartsorge!

## Deutsches Reich.

### Zuchthaus und Presse.

Die „Zukunft“ schreibt unter der Ueberschrift „Preßpranger“:

Zu der „Magdeburger Zeitung“ fand ich den folgenden Bericht: Landgericht Magdeburg, Sitzung vom einunddreißigsten März. Der Arbeiter Hugo Bösch aus Hermerleben, geboren 1868, wurde am neunten Juli und fünften November 1903 in einer Prozehsache vor der hiesigen ersten Zivilkammer als Zeuge vernommen und erhielt an Verdäumnisstrafen drei Mark und zwanzig Pfennige bzw. vier Mark ausbezahlt, während er nach den späteren Ermittlungen jedesmal nur zwei Mark zu beanspruchen hatte. Der Angeklagte will aus Not gehandelt haben. Die Kammer erkannte wegen Rückfallbetruges auf eine Zusatzstrafe von anderthalb Jahren Zuchthaus und dreihundert Mark Geldstrafe, eventuell weitere zwanzig Tage Zuchthaus, und auf zweijährigen Ehrverlust. Weil ein armer Schländer im ganzen drei Mark und zwanzig Pfennige mehr gefordert und erlangt hat, als ihm nach dem knappen Zeugnisebühren-tarif zulässig, wird er fünfhundertundsechszig Tage ins Zuchthaus gesperrt und verliert für zwei Jahre die Ehrenrechte, für immer die Möglichkeit, zum Durchschnittslohn Arbeit zu finden. Ungefähr hundertundneunzig Zuchthausstrafe für jede ertragene Reichsmark. Von Resten wegen und im Namen des Königs. Warum werden über ein solches Urteil nicht hundert Zeitartikel geschrieben? Warum nicht in jeder Zeitung die Namen der Richter genannt, die es fällen konnten?

Warum? Gemütsruhig sieht die Presse an diesem Pranger. Er thut nicht weh. Es giebt außer der socialdemokratischen und einigen Eingängern in Deutschland keine Presse, die sich darüber aufregt, daß ein armer Teufel ins Zuchthaus gesperrt wird. Wohl druckt sie getreulich sogar die ihr zugehenden Verhandlungsberichte der gelehrten Körperschaften, die über Strafrechtstheorien und Abänderung der Strafgesetze beraten, so getreulich, wie sie die Börsenluste, die gestürzten Dreißiglerperle, die Heiratsgeuche und die Ministerreden druckt, aber aufregt? Das erforderliche Charakter und Charakter zöht sich nicht.

Da schildern wir Akt um Akt die Geheimnisse preussischer Gefängnisse, da schildern wir die unmittelbare Spitzelwirtschaft in Staatsbetrieben, da verzeichnen wir Tag um Tag die erstaunlichsten Verurteilungen von Arbeitern, die ihr Koalitionsrecht wahrnehmen:

Schweigen in der Presse!

Da haben wir ein Prozederessen gegen deutsche Socialdemokraten, weil sie auf deutschem Boden dem Kampfe gegen den russischen Jaxismus Hilfe geleistet haben sollen.

Wo ist die deutsche Presse? Sie schweigt.

Ja, wenn ein mächtiger Minister die Macht des Deutschen Reiches gegen ein paar harmlose russisch-jüdische Studenten in Bewegung setzt, sie womöglich den zarischen Dämonen auslieferen, da wird die Presse geschwätzig, da findet sie Töne der Entrüstung — gegen die Schornorrer und Berichtsweiser, die nichts wollen, als in ihrem Vaterlande Zustände schaffen, für die sich einst auch in Deutschland die Väter begeisterten.

Eine Presse, die sich im Zuchthause der preussisch-deutschen Reaktion wohl fühlt, die keine Empfindung hat für den korrupten russischen Zustand in Preußen-Deutschland, wie kann man solcher Presse zumuten, sich zu entrüsten, weil ein arbeitsloser Lump auf einige Monate ins Zuchthaus gesperrt wird? Im Zuchthause ist's ja warm und wenn man sich gut fährt, wird man in die erste Klasse verlegt!

Und die deutsche Presse führt sich sehr gut in ihrem Zuchthause. Nach der Würde kommandierender Generale geht sie nicht und wenn sie im Zuchthause erster Klasse sitzt und gut gefüttert wird, dann kann sie des Prangers lächeln, den einige arme Schächer ihr zugedacht.

### Nachmal Kardinal Kopp und das Leo-Hospiz.

Man schreibt uns: Die Haltung der „Germania“ in der Frage des Leo-Hospizes ist im höchsten Grade sonderbar. Sie ist um so sonderbarer, als gerade sie es war, die bei der Gründung der Anstalt den größten Lantam schlug und die tollsten Burzelbäume der Freude über diesen Centralpunkt katholischen Lebens und katholischer Agitation zu schlagen wußte. War doch nichts geringeres beabsichtigt, als von hier aus das rote Berlin zurück zu erobern und der socialdemokratischen Propaganda im Osten einen sicheren Niegel vorzusetzen. Wie die letzte Zuschrift an den „Vorwärts“: „Kardinal Kopp und das Leo-Hospiz“ beweist, ruft denn auch die Haltung des frommen Vlatzes, zumal in katholischen Vaterländern die heilige Entrüstung hervor. Vielleicht sind die folgenden Zeilen geeignet, die Angelegenheit ihrer Klärung noch etwas näher zu bringen.

Kardinal Kopp versucht jetzt, das Leo-Hospiz als eine „private“ Gründung hinzustellen. Er kann und wird damit kein Glück haben. Wo hätte wohl der ohne größere Vermittel dastehende Dr. Hille das Geld für ein derartiges Unternehmen hernehmen sollen? Wenn wir nicht sehr irren, ist in der Judikungs-Depesche, die bei der feierlichen Einweihung des Hospizes an Leo XIII. gesandt wurde, der amtliche Charakter der Anstalt ausdrücklich betont worden. Zudem war, wie der Schreiber dieser Zeilen von Dr. Hille selber weiß, das Leo-Hospiz von Anfang an gedacht als der Mittelpunkt der konfessionell katholischen Gewerkschaften. Das geht schon daraus hervor, daß der Gründer jener Anstalt auch der eigentliche Begründer des Berliner „Arbeiter“ ist, der heute die Münchener-Gladbacher Gewerkschaftsrichtung, als mit der Encyclica Rerum novarum und dem Motu proprio Pius' X. nicht in Einklange stehend, lebhaft belämpft. Und der Hauptträger dieser Richtung ist neben dem Kölner und Triester Bischof in erster Linie Kardinal Kopp. Hille war es denn auch, der zuerst die katholischen Arbeitervereine des Ostens energisch zusammenschloß, der auf die Gründung der bekannten Fachabteilungen, sobald die Sache nur eben zu machen ging, drängte, der vor allem die Bindthorff-Bünde in den Dienst der Arbeiterpropaganda zu stellen beabsichtigte war.

Es liegt schon in der Natur des auf unbedingte Subordination zugedachten katholischen Priestertums, daß der einzelne Kleriker derartig weitläufige Pläne gar nicht von sich aus in Angriff nehmen kann. Was die Nachbetrugnis, die die kanonische Regel dem Priester gegenüber den Gläubigen seines Amtsgebietes einräumt, noch so groß sein und das ganze Gebiet der Gewissen umfassen — soweit, wie oben erfordert, geht die Initiative des simplen Klerikers nicht. Nur bei weitestgehender amtlicher Billigung und Unterstützung aller seiner kirchlichen Oberen ist es möglich, derartige Projekte in die Praxis zu übersetzen. Die Billigung und Unterstützung, die Hille gefunden hat, weist denn auch über den Fürstbischof von Breslau hinaus. Sie deutet direkt noch Rom und — was für uns weit wichtiger ist — mitten in die Centrumpartei. Mitglieder des Centrums haben die Anstalt vor und nach ihrer Eröffnung nicht nur finanziell gefördert und für sie in allen Tonarten Klänge gemacht, bei der feierlichen Einweihung

war das Centrum durch die einflussreichsten seiner Mitglieder, vor allem durch den damaligen Präsidenten des Reichstags, den verstorbenen Herrn v. Bülow-Verenberg offiziell vertreten. Und wiederum war es, im Gegensatz zu der sich weit referentieller verhaltenden „Kölnischen Volkszeitung“, die „Germania“, die mit der größten Emphase neben dem religiösen auch auf diesen politischen Charakter der Gründung hinwies.

Es ist eitel Hünlererei, wenn heute behauptet wird, Dr. Hille habe sich damals der Situation nicht gewachsen gezeigt. Hille hatte bereits, bevor er nach Berlin kam, in seinem früheren Wirkungskreise eine ähnliche Anstalt unter großen Schwierigkeiten errichtet. Unter weit größeren, unter geradezu unjagbaren Kalamitäten führte er das Berliner Hospiz zur Vollendung. Hierin sowohl wie in der agitatorischen Propaganda entfaltete er solchen Eifer und solche Thätigkeit, daß er würdig befunden ward, mit einem sicheren Reichstags-Mandat bedacht zu werden, dem ein Abgeordnetenmandat nachfolgte. Man hielt ihn sogar für den rechten Mann, um gegen Stamm-Galberg zu kandidieren. Kamn war er im Reichstag, als man ihn schon zum Referenten in Kommissionen bestellte. Da kam mit einem Male die Nachricht, Hille habe sein Abgeordnetenmandat niedergelegt, sei von der Leitung des Leo-Hospizes und als Generalpräsident der katholischen Arbeitervereine zurückgetreten und als Lehrer der Socialwissenschaft an das Priesterseminar nach Fulda gegangen.

Vom ersten Augenblick an war es in katholischen Kreisen ein offenes Geheimnis, daß Dr. Hille unter dem Druck gewisser Vorkommnisse von seinen Aemtern und Würden habe zurücktreten müssen. Und hier liegt der Grund für das verlegene Schweigen der „Germania“, für die ängstliche Besessenheit des Kardinals Kopp, das Leo-Hospiz mit einemmale als bloßes „Privatunternehmen“ erscheinen zu lassen. Es zeigte sich, daß in Berlin für ein Unternehmen wie das katholische Arbeiter-Hospiz eben kein Boden war; der materielle Erfolg blieb gründlich aus und Dr. Hille stand wie Dr. Stephan jetzt vor zugrundgehenden Tischen. Der ewige Dalles, in den die Leitung des Leo-Hospizes hineingeriet, hatte geschäftliche Transaktionen recht fragwürdiger Natur zur Folge, über die der Reichs- und Landtags-Abgeordnete v. Savigny als der derzeitige Kurator der Anstalt näher unterrichtet ist. Deshalb ward Dr. Hille entfernt und deshalb sollen, von der rein pekuniären Seite der Angelegenheit abgesehen, die natürlich auch ihre Rolle spielt, die kleinen Leute und ihre Ersparnisse strapellos geopfert werden, da man mit dem „Privatunternehmen“ ja „nichts zu thun“ hat.

**Die Flottentreiber.** Der „Deutsche Flottenverein“ hält in Dresden eine Tagung ab. Im ersten Meinungsaustausch, den die versammelten Kommandanten, Kapitäne, Kommandanten usw. pflegten, wurde als gemeinsame Ueberzeugung festgestellt,

„daß der Deutsche Flottenverein fest entschlossen ist, eine erhebliche Vermehrung unserer Kriegsstärke mit allen Mitteln anzustreben.“

Ob die versammelten Herrschaften „fest entschlossen“ sind, die neuen Panzerflotten, deren Bau sie als brennende Frage ansehen, „mit allen Mitteln“ zu bezahlen, davon wird nichts gemeldet.

Wenn zwei daselbe thun ... In einer Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht in Breslau ist ein Ausspruch des Reichsgerichts bekannt geworden, der im höchsten Maße Aufmerksamkeit verdient. Das Breslauer Gericht hatte einen Schneidermeister verurteilt, der am Abend des 16. Juni 1908, als viele Leute gedrängt auf der Straße das Wahlergebnis erwarteten, sich der Schymannsbeleidigung schuldig gemacht haben sollte. Bei Abmessung der Strafe wurde u. a. auch auf die Jugendlichkeit zur socialdemokratischen Partei Gewicht gelegt. Das Reichsgericht, welches aus anderen Gründen das Urteil zurück verwies, hat nun diese parteipolitische Erwägung des Urteils durchaus gebilligt, indem es den Satz aufstellte: „Es ist nicht rechtsrührlich, wenn bei dem Strafmaß auf die politische Anschauung des Angeklagten Rücksicht genommen wird.“ „Rücksicht“ bedeutet natürlich, daß bei socialdemokratischer Anschauung ein härteres Urteil als bei andern politischen Anschauungen genommen werden darf. Daß diese „Rücksicht“ in politischen Prozessen sehr häufig von den Richtern unbewußt geübt wird, ist bekannt. Die offene Proklamation aber des zweierlei Rechts durch einen Senat des höchsten Gerichtshofes ist eine Verleumdung der deutschen „Recht“spruchung.

### Die ostpreussischen Unternehmer als Schmuggler.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Bekanntlich wird seit Jahren die Provinz Ostpreußen mit Polen und Russen überschwemmt, die zum „Schutze der nationalen Arbeit“ von Agrariern und Unternehmern zur Verrichtung von Feld- und Bahnbau-Arbeiten eingestellt werden. In diesem Jahre läßt die russische Regierung jedoch keine Arbeiter infolge des Krieges über die Grenze. Aber da unser Unternehmertum nun einmal ohne die Russen und Polen nicht leben kann, so hat es sich auf den Menschenhandel verlegt. Vor einigen Tagen wurden größere Truppen Arbeiter aus Rußland von den Unternehmern der Eisenbahnbauten eingeschmuggelt. Die kapitalistischen Provinzialblätter schreiben, daß es glücklicherweise gelang, die Arbeiter ohne große Gefahr über die Grenze zu bringen. Mit der Eisenbahn sind die Arbeiter dann weiter befördert worden; sie sollen am Eisenbahnbau Hellsberg-Wormditt beschäftigt werden. Das ist der Patriotismus des Unternehmertums! In Ostpreußen sind viele deutsche Arbeiter brotlos; für die Willauer Arbeitslosen mühte noch kürzlich ein Wohltätigkeitskongress veranstaltet werden, das jedoch keinen Heller Ueberfluß eingebracht haben soll. Trotzdem holt sich das Unternehmertum auf dem Wege des Schmuggels ausländische Arbeiter, nur weil diese billiger und williger sind. Ja, aber was soll aus den Arbeitern werden, wenn die Bahnbauten fertig sind? Nach Ausland können sie doch schwerlich zurück. Will man vielleicht die Arbeiter dauernd hier behalten und Streikbrecherkolonnen herstellen, die man dann nach Belieben verschicken kann, damit der deutsche Arbeiter noch mehr gedrückt wird? Uebrigens muß man sich wundern, daß die Agrarier, die sich in diesem Jahre ihre Arbeitskräfte aus Galizien und Belgien holen müssen, auf die Idee des Schmuggels nicht gekommen sind. Vielleicht werden sie es jetzt nachholen.

**Ein wichtiges Ereignis.** In den bürgerlichen Zeitungen ist zu lesen:

„Eine auffällige Mitteilung brachte die Lippisch-offizielle „Lippische Landeszeitung“. Sie schrieb: Erbgraf Leopold hat, wie uns mit dem Erfuchen um Veröffentlichung mitgeteilt wird, an den Beilegungsfeierlichkeiten in Karlsruhe (für die Fürstin-Witwe Sophie von Lippe-Deimold) nicht teilgenommen. Der hohe Herr hat sich gestern für einige Tage nach Berlin und Potsdam begeben.“

Auffallend ist diese offenbar aus der Umgebung des Grafregenten stammende Notiz deshalb, weil Erbgraf Leopold hauptsächlich nach Karlsruhe gereist war, um an der Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen. Das andre in Deimold erscheinende Blatt, die „Lipp. Tagesztg.“, verrät den Grund der Nichtbeteiligung des Erbgrafen. Es handelte sich danach um Eitelkeitsstreitigkeiten. Graf Leopold beanspruchte, bei der Trauerfeier seinen Platz unter den anwesenden Fürstlichkeiten einzunehmen, während ihm thätächlich, als dem Abgeordneten des Grafregenten, nur ein Platz unter den Abgeordneten von Fürstlichkeiten angewiesen war. Graf Leopold hatte sogleich nach seiner Ankunft in Karlsruhe

eine ganz kurze Audienz beim Großherzog und reiste über der Trauerfeier wieder ab. Bei der Feier blieb sein Platz und der seines Begleiters leer.“

### Ein Nachspiel zum Heidelberger Schreckensurteil.

Am Dienstag fand vor dem Mannheimer Schwurgericht ein Nachspiel des bekannten Militärereignisses während des letzten Manövers in dem Orte Reichartshausen statt. Vom Kriegsgericht der 28. Division wurden bekanntlich am 29. und 30. August in Heidelberg die bei den Ausschreitungen beteiligten Grenadiere zu 10, 6, 6 und 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis wegen Meuterei verurteilt. Das Oberkriegsgericht in Karlsruhe als Berufungsinstanz änderte die Strafe gegen den Hauptangeklagten in 7-Jahre Zuchthaus um, gegen die übrigen Angeklagten wurde auf 6 Jahre Gefängnis erkannt. Die beantragte Revision wurde vom Reichs-Militärgericht verworfen. Als Angeklagter wurde am Dienstag aus der Haft vorgeführt der 1879 geborene Tagelöhner Karl Sutter aus Reichartshausen. Der Angeklagte ist beschuldigt, zu den Vorgängen am 29. und 30. August Beihilfe geleistet zu haben.

Nachanwalt Edler, der Verteidiger des Angeklagten, wies auf die schweren Strafen der Soldaten hin. In die Hand der Geschworenen sei es gelegt, ob der Angeklagte Sutter auch so hart bestraft werden solle oder nicht. Die Soldaten hätten bei allen ihren Vernehmungen zur Tendenz geneigt, den Civilisten zu belassen, offenbar in der Annahme, daß dieser auf alle Fälle glimpflicher wegkomme als sie. Eine allgemeine Absicht, an jenem Tage Unteroffiziere zu mißhandeln, sei nicht festgestellt. Die Soldaten, auf deren Zeugnis man allein angewiesen sei, seien keine klassischen Zeugen. Wenn auch verurteilt, hätten die Leute immer noch Hoffnung, daß es ihnen immer noch irgendwelche Vorteile bieten könne, wenn sie ihre Verfehlung in einem günstigeren Lichte erscheinen ließen. Wenn man das berücksichtige, könne man den Aussagen Sutters vollen Glauben schenken. Von hervorragenden Kommentatoren werde die Ansicht vertreten, daß Beihilfe seitens eines Civilisten zu einem militärischen Delikt vom Strafgesetzbuch nicht erfasst werde. Der Angeklagte habe auch gar keine Beihilfe geleistet, sondern vollständig auf seine Karte gehandelt.

Der Antrag des Staatsanwalts lautet auf 1 Jahr 6 Monate. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis abzüglich der Untersuchungshaft. Strafmildernd war das Geständnis des Angeklagten, strafverschärfend der Umstand, daß Sutter Soldat gewesen ist und eher die Angeklagten hätte abhalten sollen, anstatt bei den Thätlichkeiten mitzuhelfen.

### Aus Deutsch-Südwest-Afrika.

Die „Münchener Post“ veröffentlicht folgenden Soldatenbrief eines Oberpfälzers vom Kriegsschauplatz:

„Afrika den 28. II. 04.“

Liebe Eltern!

Indem ihr nun wißt daß ich jetzt in einen solchen Jubal stehe und zwar ihm kriegerischen in Afrika sind fast 8000 Horenus Aufgestanden und wir nun jetzt Krieg führen müßten. Afrika sei ein Land, daß man sich sagt es sei das herrlichste Land Wasserarm am besten man muß Tagelang ziehen bis man Wasser findet zum trinken, zu lachen kann man überhaupt nicht reden. Obst gibts hier genug, jetzt ist Frühzeit in Afrika. Hier sind auch wenig Häuser Tage lang ein Haus, drei Tagelang eine Stadt und da ist die Sache ähnlich teuer. 1 Flasche Bier 2 bis 3 M. Cigaretten 1 Stück 25 Pf. um 3 Pf. Brot kostet 50 Pf. und so ist die Sache teuer Obst ist billig. Meine liebe Eltern es ist nun gefährlich mit diesen Leuten, den die Leute sind ganz schwarz tragen lange Zöpfe aber Nase ist nicht jetzt, bis sie alle erschossen sind und müssen über viele von uns den Geist aufgeben, den die Leute sind ausgerüstet wie wir und schießen ziemlich gut. Die Leute laufen ganz nackt rum, auch die Frauenzimmer sind beim geschäft. Die Leute sind ganz hart die wen einen gefangen nehmen von uns den ermordeten sie unbeschreiblich, sie stechen ein Die Augen raus schneiden die Beine ab und auf die Geschlechtsteile sind sie ganz arg. Die Frauenzimmer sind ganz gefährlich welches schon viele von meinen Kameraden bahnt ist. Gott Lob bin ich bis jetzt gesund aber es kann noch schlimmer werden. Dauern tut dies lange bis alles still ist, sie werden alle erschossen, und auch uns treffen die Augen Gefächte hab ich schon mitgemacht, da fallen aber viele weg vor meinen Füßen, und auch über mich fliegen viele Kugeln. Die Kugeln fliegen so als wens Regen täte. Nimert euch nicht, sollte ich wirklich fallen dann sterbe ich fürs Vaterland, und komme ich durch dan habe ich ein glück. Hört Du ich nicht mehr den es sind zu schlimm — gefährlich und groß. Also Liebe Eltern betet für mich und Hufe das wir wieder zusammen kommen, dauern tuts noch lange. Also Liebe Eltern richtet mir noch viele Grüße an meine Verwandten aus, und meinen lieben Geschwister. Die Kriegslösung wäre jetzt gut. Monatlich 85 M. Sollte ich fallen lieber Vater dann, erhältst du das Geld, so lange ich gedient habe. Die Hufe ist groß alle Tage 60 Grad. Legter Gruß von Soldat.

Auch dieser Soldatenbrief äußert Ansichten über die Art der Kriegsführung — „aber Ruhe ist nicht jetzt, bis sie alle erschossen sind“ —, die aller Humanität Hohn spricht. Außerdem beweist dieser Soldatenbrief, daß es Deutsche giebt, die sich in ihrer Mutter-sprache kaum so gut auszudrücken vermögen, als die „inferiores“ Peracos in der ihnen doch fremden deutschen Sprache!

Die „Tägliche Rundschau“ hatte eine Meldung gebracht, daß Leutwein mit den Hereros Unterhandlungen anzuknüpfen versucht habe. Demgegenüber erklärt der „Reichshof“, daß diese Meldung unrichtig sei, doch hingegen Samuel Maharero an den Gouverneur Leutwein geschrieben habe, daß er, Maharero, gern in Unterhandlungen einzutreten bereit sei. Diese Mitteilung bestätigt unsere Auffassung, daß es leicht sein würde, auf Grund von Unterhandlungen bei einigermaßen billigen Bedingungen eine friedliche Unterwerfung der Hereros zu erlangen. Aber man will eben keinen Frieden unter versöhnlichen Bedingungen, man will rücksichtslose Raub, man will die völlige Enteignung und Verklaunderung der Eingeborenen. Dieser humane Standpunkt hat uns bis jetzt nicht nur ungezählte Millionen gekostet, sondern auch einen Verlust an Toden von 13 Offizieren und 75 Mann, an Verwundeten von 9 Offizieren und 47 Mann. Und wie groß die weiteren Verluste an Menschenleben sein werden, das wird ja der weitere Verlauf des Raubkrieges lehren!

Vom Verfasser der Broschüre „Die Opfer der Kaserne“ werden wir um die Veröffentlichung folgender Erklärung gebeten. Wir bemerken dazu, daß wir unseren Parteigenossen Rudolf Krafft bereits schriftlich aufmerksam gemacht haben, daß unsres Erachtens die Voraussetzungen seiner Erklärung unrichtig sind.

Von den Reichstagsdebatten über die Soldatenmishandlungen hoffte ich, daß sie auch zu einer Erörterung meiner Broschüre „Die Opfer der Kaserne“ führen würden. Haben doch Dilse und Vaudiffin, trotzdem sie nur Standaalromane und keine ernsten, dem System zu Leibe gehenden Schriften veröffentlichten, im Reichstag große Beachtung gefunden. Warum keiner, aber auch keiner der redenden Genossen meine Schrift erwähnte, weiß ich nicht. Jedoch das weiß ich, daß dieses Ignorieren aufgefallen ist und gar nicht selten als absichtlich aufgefaßt wurde. Die Berliner „Volkszeitung“ schreibt zum Beispiel:

In den Verhandlungen des deutschen Reichstages über die Mißstände im Heerwesen ist wiederholt von den belleristischen Werken die Rede gewesen, in denen gegen die Gebrühen des Militarismus Sturm

gelaufen wird. Dagegen hat man nicht mit einem Worte eines sehr ersten Buches erwähnt, das eine Reihe der schlimmsten Mißstände ohne romanhafte Einleitung, ohne romanhaften Aufputz einer sachlichen Kritik unterwirft. Das Buch hat dabei vor den Militärromanen den Vorteil, daß man es nicht einfach beiseite schieben kann mit dem Einwurf, es seien Uebertreibungen, womit es operiert. Rein, in diesem merkwürdigerweise in den Reichstags-Verhandlungen mit Stillschweigen übergangenen Buche mischt sich nicht Wahrheit mit Dichtung: was es als Belastungsmaterial gegen den Militarismus beibringt, sind Thatfachen, die an Gerichtsstelle unter Eid als solche konstatirt worden sind. Was es an Beschwerden vorträgt, das läßt sich in seiner Wichtigkeit nicht in Frage stellen, weder durch dialektische Kunststücke noch durch persönliche Beschimpfungen, wie sie die Verfasser der belamtesten neueren Militärromane über sich haben ergehen lassen müssen.

Das Buch, von dem wir sprechen, nennt sich Die Opfer der Kaserne.

Standaalromane zu subeln, die Schlußbengeheimnisse und Gelbnoten ehemaliger Kameraden, mit denen ich an einem Tisch gefessen bin, der Dessenlichkeit zu erzählen, dazu bin ich mir zu gut. Ich bedanke mich bestens dafür, ein Dilse, ein Vaudiffin zu sein. Mein Kampf gilt allein dem System und nicht den Opfern dieses Systems. Außerdem glaube ich, daß meine Arbeit einer mindestens gerade so großen Beachtung wert wäre, wie die „Romane“ von Dilse und Vaudiffin.

Rudolf Krafft.

Genosse Krafft beweist ein ganz unberechtigtes Mißtrauen, wenn er glaubt, daß seine Schrift absichtlich von unsren Rednern im Reichstage nicht citirt worden ist. Davon kann gar keine Rede sein.

### Ausland.

#### Frankreich.

Oberst Marchand droht.

Paris, 14. April. (Fig. Ver.) In den letzten Jahren haben reaktionäre, clerikale und monarchistische Offiziere vielfach demissionirt aus Protest gegen die Richtung der inneren Politik der französischen Regierung. Oberst Marchand, dem das Abenteuer von Fajshoda bei den Englandshässern zum Heldentum verholfen hat, bringt eine Abwechslung in jene für die Republik übrigens ganz nützliche militärische Protestaktion. Er hat seine Demission eingereicht aus — „diplomatischen und militärischen“ Gründen. So erklärt er selbst in einem Brief an die „Patrie“, das verächtliche chauvinistische Hauptorgan der Englandshässerei. Die Diplomatie des Zalmihelden, der die britische Herrschaft in Mesopotamien von hinten herum, von den Fajshoda-Schlachten aus in Begleitung gehofft hatte, kann offenbar das französisch-englische Abkommen nicht vertragen. Was seine militärischen Protestgründe betrifft, so ist es bekannt, daß er sich dem russischen Generalstab auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz hatte anschließen wollen. Dieses Verlangen war ihm aber vom Kriegsminister abgeschlagen worden. Er sollte vielmehr in nächster Zeit nach Cochinchina ziehen, um endlich Truppendienst zu verrichten. Diese bescheidene Aussicht gefiel dem Nationalhelden natürlich nicht.

Im erwähnten Briefe klagt noch Marchand gar weinerlich über die „Verbehnung“, deren Opfer er geworden sein soll, und bezieht die demission der Regierung einer „mörderischen“ inquisitorischen Verfolgungswut gegen verdächtige Elemente! Die „Verbehnung“ usw. besteht in Wirklichkeit darin, daß der Hauptmann Marchand binnen ungewöhnlich kurzer Frist durch besondere Gunst zum Oberstleutnant und dann zum Obersten befördert wurde. Aber freilich war die Regierung rücksichtslos genug, einen Krieg mit England zum größeren Ruhme Marchands nicht hervorzurufen zu wollen.

Die mutwillige Demission des Rädtelegers-Voulanger giebt natürlich den Nationalisten Anlaß zu einem patriotischen Petergeschrei wider die Regierung. Ehe noch die Demission acceptirt ist, sucht bereits der Antisemitenführer Drumont den widerpenstigen Offizier direkt in den politischen Parteikampf hineinzuziehen: Marchand soll „Maire von Paris“ werden! Das bisherige antisemitische Gemeinderatsmitglied Mory hat zu diesem Zwecke dem großendenden Helben seinen Wahlbezirk angeboten. Drumont zweifelt natürlich nicht an der Wiederwahl der nationalistischen Mehrheit des Pariser Gemeinderates. — Jitters, Whzanz!

Die Fortschaffung der Kreuzige aus den Gerichtssälen, die in Frankreich bekanntlich im Anschluß an den Kampf gegen die Kongregationen verfügt wurde, ruht hier und da doch noch den Widerstand hyperreligiöser oder richtiger „bigotter“ Männer hervor. Täglich liest man von Friedensrichtern und Friedensrichter-Stellvertretern, Handelsrichtern, Bürgermeistern usw., die sich weigern, die angeordnete Maßregel auszuführen, bzw. ausführen zu lassen oder aber Protest gegen die erfolgte Ausführung erheben und ihre amtlichen Funktionen einstellen, bis ihrem „religiösen Gefühl“ wieder Genüge getan sei! — Letzter Tage hat sich sogar ein junger Pariser Referendar lächerlich gemacht, der vor Gericht in einer Ehescheidungs-Angelegenheit zu plädieren hatte, aber — als Sohn eines national-kerikalen Deputierten — erklärte, in einem Gerichtszimmer ohne Christus nicht plädieren zu können!

Der junge Mann versteht die Klame nicht übel. —

#### Spanien.

Zum „Attentat“ auf den Ministerpräsidenten Maura wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Madrid vom 15. gemeldet: „Die anlässlich des Attentates auf den Ministerpräsidenten Maura in Barcelona verhafteten Personen sind aus der Haft entlassen worden, da man ihnen keine Mitschuld nachweisen konnte.“

#### England.

Englische und deutsche Flottenpolitik.

London, 13. April. (Fig. Ver.) Gleich nach der Wiedereröffnung des Parlaments kam es zu einer Flottendebatte, aus der folgende Bemerkungen hervorzugehen sind:

Der liberale Abgeordnete Robertson bemerkte: „In den letzten 9 Jahren haben die Flotten Australiens, Frankreichs und Deutschlands um 847 000 Tonnem zugenommen; die britische Flotte aber um 933 000 Tonnem. Uns kostete die Zunahme 20 Millionen Pfund Sterling, den genannten drei Mächten aber 82 Millionen. Unsere Flotte kommt uns billiger, da wir infolge des Freihandels zollfreie Einfuhr der Baumaterialien haben.“ Im übrigen war Redner der Ansicht, daß mit den Flottenrüstungen Einhalt gethan werden müsse.

Darauf antwortete Sir Charles Dilke, einer der besten Kenner der Weltpolitik: „Es ist anzunehmen, daß Frankreichs Flottenrüstungen nimmere abnehmen werden; über die russische Flotte läßt sich nichts sagen. Aber die Flottenrüstungen, die Deutschland eingestandenemmaßen gegen uns unternimmt, haben in den letzten Jahren in außerordentlicher Weise zugenommen. So lange nicht in diesem Punkte eine Aenderung eingetreten ist, kann das Parlament nicht ohne Sorge in die Zukunft blicken. Der Versuch Deutschlands, mit unsrer maritimen Stellung zu rivalisiren, datirt vom Jahre 1897. Damals sagte der Kaiser öffentlich: „Ich werde nicht ruhen, bis meine Flotte auf die Höhe meiner Armee gebracht ist.“ Und im Jahre 1900 schrieb der Kaiser, es sei sein Wunsch, daß die Deutschen in der Lage sein sollten, zu Wasser und zu Lande den Frieden zu diktiert. Soeben ist ein offizielles deutsches Dokument erschienen, in dem gesagt wird, der Krieg müsse in Zukunft so ge-

führt werden, daß er nicht nur die militärische und maritime Macht des Feindes, sondern auch dessen materielle und moralische Hilfsquellen zerstören sollte. Angesichts derartigen Erklärungen müssen wir annehmen, daß wir noch weit von jenem Zeitpunkte entfernt sind, an dem wir unsere Rüstungen herabschleppen könnten."

### Für allgemeine Volkswehr

macht ein Teil der englischen Presse Rufe, und auch in ausländischen Zeitungen lanciert man Notizen mit dieser Tendenz mehr oder minder geschickt. Natürlich hätte man sich, große Artikel gegen das bisherige englische Militärsystem loszulassen; man thut aber der offiziellen Statistik Gewalt an und läßt die Zustände unter dem jetzigen System als trübselig und gefährlich für England erscheinen. Während zum Beispiel der Normalbestand an Freiwilligen sich auf 347 801 beläuft, sollen zur Zeit nur 255 578 vorhanden sein, was eine Differenz von 92 223 zu bedeuten hätte. Die Gesamtsumme aller englischen Streitkräfte soll 990 239 betragen, man soll nun aber "nur" über 750 658 Mann verfügen, also gar eine Differenz von fast 200 000 haben. Daß aber die regulären Truppen sogar über einige tausend Mann mehr verfügen, als die Präsenzstärke es erfordert, darauf wird nicht hingewiesen. — Die Offiziere operieren eben auch in England nur mit dem, was ihnen gerade in den Kram paßt.

### Dänemark.

#### Protest der Radikalen gegen den Prügel-Gesetzentwurf.

Auf Einladung der liberalen Wählervereinigung von Kopenhagen fand am Mittwoch eine sehr zahlreiche Protestversammlung gegen den Prügel-Gesetzentwurf statt. Sämtliche Redner, darunter Professor Höfding, Kriminalgerichts-Assessor Thbjerg, der Schriftsteller Johan Skjoldborg, sprachen aus schärfster gegen den Entwurf. Der Vorsitzende, Obergerichtswalt Johanen, schloß die Versammlung mit den Worten: "Wir wollen unsern Protest den andern Protesten hinzufügen, um rein dazustehen, wenn die Gesetze über diese fonderbare Rechtsreform den Stab bricht. Wir wollen unsere Entrüstung und unsere Erbitterung einem solchen Gesetzentwurf gegenüber Ausdruck geben, der mit rücksichtsloser Eile durchgeraten wird, ohne daß das Volk gefragt wird. Das Gesetz ist nicht allein ein unglückliches Werk eines unglücklichen Ministers. Es wird sich mit seiner ganzen Schwere auf das Ministerium demer legen. Hier liegt doch ein Fall vor, wo man geht, wenn man überstimmt wird."

Das Kopenhagener demokratische Tageblatt "Kollen 12" hat eine Enquete unter verschiedenen bekannten ausländischen Politikern und Kriminalisten veranstaltet, um zu erfahren, wie man außerhalb Dänemarks über den Vorschlag denkt. Das Blatt bringt unter andern einen Brief, den es von Webel empfangen hat. Der Wortlaut des Schreibens lautet nach der "Volks-Zeitung":

Schöneberg-Berlin, Eisenacherstraße 69, 12. April 1904.

Sehr geehrter Herr!

Den Kampf um die Wiedereinführung der Prügelstrafe für gewisse Gewaltthaten und Verbrechen in Dänemark habe ich mit lebhaftem Interesse verfolgt und mit Bedauern gelesen, daß die Gesetze, die die Wehrheit Ihrer parlamentarischen Vertreter sich für diese barbarische, und den Zweck, den sie erreichen sollte, schädliche Maßregel erklärt.

Das Gesetz nach Wiedereinführung der Prügelstrafe ist ein Zeichen des rückwärts schreitenden Geistes der herrschenden Klassen einer Nation. Wer sich für längst als abgestoßen geltende Maßregeln und Strafmethoden erwirmt, zeigt, daß ihm die Zeit, in der er lebt, fremd geworden ist und daß er einschneidende Reformen sozialer Natur, welche allein die Quelle der Nothbedürfnisse verstopfen können, nicht will.

Gelangt es der Mehrheit Ihrer Volksvertreter, die Prügelstrafe gesetzlich einzuführen, so würde ich dieses um so mehr bedauern, weil ein solcher Schritt ein schlechtes Beispiel der Nachahmung gäbe für andre Staaten, in denen ebenfalls, wie z. B. bei uns in Deutschland, ähnliche retrograde Bestrebungen unter den rückwärtsstrebenden Parteien sich bemerkbar machen.

Die Zustände Ihres Landes können in mancher Beziehung denen Deutschlands als Muster dienen. Das würde künftig aufzuheben. Durch eine Maßregel wie die gekennzeichnete verscherte sich Ihr Land die Sympathien aller derjenigen, an deren Sympathien ihm am meisten gelegen sein sollte, die Sympathien der fortschreitenden Geister aller Kulturenationen. Das wäre tief bedauerlich. Möge dieser Tag einer moralischen Niederlage Ihrem Lande erspart bleiben.

Hochachtungsvoll und ergebenst A. Webel.

In derselben Richtung bewegen sich selbstredend die Aussprüche aller Interviewten.

## Aus Industrie und Handel.

**Vertagung der Börsegesetz-Reform.** An der Börse kursierte heute das Gerücht, daß die Beratung der Börsegesetz- und Reichsrentenpöbeln im Reichstage auf lange Zeit hinaus verschoben sei. Der Präsident des Reichstages hat auf das Ersuchen, baldigt die beiden Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen, geantwortet, erst müsse unbedingt der Etat vorher erledigt werden. Wie es heißt, besteht in dem großen agrarischen Teil des Centrums die Absicht, die Erörterung der Novellen möglichst lange hinauszuschieben.

**Kassendebat.** In der gestern hier in Berlin abgehaltenen Generalversammlung der Aktiengesellschaft Thierhall zu Thiede, kam der Vorsitzende auch den Stand der Verhandlungen über die Erneuerung des Kassendebats zu sprechen. Nach seinen Ausführungen rufen zur Zeit zwar alle Verhandlungen, doch hoffe er, daß noch vor dem Ablauf der Frist (30. Juni a. c.) die Verhandlungen wieder aufgenommen und eine Verständigung unter den Beteiligten zu Stande kommen werde. Man müsse allerdings auch mit der Möglichkeit rechnen, daß wenigstens für einige Zeit das Syndikat nicht besteht.

**Die Vereinigte Eisenbahn- und Betriebs-Gesellschaft.** Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1903 ist ein entschieden günstigeres, als das des Vorjahres. Während dieses mit einer Unterbilanz von 338 455 M. schloß, ergibt sich für 1903 ein Reingewinn von 271 260 M., von dem auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 6 Proz. verteilt werden soll. In diesem Ertrag hat nach dem Geschäftsbericht die Pannhütten der Gesellschaft nur in geringem Maße beigetragen, da weder die Brandenburgische Städtebahn, noch andre große Bauten in diesem Jahre vollendet werden konnten. Die Ertragssteigerung der Gesellschaft befindet sich in dem Bericht der Direktion größtenteils eine mäßige Steigerung gegenüber dem Vorjahre auf. Die Vermählungen, neue Verbindungen anzuknüpfen und neue Geschäfte zu übernehmen, haben einen befriedigenden Erfolg gehabt.

Das Bancoconto hat sich infolge der Arbeiten an der Brandenburgischen Städtebahn von 5 926 127 M. im Vorjahre auf 8 083 814 M. erhöht, die Effekten sind mit 11 125 297 M. (11 118 854 M.) bewertet. Der Garantiezuschuß an die Nordhausen-Bernigeröder Eisenbahn betrug 163 237 M.

## Versammlungen.

Eine Versammlung der Steinbildhauer tagte am 12. April im Gewerkschaftshaus. Im "Geschäftlichen" wurde mitgeteilt, daß die Differenzen bei den Firmen Sponer und Hartmann zu Gunsten der Kollegen ausgefallen seien. W. K. E. referierte dann über die Steinbildhauer-Bewegung der letzten Jahrzehnte und über ihre nächsten Ziele. Nach einem historischen Rückblick stellte Redner fest, daß in Berlin jetzt die Lohnarbeit fest eingebürgert sei und unter 7 M. täglich so gut wie nicht mehr gezahlt werde. Nachdem die Bewegung für den Siedenstundentag gefestigt war, habe man vor einigen Jahren auf Erzielung der siebenstündigen Arbeitszeit durch die Forderung des 5 Uhr-Geschäftsschlusses hinzuwirken gesucht. Dieser sei nur für die Bauten bewilligt worden, habe sich dann aber auch in einigen Geschäften eingebürgert. Wenn in nächster Zeit etwas unternommen werden sollte, dann müßte es vor allem die Einführung des 5 Uhr-Schlusses auf den darin noch zurückgebliebenen Steinmehlplätzen sein. Es wäre notwendig, mit dem Innungsvorstand in Verhandlung zu treten, und da die Geschäftslage als günstig zu bezeichnen sei, so wäre in Frage zu ziehen, ob bei dieser Gelegenheit noch andre Forderungen durchgeführt werden sollten. Die Kollegen möchten sich das überlegen und erwägen, wann etwas möglichst ohne große Streiks zu erreichen sei. Natürlich müsse man immer damit rechnen, daß es trotzdem zu einem Streik kommen könne. (Beifall.)

Es entspann sich eine lebhafte Diskussion, in deren Verlauf aus der Versammlung heraus beantragt wurde, die siebenstündige Arbeitszeit bei Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne und allgemeinen 5 Uhr-Schluß zu fordern, mit der Maßgabe, daß die Arbeitszeit sich verteilen solle auf die Zeit von 8 bis 9 Uhr, 1/10 bis 12 Uhr, 1 bis 1/4 Uhr und 4 bis 5 Uhr. — Daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden die wichtigste und notwendige Forderung sei, darüber waren sich alle Redner einig, namentlich wegen der Gesundheitsgefährdung des Berufs, welche bewirkt hat, daß das Durchschnittsalter der Steinbildhauer 33 Jahre beträgt. Auch wurde darauf verwiesen, daß die siebenstündige Arbeitszeit schon in verschiedenen Städten eingeführt ist. In Hamburg werde meist sogar nur 6 1/2 Stunden gearbeitet. — Energisch bemängelt wurde, daß die minimalen Vorschriften der Bundesratsverordnung zum Schutze der Steinarbeiter gar nicht einmal auf den Plätzen beachtet würden. Die Kollegen sollten mehr auf ihre Innehaltung dringen und dürfen auch vor einer Anzeige bei der Gewerbeinspektion nicht zurückweichen. — Dem Antrage, jetzt die Einführung der siebenstündigen Arbeitszeit zu fordern, standen verschiedene Redner zweifelnd gegenüber. Es wurde von ihnen der Vorschlag des Referenten befürwortet und vorgeschlagen, dazu eine kurze Vesperpause zu fordern und eventuell noch die Anerkennung des Arbeitsnachweises. Auch der Referent hielt die Nachwirkung des neuerzeit verlorenen Kampfes um den Siedenstundentag auf die meisten Kollegen noch für so stark, daß es ihm vorläufig unmöglich erscheint, die siebenstündige Arbeitszeit zu erkämpfen; ohne Kampf wäre an ihre Durchführung aber nicht zu denken. Redner erhob seinen Vorschlag zum Antrag und formulierte ihn dahin: Es ist auf eine Aenderung des Vertrags mit den Unternehmern hinzuwirken, daß der 5 Uhr-Geschäftsschluß allgemein, also auch auf den Steinmehlplätzen anerkannt werde, sowie daß für Ueberstunden ein Zuschlag von 50 Proz. ausdrücklich festgelegt werde. — Schließlich wurde beschlossen: Die gestellten Anträge sind im Vorderecht (Platzversammlung, Werkstatttagung usw.) zu besprechen und abzustimmen; die Veräußerungsmänner-Versammlung hat das Ergebnis zusammenzustellen und einer neuen öffentlichen Versammlung am Mittwoch zur definitiven Beschlußfassung zu unterbreiten.

Die Kürschner hielten am Mittwoch im Alten Schützenhause ihre ordentliche Generalversammlung ab. Im Vorstandsbereich gab Grandel nochmals einen summarischen Ueberblick über die letztjährige große Lohnbewegung, die bekanntlich mit gegenseitigen Vertragsabschlüssen zu Gunsten der Berliner Kürschner endete. Abgehalten wurden 11 öffentliche und 10 Mitglieder-versammlungen sowie 23 Vorstandsbereiche und 57 Werkstatttagungen, ungerednet der zahlreichen Besprechungen während des Streiks. Redner erwähnte, stets sorgsam auf der Hut zu sein, damit das in schwerem Kampf Erzwungene nicht wieder verloren gehe, denn die gegenwärtig in Leipzig gepflogenen Beratungen der Unternehmer deuten nur zu sehr auf das erneute Bestreben hin, die Arbeiter und Arbeiterinnen des Berufs in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. — Den Kassendebit vom 1. Quartal verlas Michaelis. Die Einnahme inklusive Bestand belief sich auf 4810,52 M., der eine Ausgabe von 1048,34 M. gegenübersteht; es bleibt somit ein Kassensbestand von 3762,18 M. — Die Zahl der Mitglieder, die ihre Beiträge voll entrichtet haben, beträgt zur Zeit 503. Auf Antrag wurde dem gesamten Vorstande Entlastung erteilt. Ueber den Arbeitsnachweis berichtete Regge. Demnach wurden in diesem Quartal von Arbeitgebern verlangt 82 männliche und 215 weibliche Personen; angeboten hatten sich 123 männliche und 184 weibliche Arbeitskräfte; befehrt wurden 44 resp. 101 Stellen. Sicher sind durch Vermittelung des eignen Arbeitsnachweises aber noch eine erheblich größere Zahl von Arbeitssuchenden in Beschäftigung gebracht worden, nur haben diese die Arbeitsstelle verfallen lassen, so daß sie nicht als wirklich vermittelt eingetragene werden konnten. — Die sodann erfolgenden Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Grandel, 2. Vorsitzender Schäfer; 1. Kassierer Michaelis, 2. Kassierer Walsch; 1. Schriftführer Fribe, 2. Schriftführer Fräulein Stephan; Beisitzer: Wittler, Jäger, Pfennigsdorf, Frau Gaddorf und Fräulein Köhler; Revisoren: Storkmann, Langner und Wined.

Hierauf brachte Regge einen äußerst krassen Fall von Unternehmerrückstufung zur Sprache, der allgemeinen Interesse beansprucht. Die Pelzstirma G. A. Herbig Schue, Leipzigerstr. 11, hat nämlich ihren Arbeiter und Arbeiterinnen einen Vertrag zur Unterschrift vorgelegt, laut dessen sie sich bereit erklärt, aus eigenem Antriebe eine Lohnherhöhung zu gewähren und zwar für männliche Arbeitskräfte von 2 M. und für weibliche von 1 M. pro Woche. Dafür aber will die eble Firma den Arbeitern je 4 M. und den Arbeiterinnen je 2 M. pro Woche von dem verdienten Lohne einbehalten. Der einbehalten Betrag soll erst am 23. Dezember jeden Jahres ausbezahlt werden. Wer jedoch während dieser Zeit aufhört oder ordnungswidrig entlassen wird, oder wer an einer Lohnbewegung teilnimmt, der geht des ganzen einbehaltenen Geldes verlustig! Leider hat die Mehrheit der dort Beschäftigten diesen schimpflichen Vertrag unterzeichnet. Diejenigen aber, die ihre Unterschrift verweigerten, sind mit Ausnahme einzelner erst neu in den Betrieb eingetretener Personen entlassen worden. Nach einer gebührenden Kritik dieser mit dem Gesetz nur schwer in Einklang zu bringenden Unternehmerrückstufung beschloß die Versammlung einstimmig, über den Betrieb der Firma G. A. Herbig Schue sowie über sämtliche Filialen derselben die Sperrung zu verhängen. Die Werkstätten der Firma sollen von jedem Kürschner und jeder Frau arbeiterin solange gemieden werden, bis der "Vertrag" wieder zurückgezogen wird.

Unter "Verschiedenes" wurde dann noch bekanntgegeben, daß die Kürschner auch an diesem 1. Mai eine Festversammlung abhalten. Ferner sollen die künftigen Versammlungen entsprechend dem Ueberkommen zwischen Partei und Gewerkschaften nicht mehr am zweiten Mittwoch im Monat stattfinden.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Zahlstelle Berlin) hielt am 11. April in den Residenzjulen eine Generalversammlung ab. In die Brandenburgische Agitationskommission wurden für das nächste Geschäftsjahr Otto Herrmann, Hildebrand, Grunow und Gerke gewählt. Dann beschloß sich die Versammlung eingehend mit den Anträgen für die bevorstehende Generalversammlung des Verbandes. Die Ortsverwaltung Berlin wünscht

auf die Tagesordnung des Verbandstages gesetzt. "Rebiffon des Streikreglements", und schlägt vor, einen vollständigen Entwurf zu einem neuen Streikreglement, der gedruckt vorliegt, dem Verbandstage zur Annahme zu unterbreiten. Herrmann begründete die darin enthaltenen Aenderungen gegen den bisherigen Zustand. Neu ist unter andern, daß bei Genehmigung von Angriffstreiks der Vorstand prüfen und berücksichtigen soll, daß noch genügende Mittel für Abwehrstreiks verbleiben. Redner meint, Abwehrstreiks machten sich meist unvorhergesehen notwendig, so daß man immer für sie gerüstet sein müsse, denn ganz besonders wichtig sei doch die Verhütung von Verschlechterungen. Durchgreifend seien auch die für Abwehrstreiks vorgeschlagenen Aenderungen. Bisher durfte auch bei Abwehrstreiks die Arbeit nur mit Genehmigung des Vorstandes niedergelegt werden. Das sei aber bei manchen Fällen von Abwehrstreiks gar nicht durchzuführen. Deshalb werde vorgeschlagen, daß in Abwehrstreiks eingetreten werden könne, wenn die Arbeitsniederlegung in geheimer Abstimmung beschlossen werde und der Vertreter der Organisation seine Zustimmung zu der Arbeitsniederlegung gebe. — Bei der Beschlußfassung über Angriff- und Abwehrstreiks soll nach dem Vorschlage der Ortsverwaltung in Zukunft eine Majorität von zwei Dritteln der Abstimmenden entscheiden sein. Bei Streiks gewähre der Vorstand bisher keinem eine Unterstützung, der nicht 13 Wochen der Organisation angehört. Auch das ist nach Meinung der Ortsverwaltung nicht haltbar, da es zum Beispiel vorgekommen ist, daß auf Betreiben der Verbandvertreter sich Kollegen in Fabriken organisierten und deshalb als bald vom Unternehmer entlassen wurden. In solchen Fällen müsse, führte Referent aus, die Organisation mit Unterstützungen einspringen. Es wird deshalb im § 18 des Entwurfs vorgeschlagen: "In ganz dringenden Fällen kann auch vom Vorstande eine Unterstützung an nichtunterstützungsberechtigte Personen gegeben werden, wenn die Arbeitsniederlegung derselben nicht zur Wahrung eigener Interessen, sondern im Interesse der Vereinsmitglieder geschah; ferner wenn es sich um Kämpfe für die Anerkennung der Organisation handelt." Und im § 17 wird das Gleiche gefordert für Maßregelungen, die aus besonderen Anlässen erfolgen. — Neu vorgegeben wird auch die Zuständigkeit der Erhebung von Ertragsbeiträgen. — Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, zu beantragen, daß auf der Generalversammlung die Revision des Streikreglements als besonderer Punkt verhandelt wird. Ferner wurde beschlossen, den Entwurf der Ortsverwaltung der Generalversammlung zur Annahme zu empfehlen.

Dem schritt man zur Beratung eines neuen Statutenentwurfs des Zentralvorstandes, nachdem noch einige Anträge zur Tagesordnung erledigt worden waren. Unter den Aenderungsanträgen zu dem Entwurf stehen besonders die hervor, den Sitz des Zentralvorstandes von Rürnberg nach Berlin und das Sachblatt von Götting nach Berlin zu verlegen. Hammer begründete eingehend diese Anträge, die dann angenommen wurden. Nach einem weiteren Beschlusse soll der Generalversammlung folgender Antrag unterbreitet werden: "Das Mindestgehalt der besoldeten Beamten des Vereins deutscher Schuhmacher (Vorstands-, Gau- und Ortsbeamten) beträgt jährlich 1500 M. und steigt nach dem ersten Jahr von Jahr zu Jahr um 50 M. bis zur Höchstgrenze von 2000 M. jährlich. Für diejenigen besoldeten Beamten, welche zur Zeit der Beschlußfassung obiges Mindestgehalt bereits erreicht oder überschritten haben, tritt die fernere Gehaltserhöhung erstmals mit dem 1. Januar 1905 nach der Stala in Kraft." Ein anderer angenommener Antrag bezweckt, die Wahl von Gaubeamten den Gaumitgliedern vorzubehalten, mit der Maßgabe, daß der Zentralvorstand nur das Bestätigungsrecht haben soll. Den Robus der Delegiertenwahlen usw. betrifft ein fernerer Beschluß.

Als Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes ("Verein deutscher Schuhmacher"), wurden Christensen und Herrmann gewählt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Schlusssitzung vom Geseht bei Olatumba.

Berlin, 15. April. Nach einem Telegramm aus Windhuk vom heutigen Tage sind am 13. April in einem Geseht bei Olatumba, über welches ein Gesehtsbericht noch nicht eingegangen ist, gefallen:

Hauptmann von Wagenski, Oberleutnant Reiss, Sergeant Heinrich, Reiter Schwarz, Nicolai, Gomer, Krause vom Transport Puder, Kriegsfreiwilliger Wönsch aus Repperödorf bei Jauer. Schwer verwundet: Lieutenant Findeis, Gesehter Bartels, Gesehter Dunge, Reiter Rätters vom Transport Wagenski, Frischla, Wogend, Stahlberg vom Transport Puder, Steffen. Leicht verwundet: Gesehter Schöder, Kaiser vom Transport Wagenski, Unteroffizier Bod, Reiter Kösch Transport Puder, Thierfelder.

Olatumba liegt ca. neun Kilometer südwestlich Katjapla, wohin der feindliche rechte Flügel nach dem Geseht bei Oganjira am 9. April seinen Rückzug genommen hatte. Hauptmann v. Wagenski war früher im Infanterie-Regiment v. Sparr, 3. Bst. Nr. 16; Oberleutnant Reiss früher im Babilischen Dragoner-Regiment Nr. 22, zugeteilt dem Stabe des Obersten Dürr; Lieutenant Findeis früher im 2. Oberschl. Feldartillerie-Regiment Nr. 67.

### Ablegung weiterer Schiffsoberkäufe.

Hamburg, 15. April. (W. Z. V.) Zu den zur Zeit verbreiteten Gerüchten vom Verlaufe des Schnell dampfers "Deutschland" der Hamburg-Amerika-Linie bemerkt die "Neue Hamburgische Börsenhalle", daß sie jeglicher Begründung entbehren und daß ebensowenig irgendwelche Verhandlungen schweben oder beabsichtigt sind. Die "Deutschland" wird am 28. d. M. ihre fahplanmäßige Reise nach New York antreten.

### Befestigung des Todes Wereschischagins.

Petersburg, 25. April. (Meldung der "Russischen Telegraphen-Agentur".) Es bestätigt sich, daß der Kaiser Wajski Wereschischagin bei dem Untergang der "Petropawlowsk" den Tod gefunden hat. Nach amtlicher Richtigstellung heißt das am 12. d. M. untergegangene Torpedoboot nicht "Wesitradan", sondern "Straschn" und das Torpedoboot, welches nach dem Untergang des "Petropawlowsk" den Großfürsten Kyrielle aufnahm, nicht "Wesumit", sondern "Weschumit".

Paris, 15. April. (W. Z. V.) Wie verlautet, hat die Regierung beschlossen, dem Oberst Marchand 30 Tage Arrest zu geben. Nach Verbüßung dieser Strafe würde sein Wiedergesuch angenommen werden.

Neapel 15. April. (W. S.) In Torre Annunziata sind die Weber, Cigarrenarbeiter und Schiffverlader, im ganzen 900 Mann, in den Ausstand getreten, nachdem sie in einer gestern abgehaltenen Versammlung den Generalausstand proklamiert hatten. Es kam bereits zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei, wobei auf beiden Seiten mehrere Personen verletzt und einzelne Streikende verhaftet wurden. Die Lage ist ernst.

Washington, 15. April. (Meldung des "Reuterischen Bureaus".) Die russische Regierung hat bekannt gegeben, daß sie jeden Zeitungskorrespondenten, der sich der drahtlosen Telegraphie bedient, als Spion behandeln und erschließen lassen werde.

Reichstag.

67. Sitzung. Freitag, den 15. April 1904, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Graf Pofadowsky, Dr. Lieberding.

Die zweite Lesung des Etats für Reichskanzler und Reichskanzlei wird fortgesetzt.

Graf v. Brudzewo-Mielzynski (Polen):

Es tut mir in der Seele weh, daß ich meinen Freund und Gönner, Herrn v. Hammerstein, nicht hier sehe. Er hat vor kurzem hoch und heilig erklärt, sogar indem er den lieben Herrgott zu Hilfe genommen hat, daß er keinen Teil haben wollte an der Idee, die die Welfen vertreten. Das glaube ich ihm, sonst sähe er nicht an Ministerstische. Ich weiß nun nicht, ob ich zuerst der Welfenfraktion meinen Glückwunsch aussprechen soll, daß ein solcher „Geist“ ihr nicht angehöre, oder mein Weisfeld dem Ministerium, daß es Herrn v. Hammerstein in seiner Mitte hat. (Heiterkeit.) Herr v. Hammerstein hat nun preussische Angelegenheiten ausführlich im Reichstage behandelt. Das freut mich; sonst, wenn wir preussische Angelegenheiten vorbrachten, verschänzte sich die Regierung hinter die Nichtkompetenz des Reichstages und vertrocknete sich hinter die schützenden Mauern des Abgeordnetenhauses. Das mündert mich nicht; denn dort werden mit größter Leichtigkeit Gesetze dekretiert, die der Reichsverfassung direkt zuwiderlaufen; es wird statuiert, daß wir zu schweigen, und promulgiert, daß wir Ceremonie und höchstens seinen Ministern zu gehorchen haben. (Heiterkeit und große Unruhe.) Oder widerspricht es nicht dem Reichsrecht, das gestattet, sich überall frei anzusiedeln, wenn man dazu erst 100 die Genehmigung einer Behörde verlangt? Ich will darauf nicht weiter eingehen, denn eben in diesem Augenblick wird wohl im Herrenhause Herr v. Hammerstein seine Weisheit in dieser Frage zum besten geben. Freilich, die Geschichte wird von den Reden des Herrn v. Hammerstein nicht berichten, sie sammeln eine Kasernenhofblüte. (Große Heiterkeit — Unruhe rechts.) Jedenfalls stellt das neue Ansiedelungsgesetz einen brutalen Eingriff in das Privateigentum dar, wie denn überhaupt die ganze Ansiedelungskommission nach dem Muster der Treueertrugungs-Gesellschaft arbeitet, zu unläuterem Zweck mit unläuterem Mittel. Sie ist gegründet auf der Basis des unlauteren Wettbewerbs gegen die Polen. (Andauernde große Unruhe und lautes Lachen rechts.) Welch engherziger Geist in Preußen herrscht, zeigt sich auch bei der Ausweisungspolitik gegenüber den Polen und Russen. Der große, mächtige preussische Staat könnte doch wirklich eine gewisse Gastfreundschaft üben und brauchte nicht jedem armen Kerl an die Gurgel springen. Die Ausweisungen der polnischen Arbeiter sollten doch gerade Sie, meine Herren Agrarier verhindern! Wir leiden doch fortwährend unter dem Arbeitermangel. Aber mit Ihrer Politik treiben Sie die Arbeiter nur in die großen Städte und führen damit selbst den sozialen Kampf und die Revolution herbei. Redner trägt dann „Blüten der Liebendwürdigkeit“ der preussischen Beamten und „Blüten der Logik“ in der Rechtsprechung der deutschen Gerichte vor.

Eine so heilige Sache wie das Recht der Muttersprache wollen wir nicht mit Füßen treten lassen. Sie thun es, wenn Sie einem Beamten sagen, wie es tatsächlich vielfach vorgekommen ist, er wird aus dem Dienst gejagt, wenn er außerhalb des Dienstes polnisch spricht. Das gesetzwidrige Eingreifen der Beamten in die Verhältnisse der Bürger ist geradezu schändlich. Wie kann man bei uns von einem Rechtsstaat sprechen, wenn die Bürger am Wahlrecht verhindert werden?

Aus den Beamten werden geradezu Heloten gemacht, die eine eigene Meinung nicht äußern, eine eigene Ansicht nicht haben dürfen. Es wird ihnen gesagt, Sie müssen die Polen auf Schritt und Tritt verfolgen. Einen schlechteren Dienst kann man einem Beamten gar nicht erweisen, als wenn man ihn statt auf seine Tüchtigkeit, auf die Hilfe des Staates hinweist. Durch diese Korruption der Beamten erziehen Sie sich wahrlich einen schönen Beamtenstand. Graf Pofadowsky hat davon gesprochen, daß die polnische Agitation einen Appell an die niedrigsten Instanzen bedeute. Aber sind denn Heuchelei und Spionage etwa höhere Instanzen? Jeder meiner Fraktionsgenossen besitzt dokumentarische Beweise, daß wir anders behandelt werden als die Deutschen. Aber auf alle unsere Beschwerden hat man nur die eine befändliche Antwort: „Es ist einmal Thatsache“. Wir denken gar nicht an eine gewalttätige Vorsehung von Preußen, aber wenn Sie die Leute vor Gericht einschüchtern, — schneidig ist ja Ihr Lieblingswort — dann sagen die Leute alles aus, was Sie haben wollen.

Ich habe hier einen geheimen polizeilichen Rapport vor mir; er enthält nichts wie entstellte Uebersetzungen polnischer Zeitungsaufsätze und andre Lügen, z. B. die, daß der Abgeordnete v. Chrysanowski in Lemberg eine Broschüre mit dem auffälligen polnischen Adler verfertigt habe, hoch Polen! gerufen habe. All das ist natürlich aus der Luft gegriffen. Ich bin seit Jahren einer der lebhaftesten und schärfsten Agitatoren des Polentums. Sie kennen, da Sie ja unaufhörlich pionieren, jedes meiner Worte. Habe ich jemals von Revolution oder Auflehnung gesprochen? Aber geschmacklose Agitation für unsere Sprache werden wir treiben, solange wir leben. Ich denke nun gar nicht daran zu behaupten, daß alle Beamten im Osten und mit unanständigen Mitteln belästigen, aber sie sind auf die Verichte der Unterbeamten angewiesen, die, mögen sie auch noch so ehrlich sein, unter dem Banner des Faschismus stehen.

Wenn Ihre Kultur wirklich soviel höher ist als die unsere, so müssen Sie ja schließlich siegen, aber mit Gewalt hat noch keine Kultur siegt. Die moderne Freiheitsidee bildet keine politische Handlungsmaxime, die sich erlaubt, jede persönliche Regung mit Füßen zu treten. Wir werden nur dann an Ihren Liberalismus glauben, wenn Sie die ungläublichen reaktionären Maßregeln aufheben — und nicht nur aus Konkurrenz gegen die Socialdemokratie. (Lebhafte Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Der Vorredner hat die Dismarckzulage als wertvolle Einzahlung der Polenpolitik in den Reichstag bezeichnet. Selbst wenn es richtig sein sollte, muß ich ihn daran erinnern, daß die Mehrheit des hohen Hauses die Gültigkeit der Dismarckzulage abgelehnt und somit die Gültigkeit dieser Einzahlung nicht anerkannt hat. (Sehr richtig! rechts.)

Der Vorredner hat behauptet, daß das Ansiedelungsgesetz gegen die Reichsverfassung verstoße. Es ist nicht meines Amtes, hier preussische Vorlagen zu verteidigen, aber ich kann die juristische Konstruktion des Vorredners nicht als richtig anerkennen. Das Ansiedelungsgesetz beschränkt nicht die Ansiedelungsfähigkeit, Freizügigkeit oder den Grundbesitzwerb durch einzelne Deutsche oder Polen in polnischen Landesteilen, sondern will nur festlegen, unter welchen Voraussetzungen ein selbständiger Gutsbezirk in eine Gemeinde verwandelt werden kann. Das war von jeder Aufgabe des Staates. Dem Herrn Reichskanzler und mir, als seinem Stellvertreter, ist es ganz unmöglich, jede Maßregel der preussischen Regierung hier zu vertreten. Man muß selbst zu dem Resort gehören, um alle Einzelheiten der Verwaltung zu kennen, und weder das Vereinsgesetz noch das Amtspruchengesetz sind Reichsgesetze; ihre Auslegung ist nur Sache der preussischen Behörden.

Der Vorredner hat ferner sehr heftige Angriffe gegen die preussischen Beamten in der Provinz Posen gerichtet. Ich habe

24 Jahre da gelebt und das Land in bedeutendem Umfange kennen gelernt. Da ich es für einen politischen Fehler halte, Dinge zu besprechen, die die Wahrheit bedecken, so will ich gar nicht befechten, daß bei der Auswahl der Beamten, die nach der Provinz Posen gesandt sind, zum Teil recht schwere Mißgriffe begangen worden sind. Es sind Beamte dorthin geschickt worden, die sich in andern Provinzen unmöglich gemacht hatten und sich dort rehabilitieren sollten. Viel Gutes ist dabei nicht herausgekommen. (Heiterkeit links.) Ich habe diesen Standpunkt immer für total verfehlt gehalten. Wo zwei Nationalitäten sich zeitweise hochherrschaft gegenüberstehen, so außerordentlich schwierige Verhältnisse auch wegen der russischen Grenze sind, können nur die tüchtigsten Beamten ihren Aufgaben gerecht werden. Deshalb sind wir seit Jahren von dieser fehlerhaften Praxis abgegangen. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß nicht auch die besten Beamten Mißgriffe begehen könnten. Es ist unendlich viel leichter, in einem pommerischen Kreise Landrat zu sein mit einer friedlichen Bevölkerung, als in diesen gemischtsprachigen Landesteilen, die an Taub, Intelligenz und Selbstbeherrschung ganz andre Anforderungen stellen. Ich kenne ja unsere polnischen Landleute, Engel sind sie auch nicht. (Heiterkeit.) Ich habe dort den Aufruf zum Kampf mitgemacht und weiß, was für ein Maß von Selbstbeherrschung und Geduld dazu gehört, dem Befehl Genüge zu thun und doch die Bevölkerung nicht zu erbittern. Ramentlich den unteren Beamten wird vielfach die soziale Stellung fehlen, die die nötige Selbstkontrolle und Selbstbeherrschung ermöglicht. Aber trotz allem kann ich das Bild, das der Vorredner von den deutschen Beamten in der Provinz Posen gegeben hat, nicht korrekt finden. Ich bin der Ansicht, daß wir einen sehr tüchtigen Stamm von Beamten dort haben und der größte Teil ihren Aufgaben durchaus genügt. Wenn, wie der Vorredner behauptet, der Beamte einen falschen Bericht erstattet hat, so wird er die entsprechende Zurechtweisung erhalten. Denn die Bevölkerung muß das Gefühl haben, gerecht und anständig behandelt zu werden. Ueber die Erwerbung der polnischen Landesteile darf man nicht sentimental urteilen. Ebenso wie neulich in der Frage der Erwerbung Hannovers muß ich betonen, daß hier die Staatsnotwendigkeit den preussischen Staat dahin geführt hat, daß er zu jener Zeit die polnischen Landesteile erwerben mußte.

Auch zur Annexion Hannovers hat eine solche Staatsnotwendigkeit geführt. Wenn Sie so große politische Fragen lediglich vom Standpunkt des Privatbesitzers aus beurteilen wollen, dann gäbe es seit unendlichen Zeiten überhaupt keine Staatenbildung. Wie sind denn alle großen Staaten entstanden? Durch das Recht der siegreichen Stärke, die begründet war in der großen Kraft des Stammes. Zurückzugehen auf Jahrhunderte und eine sentimentale Haltung einzunehmen, halte ich das nicht für zulässig. Ich muß zugeben, im Laufe des Jahrhunderts hat sich die polnische Bevölkerung wesentlich anders entwickelt als zur Zeit, als es von Preußen übernommen wurde. Es hat Eigenschaften der Intelligenz, der Sparsamkeit entwickelt, die entschieden einen großen wirtschaftlichen Aufschwung der polnischen Bevölkerung herbeigeführt haben. Für die deutsche Bevölkerung hat diese Entwicklung allerdings eine Reizwirkung. Je mehr sich die polnische Bevölkerung sammelt und wirtschaftlich stärkt, desto schwieriger wird natürlich der Existenzkampf der deutschen Bevölkerung. Das beweist der Niedergang der deutschen Bevölkerung, der in vielen Gemeinden eingetreten ist.

Dem gegenüber hat die deutsche Bevölkerung die Pflicht, alle gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, welche das Gleichgewicht wieder herstellen können. Aus dieser Erwägung ist die Ansiedelungskommission hervorgegangen. Bei einem deutschen Großgrundbesitzerstand, der sich leider nicht als widerstandsfähig genug erwiesen hat, mußten wir dafür Sorge tragen, daß ein deutscher Bauernstand geschaffen wird. Allerdings wird der große Kampf zwischen Slaven und Deutschen nicht durch Gesetze und politische Maßregeln entschieden werden, sondern der Stamm muß schließlich den Sieg davontragen, welcher der sparlastigste, wirtschaftlich fähigste ist. (Rufe: Das sind die Polen.) Welcher Stamm in den östlichen Landesteilen schließlich die Herrschaft erlangen wird, kann auch nicht durch die Ansiedelungskommission entschieden werden. Für die Deutschen wird der Kampf nur entschieden werden, wenn in ganz Deutschland das Bewußtsein vorhanden ist, daß die deutsche Bevölkerung in diesem Kampfe unterstützt werden muß, und wenn dafür auch Opfer gebracht werden, wenn Deutsche in jene Landesteile gehen und dort Schulter an Schulter mit ihren Landesleuten für die Erhaltung der deutschen Nationalität kämpfen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Bernstorff (Welfe):

Die Nationalliberalen haben uns im Wahlkampf vorgeworfen, wir wollen das Centrum stärken und dadurch das Volk katholisch machen. Gegen diese Unterstellung lege ich Verwahrung ein. Was wollen die Herren denn jetzt mit dem Kampf gegen den § 2? Es scheint mir, sie wollen einen engeren Zusammenschluß innerhalb der evangelischen Landeskirchen fördern, und dagegen erheben wir Protest. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Weiter wendet sich der Redner gegen die Aeußerung des Abg. Stodmann, daß Welfen aus den Kriegervereinen, die unpolitisch sein sollen, ausgeschlossen werden, und polemisiert gegen den Minister v. Hammerstein, gegen dessen Ton gegen die Welfen er Verwahrung einlegt. Gegen diesen Minister v. Hammerstein können wir uns auf einen andern preussischen Minister v. Hammerstein berufen, der noch nach 1870 auf dem Standpunkt der Welfen stand. (Heiterkeit und Unruhe.) Er fragte, ob wir darauf warten, daß Preußen-Deutschland ins Unglück gerät. Nein, aber wenn doch Preußen einmal in Gefahr läme, dann wäre die Zeit, in der wir unsre Kräfte zu Deutschlands Beweisen können, wie wir es als einfache Untertanenpflicht ansehen würden, wenn einmal der deutsche Kaiser bedroht ist, unsern Leib zwischen ihn und den Nordstahl zu werfen.

Wenn aber Graf Pofadowsky von der Notwendigkeit der Annexion spricht, so stellt er Preußen in Gegensatz zu Deutschland. Wir Welfen wollen nichts anderes, als die Wiederherstellung des Reichsbodens, auf dem dann endgültig Friede geschlossen werden soll. Der Minister hat gesagt, wir predigten Auflehnung gegen den König, den uns Gott gesetzt hat. Das ist nicht wahr. Wir wissen, daß Gott zugelassen hat, daß der König von Preußen unser König wurde. Wir hegen für ihn auch vielfach persönliche Verehrung. Aber Königtum und Untertanenpflicht sind zweierlei. Diese Untertanenpflicht wollen wir gern erfüllen, aber Krone halten wir auch unserm angestammten Fürstenthume. Die Art von Krone, von der aus man die Verwahrung der Krone im Unglück belämpft, können wir nicht verstehen. (Bravo! bei den Welfen.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Ich achte es durchaus, wenn ein Volkstamm pietätvolle geschichtliche Erinnerungen hegt; aber es ist ein Gebot der Selbstverteidigung eines jeden Staatswesens, zu verhindern, daß durch diese Erinnerungen ein Einfluß gelebt wird auf die aktuelle Politik. Es hat mir vollständig fern gelegen, die Verhältnisse, wie sie bei der Aufteilung des ehemaligen polnischen Reiches vorliegen, irgendwie zu vergleichen mit der Einverleibung des ehemaligen Königreichs Hannover. Ich habe nur hervorgehoben, daß solche geschichtlichen Vorgänge, die aus der Staatsnotwendigkeit sich erklärt haben, nicht mit einer gewissen sentimental privatrechtlichen Rechtsauffassung betrachtet werden dürfen. Wenn wir das thäten, wären alle solche Vorgänge als ein einziges Unrecht zu brandmarken, dann hätte sich niemals ein modernes Staatswesen bilden können. Ich erinnere noch daran, daß zum ehemaligen Staat Hannover

auch ehemalige Gebiete Preußens gehört haben. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Bernstorff ruft: Aber durch friedlichen Vertrag mit Hannover!

Abg. Payer (D. Sp.): Der Beschluß des Reichstages auf Beilegung des § 2 des Jesuitengesetzes datiert vom 1. Februar 1899. Am 3. Februar 1903 hatte der Reichskanzler erklärt, daß er die Absicht habe, die preussischen Stimmen im Bundesrat für diesen Beschluß des Reichstages einzusetzen. Weiter ist nichts erfolgt. Am 16. Juni 1903 begann die 11. Legislaturperiode. Im Dezember trat der neue Reichstag zusammen, aber drei Monate lang erfolgte nichts. Erst am 8. März dieses Jahres erfuhr wir, daß der Bundesrat beschloß, dem Reichstagsbeschluß vom 1. Februar 1899 seine Zustimmung zu geben. Es waren seitdem also mehr denn fünf Jahre verstrichen. Da ist es nicht wunderbar, wenn Staatsrechtler und andre Menschen über diese Art der Gesetzgebung höchst bedenklich den Kopf schüttelten.

Aus der verdienstvollen Broschüre Müller-Meiningsens ergiebt sich, daß nach dem Schluß einzelner Legislaturperioden, ja nach dem Beginn neuer Legislaturperioden, sogar nach Aufnahme der Verhandlungen durch einen neu gewählten Reichstag vom Bundesrat noch Gesetze proklamiert worden sind, die zur Grundlage Beschlässe des alten Reichstages gehabt haben. Aber der schwerwiegende Unterschied liegt vor, daß alle diese Bundesratsbeschlüsse wenige Monate nach der Beschlußfassung durch den Reichstag ergangen sind. Die längste Zeit waren in einem Falle zehn Monate. In allen diesen Fällen ist die Beschlußfassung des Bundesrats offenbar sobald erfolgt, als die technische Nachprüfung der teilweise sehr komplizierten Beschlässe des Reichstages sich ermöglichen ließ. Die verspätete Publikation hatte ihren Grund immer in der Unmöglichkeit einer sofortigen technischen Erledigung der Angelegenheiten im Bundesrat. Eine gesetzgeberische Kollage ist in diesem Fall nicht vorhanden gewesen. Der Bundesrat setzt sich nun mit dem Argument über alle Verantwortungen hinweg, der Reichstag hätte, wenn er im März dieses Jahres befragt worden wäre, mit Majorität genau dieselbe Entscheidung gefaßt wie 1899. Man sehr kann die Regierung auf diese Lokalität nicht pochen, denn man muß sie doch eigentlich als selbstverständlich voraussetzen. Das wäre doch noch schöner gewesen, wenn der Bundesrat in der Erkenntnis, daß der neue Reichstag anders beschließen würde, auf den Beschluß des alten Reichstages zurückgegriffen hätte. Durch solches Vorgehen wäre sein Verhältnis zum neuen Reichstag für alle Zeit vergiftet, und wenn er das vermieden hat, so ist das ja ganz schön und brav von ihm (Heiterkeit), aber allzuviel Dank können wir ihm dafür nicht spenden. (Sehr richtig! links.) Freilich der Beanstandung der materiellen Unverfänglichkeit durch den Kollegen Stodmann kann ich mich nicht anschließen. Er meinte, es läme nicht auf die Mehrheit des Reichstages, sondern auf die Mehrheit der Nation an. Solche Argumentationen führen doch zu sehr bedenklichen Konsequenzen. (Sehr richtig! links.) Wer soll denn schließlich entscheiden, was die Mehrheit der Nation will? Nur bei der Auflösung des Reichstages ist der Wille der Nation stärker als der des Parlaments, sonst ist der Reichstag die einzige und letzte Instanz, den Willen der Nation festzustellen. (Sehr richtig! links.) Aber ebenso bedenklich ist es vom verfassungsmäßigen Standpunkt, wenn der Bundesrat behauptet, der Reichstag hätte jetzt einen eben solchen Beschluß gefaßt wie 1899, das heißt an Stelle der Jüfer, die Vermutung, die Schätzung seien. Auch von einem andern Gesichtspunkte erheben sich Bedenken gegen das Vorgehen des Bundesrats. Der Reichstag hat nicht nur das Recht Beschlässe zu fassen, sondern auch ein andres sehr hoch geschätztes, oft gebrauchtes Mittel, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wir haben das Recht, durch unsre Beredsamkeit auf den Reichstag, den Bundesrat und die ganze Welt einzuwirken. Um diese Redefreiheit hat der Bundesrat uns gebracht. Wie unangenehm dies werden kann, hat der vorliegende Fall bewiesen, denn die Stimmung im Deutschen Reich wäre ganz anders gewesen, wenn unmittelbar vor der Aufhebung hier die Frage des Jesuitengesetzes vor dem Reiche und den gesetzgebenden Instanzen durchdebattiert worden wäre. (Sehr richtig! links.) Darum stellen wir den Antrag, daß der Bundesrat seine Beschlässe zur rechten Zeit fassen soll und sich nicht auf unnatürlichem und ungeleglichem Wege eine Politik der freien Hand schafft. (Sehr richtig! links.)

Der Staatssekretär führte für seine Auffassung gestern die Entscheidung des § 5 der Verfassung an. Hätte man aber damals an derartige Fälle überhaupt gedacht, so hätte man dem § 5 eine Fassung gegeben, die klar ausdrückt, daß der Bundesrat die Befugnis, die er jetzt in Anspruch nimmt, nicht hat. Bei der Schaffung der Verfassung ist man davon ausgegangen, daß die Beschlässe des Bundesrats ohne Bezug auf die Beschlässe des Reichstages erfolgen müssen. Man wendet ein, daß nach unserem Antrage ein Zustand geschaffen würde, wonach jeder neue Reichstag die Beschlässe des vorigen Reichstages, die vom Bundesrat noch nicht erledigt sind, noch einmal beraten müßte. Wenn ein Gesetz wirklich einmal deshalb nicht zu Stande käme, so wäre das noch kein nationales Unglück. Es giebt viele Gegenstände, die wir in diesem Hause mehr als einmal ohne praktisches Resultat beraten haben. Wir würden aber einen schweren Fehler begehen, wenn wir das Vorgehen des Bundesrates sanktionierten, und Ueberraschungen wie die vom 8. März würden dann um so häufiger werden, je mehr die mißbräuchliche Gewohnheit des Bundesrates in Anwendung käme, nicht sofort zu den Beschläffen des Reichstages Stellung zu nehmen, sondern sie unerledigt in seiner Kasse liegen zu lassen. Ich bitte Sie, unsrer Resolution zuzustimmen.

Abg. Graf Ranke:

Der Zuzug polnischer Arbeiter in den östlichen Landesteilen ist absolut notwendig, damit die Regierung sieht, wohin die Zustände dort führen, die sie durch ihre Handelsvertragspolitik herbeigeführt hat. (Sehr richtig! rechts.) Diese Politik führt zur Entvölkerung der östlichen Landesteile. Denn die Landwirtschaft kann mit der Großindustrie in Bezug auf den Arbeitsmarkt nicht konkurrieren. Graf Pofadowsky sagt, er habe 24 Jahre in jenen Landesteilen gelebt; ich bedauere, daß er nicht die letzten 12 Jahre dort zugebracht hat. Er würde dann sehen, daß vom Mittel- und Kleinbauernstande daselbst gilt, was er vom Großgrundbesitzerstande angeführt hat. Auf unsre Frage, wann die Regierung die Handelsverträge zu kündigen gedenke, hat sie selber eine ausweichende Antwort gegeben. Jetzt glauben wir endlich die gewünschte Auskunft zu bekommen, sind aber wiederum getäuscht worden. Durch Kündigung der Handelsverträge würden wir die andern Regierungen zwingen, zu uns zu kommen. Sind denn die neuen Verträge so wichtig, daß die schwere Kollage der Landwirtschaft deshalb fortauern soll? Seit Caprivis Zeiten ist ein Umschwung in den Ansichten des Reichstages — und ich hoffe, auch in denen des Reichskanzlers — eingetreten. Hoffentlich wird er jetzt endlich den entscheidenden Schritt thun und die Zustände nicht lediglich zu Liebe der Großindustrie fortauern lassen. Vor allem frage ich den Freiherrn von Nostitz: Wie stehen denn die Verhandlungen mit der nordamerikanischen Union? Wenn wir überhaupt Handelsverträge schließen, so würde ein solcher mit der Union am allerwichtigsten sein. Was nügen uns Handelsverträge, die über 1/4 Proz. der Ausfuhr lauten. Selbst die Hamburger Handelskammer fordert in ihrem Jahresbericht 1901 Zuschlagssätze gegen Amerika, das einen Handelskrieg mit Deutschland genau so zu fürchten habe, wie wir. Die Vertreter der

Industrie und des Handels sollten sich unter diesen Umständen doch wirklich überlegen, ob sie nicht versuchen wollen, die Reciprocität durchzusetzen, von der jetzt nicht die Rede ist. Sie werden damit dem Vaterlande nützen. Die Landbevölkerung wird sich den alten Satz vor Augen halten, daß Thaten mehr wert sind, als Worte. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. v. Gerlach (fr. Bg.):

(Mit Lachen und Unruhe auf der Rechten empfangen.) Der Reichsanwalt hat gegenüber meinem Freunde Gothein behauptet, um Handelsverträge auf Grund unfreier Tarife zu stände zu bringen, seien nicht Uebermenschen, sondern nur einfache Menschen nötig. Gewiß, ganz einfache Menschen: sogar ein paar Mitglieder des Bundes der Landwirte würden das auch vollziehen. Auf deutscher Seite lämen dann, mit 750 M. angefangen, die Sätze des Bundes, und das Ausland würde entsprechende Sätze für Industrieartikel einführen. Dann hätten wir Handelsverträge, aber der Handel ginge dabei zu Grunde. Das hat mein Freund Gothein sagen wollen, daß nur Uebermenschen mit diesen Tarifen günstige Handelsverträge zu stände bringen könnten. Darüber, ob ein Handelsvertrag günstig ist oder nicht, werde ich mich ja mit dem Grafen Kanitz nicht leicht einigen. (Ironisch sehr richtig! rechts.) Er hat die Zustände, die sich nach der „rettenden That“ gebildet haben, als heillos bezeichnet. Er hat davon gesprochen, daß eine Wiederholung dieser Handelsverträge den Osten entvölkern würde. Das hat das Bauernlegen der ostpreussischen Großgrundbesitzer schon zur Genüge bezeugt. (Widerstand des Grafen Kanitz.) Seien Sie nur die Schilderung, die der Moritz Arndt, ein deutschnationaler Mann, vom Bauernlegen giebt! Eine zweite Entvölkerung des Ostens fand zur Zeit der höchsten Getreidepreise, Ende der sechziger Jahre statt. Aber selbst wenn nach den neuen Handelsverträgen eine weitere Entvölkerung des Ostens stattfände, wäre sie doch nur auf das Konto der allgemeinen politischen Verhältnisse zu setzen. Ich wundere mich, daß überhaupt noch Arbeiter im Osten bleiben (Lachen rechts), im Gebiete der Gutsbezirke, wo das freie Wahlrecht eine Illusion ist, wo der Arbeiter unter dem Ausnahmefesetz steht und wo man ihn jetzt mit dem Kontraktbruchgesetze ein neues Ausnahmefesetz besetzen will. Um diesen Zuständen zu entgegen, muß jetzt der Arbeiter in die großen Städte wandern.

Graf Kanitz hat wieder auf die aktive Handelsbilanz Amerikas und die passive Deutschlands hingewiesen. Er hat aber zu sagen vergessen, daß ein großer Teil des in den Vereinigten Staaten verdienten Kapitals nach England und Belgien geht, daß die Vereinigten Staaten ungeheure Summen für Frachten ausgeben.

Graf Bülow hat gestern mit gewaltiger Stimme erklärt, er würde rücksichtslos die Handelsverträge kündigen, wenn die Verhandlungen nicht den erwünschten Fortgang nähmen. Wenn das bedeuten soll, er werde kündigen, wenn die fremden Staaten nicht auf unsere Minimalzölle eingehen, so geht Deutschland der trüben Perspektive entgegen, daß es einen Zollkrieg führen wird, um dem Volke das Brot zu verteuern. Da wäre es viel besser, einfach die bestehenden Verträge um zehn Jahre zu verlängern. Aber das ist ja die bloße Furcht der Agrarier (Lautes Lachen rechts), darum drängen sie so zur Kündigung.

Wenn nur ein Teil der Energie, die für die Schaffung neuer Handelsverträge eingesetzt wird, darauf verwendet würde, die moralischen Interessen Deutschlands gegenüber Rußland zu wahren! Auch was der Reichsanwalt in seiner letzten Rede gesagt hat, war nicht dazu angethan, das Ansehen Deutschlands in den Kreisen zu heben, die glauben, daß ein Staat auch gewisse ethische und moralische Verpflichtungen hat. Graf Bülow hat sich ja mit vollem Recht darauf berufen, daß er bei der Ausweisung der russischen Studenten nur nach dem Gesetz verfahren sei. Formell ist an dieser Ausweisung nichts anzuzweifeln, materiell dagegen, scheint mir, alles. Es giebt ja so viele formelle Rechte, von denen man nicht Gebrauch macht. Gewiß haben wir das Recht, Rußen als lästige Ausländer auszuweisen, aber wo liegt das preussische Staatsinteresse dabei, wenn man sie abweist? Zu ihrem Protest waren doch die Leute geradezu provoziert worden, und wenn die Leute über das Ziel hinausgeschossen sind, kann das Ansehen Preussens und Deutschlands nicht vertragen, daß ein paar russische Studenten Angriffe gegen uns richten? In England treibt man in diesem Punkte eine großzügige Politik, die auch für uns nur vorteilhaft sein könnte. Graf Bülow vertahrt sich dagegen, Rußland Liebedienste zu leisten; Motive kann man ja mit Sicherheit nie ermitteln, aber auf den Unbefangenen muß es den Eindruck machen, als ob es sich um Liebedienerei handelt.

Der Reichsanwalt meinte, den Varon v. Wahl, auf den ein Attentat verübt ist, in eine Linie etwa mit einem preussischen Verwaltungsbeamten stellen zu können. Aber es ist ja bekannt — der „Vorwärts“ hat heute in drastisch wirkender Weise die Schandthaten des Herrn v. Wahl zusammengestellt — daß er einer der schrecklichsten Typen des russischen Absolutismus ist.

In Bezug auf die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes nur wenige Bemerkungen. Das Gesetz nützt lediglich dem Centrum; alle übrigen Parteien sollten bezüglich der Ueberreste aus dem Kulturkampf reinen Tisch machen und sagen: Fort mit Schanden. (Sehr gut!) Ich hätte gewünscht, daß § 1 dem § 2 gefolgt wäre.

Die staatsrechtlichen Bedenken des Herrn Bayer teile ich; sie werden durch die von Herrn Stodmann verbesserte Resolution Müller-Reinigen beseitigt.

In Bezug auf die Welfenfrage muß hervorgehoben werden, daß wesentlich das preussische Ministerium und seine Chef durch ihre Polizeimaßnahmen die Schuld daran tragen, daß in Hannover nicht Friede einzieht.

Zum Schluß lenke ich die Aufmerksamkeit auf die schände Verletzung des Wahlgeheimnisses, die in vielen Orten stattgefunden hat. Deutschland entbehrt die Sicherung des Wahlgeheimnisses, die Frankreich, England, Dänemark hat. Ich möchte anheim geben, die Strafgesetze mit der Anfertigung einheitlicher Wahlurnen für das ganze Reich zu beschäftigen. Jedenfalls muß dem Willen des Reichstages nach geheimer Wahl Geltung verschafft werden.

Abg. Graf Oriola: Der Vortwurf, den gestern Abg. Vachem erhoben hat, die Minderheit der Nationalliberalen, die für die Aufhebung des § 2 stimmten, sei mundtot gemacht, ist unberechtigt. Wir haben darauf verzichtet, unsere Gründe noch einmal vorzubringen, weil das zwecklos wäre.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

polemisiert gegen den Abg. Dr. Vachem. Der evangelische Bund werde sich auflösen, wenn sich das Centrum auflösen wolle. (Lachen im Centrum.) Die Jesuiten sind ein Orden, der zur Bekämpfung der evangelischen Konfession gegründet worden ist. Die evangelische Bevölkerung leidet nicht an Jesuitenfurcht, wohl aber ist zu befürchten, daß die Häufung der Jesuiten den Frieden zwischen den beiden Konfessionen fördern wird. (Lachen im Centrum.) Redner empfiehlt die Annahme des Antrages Müller-Reinigen, wonach die Verfassung dahin ergänzt werden soll, daß die zu einem Reichsgesetze erforderliche Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse des Reichstages und des Bundesrats im Laufe einer und derselben Legislaturperiode herbeigeführt werden muß, mit einem Unterantrag des Abg. Stodmann, wonach in diesem Antrag die Worte „im Laufe einer und derselben Legislaturperiode“ ersetzt werden sollen durch die Worte: „spätestens vor dem Tage des Zusammentritts des neu gewählten Reichstages“. Die ausschlaggebende Stellung des Centrums im Reichstage beruht darauf, daß wir hier eine Linke haben, die in allen großen wirtschaftlichen und nationalen Fragen versagt. Deshalb ist hier das Centrum das Jünglein an der Waage. Die Regierung der evangelischen Bevölkerung rührt auch daher, daß man nicht weiß, wie weit der Reichsanwalt in seinen Konzessionen an das Centrum noch gehen wird. —

Herr Bebel hat das Abkommen zwischen England und Frankreich gelobt. Wie würde er aber urteilen, wenn es sich um ein ähnliches Abkommen zwischen England und Deutschland handelte, das Deutschland große auswärtige Länderstriche brächte, wie sie Frankreich durch den Vertrag erhalten hat? Ist er nicht mehr ein grundsätzlicher Gegner jeder Kolonialpolitik? Auch ich beurteile das französisch-englische Abkommen günstig, weil eine Verstärkung der französischen Uebersee-Interessen im Interesse Deutschlands liegt. Interessant war mir die Aeußerung des Abg. Bebel, daß auch er nicht ein Stückchen deutscher Erde hergeben wolle. Nun wird wohl auch Frankreich die Hoffnung aufgeben, Elsch-Lothringen wieder zu erhalten, wenn die Socialdemokratie einmal in Deutschland aus Mader käme. Der japanisch-russische Zusammenstoß hat die Weltlage zu Gunsten Deutschlands verändert; er hat den Gegenlag zwischen England und Rußland verschärft und Deutschland kommt aus der Sackgasse heraus, in die es während der Herrschaft des Grafen Caprivi geraten war, dieses größten Dilettanten, der unmittelbar dem größten Staatsmann gefolgt ist. Herr Bebel ist als Kanzler der socialdemokratischen Nebenregierung hier aufgetreten. Wenn er einmal wirklich Kanzler würde, wäre zu befürchten, daß Deutschland für jeden russischen Studenten sein Schwert in die Waagschale werfen würde.

Herr Bebel meinte, die Lage der Landwirtschaft sei günstig, da möge er sich doch bei seinen Freunden Calwer und Schippel erkundigen, die jetzt die Freuden freier socialdemokratischer Wissenschaft lernen lernen. Weiter meint er, das läge, was die Regierung gethan habe, sei, daß sie die Handelsverträge noch nicht gekündigt habe. Fürst Bismarck glaubte stets, eine Dummheit begangen zu haben, wenn er von jener Seite gelobt wurde.

Zum Schluß richte ich an den Reichsanwalt die Frage, wie es mit der Erhöhung des Kapitals der Reichsbank steht.

Schließlich möchte ich noch den Wunsch ausdrücken, daß das Grab des Dichters Kleist dem deutschen Volke als Nationaleigentum erhalten werde.

Staatssekretär Niederder: Abg. Arendt hat ausgeführt, nach meinen Ausführungen könnte der Bundesrat einem alten Reichstagsbeschlusse zustimmen, wenn er der Meinung sei, der neue Reichstag würde anders beschließen. Ein solches Vorgehen würde ich für unethisch und verfassungswidrig halten. Auf die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes trifft das nicht zu.

Abg. Dr. Blumenthal (D. Rp.):

Der Abg. Midlin hat sich mit meiner Person beschäftigt, doch kann die Kühnheit seiner Ausdrücke und Behauptungen nicht über die Nichtigkeit des Inhalts seiner Ausführungen hinwegtäuschen. (Sehr wahr!) Er verglich mich mit dem Geist, der stets das Böse will und das Gute schafft. In Bezug auf den ersten Teil tröste ich mich damit, daß das wohl nicht die einzige unrichtige Diagnose des Herrn Dr. Midlin ist. (Heiterkeit.) In Bezug auf den zweiten Teil frage ich, warum denn er und seine Partei mich dann mit jährlich sich steigender Heftigkeit bekämpfen? Ich bedauere, ihm seine Komplimente nicht zurückgeben zu können, denn in seinen Ausführungen habe ich keine Spur von Geist entdecken können. (Heiterkeit.) Meine Politik, sagte er, sei begründet auf Katholizität. Das Gefühl des Hasses ist mir überhaupt fremd. Gegen niemand habe ich wegen Religion oder Mangels an Religion irgend eine Antipathie, nur soll man die Religion nicht mit dem Zerbröckeln der Religion vertauschen, nämlich in der Ausbeutung zu politischen Zwecken. (Sehr richtig! links.) Eine Einigung mit den Herren ist, wie mir scheint, ausgeschlossen. Gewiß wollen sie Religion in Politik nur einführen, wenn es sich um reine oder gemischte religiöse Fragen handelt. Ach, was ist nicht alles „gemischt religiös“ namentlich nach der Auslegung geschickter Politiker. Geben Sie (zum Centrum) nur zu, daß die Schule nicht zu diesem Gebiete der Religion gehört, dann ist die Grundlage für eine Verständigung gegeben. — Herr Vachem hat hier versichert, er sei ein moderner Mensch. Ich habe mir den Typus des modernen Menschen wesentlich anders vorgestellt. (Sehr gut! links.) Das ist nicht modern, wenn man sich jeden Fortschritt abringen läßt, sich klammert an die Vergangenheit, daß sie einem säkularweise entrisen wird. Herr Vachem hat bei der Berechnung derjenigen, die vom Centrum vertreten sein möchten, alle diejenigen mit eingerechnet, die Herr Spahn als nicht vollwertige Katholiken bezeichnet hat, vor allem die nationalliberalen. Aber ziehen Sie (zum Centrum) nur auch ruhig die socialdemokratischen Katholiken ab, die viel zahlreicher sind und gar nicht daran denken, zu Ihnen zurückzulehren. Uebrigens haben Sie gar kein Recht, diesen Leuten die Eigenschaft als Katholiken abzuspochen. In welchem Urtheil ist eine politische Partei am wenigsten berechtigt. (Unruhe im Centrum.) Hat doch ein hervorragender Centrumsführer gesagt, die Protestanten, die wirklich noch positiven Glauben hätten, sollten endlich in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückkehren. (Lachen rechts.) Lachen Sie nicht, wir in Süddeutschland kennen diese Art der Volemie. Wohin es führt, wenn man den Forderungen der Katholiken entgegenkommt, das beweisen die Verhältnisse in Elsch-Lothringen, zum Beispiel die Geschichte des Kirchhofs in Ramel. Als hier ein Protestant begraben wurde, erklärte der Geistliche des Kirchhofs für entweiht (Hört! hört! links) und der Bischof von Metz erklärte über den Friedhof das Interdikt. (Hört! hört! links.) In einer andern Gemeinde, wo die Frau eines sehr angeesehenen protestantischen Einwohners gestorben war, wurde ebenfalls der Kirchhof, auf dem die Frau begraben war, von der katholischen Geistlichkeit für entweiht erklärt. Ein Geistlicher besprach den Fall in der Kirche und die Folge war, daß an demselben Sonntag das Grabdenkmal der Frau von 13 jährigen Jungen verunreinigt wurde. Der Unterstaatssekretär Petri hat im Landesausschuß erklärt, daß der Bischof in Metz sich außerhalb des Gesetzes gestellt habe und die Folge war, daß dem Bischof von der katholischen Bevölkerung ein besonderes Vertrauensvotum gegenüber den „Verleumdungen“ des Unterstaatssekretärs dargebracht wurde und daß der Ruf erscholl „Fort mit Petri“. Ich weiß nicht, ob Herr v. Köller die Stellungnahme des Herrn Petri billigt, wenn das der Fall ist, könnte vielleicht auch bald der Ruf erschallen „Fort mit Köller“, falls nicht die Katholiken es vorziehen, um andrer Vorteile willen Herrn v. Köller mit Angriffen zu verschonen. (Unruhe im Centrum.) Hat doch auch Herr Midlin, der sich als Volkvertreter ausgiebt, als er sich über Polizeibehörden beklagte, gesagt: Daran wären selbstverständlich die subalternen Beamten schuld, Herr v. Köller habe keine so kleinen Ansichten. Das glaube ich ja auch, aber er trägt doch die Verantwortung, wenn er den Polizeibehörden keinen Gehalt thut. Ich habe diese Fälle angeführt, um zu beweisen, wie tolerant sich die Partei, welche hier immer zum Frieden mahnt, dort zeigt, wo der Anlaß, tolerant zu sein, am größten ist. Nicht Rechte begehren die Katholiken, sondern Vorrechte, und wenn man die ihnen nicht bewilligt, schreiben sie über Verfolgung. (Sehr gut! links.) Die Reden des Reichsanwalters, die leugnen, daß er Handelsverträge mit dem Centrum gemacht hat, tragen gleichsam alle den Charakter: Vorbehaltlich gewisser un-aufgeklärter Zufälligkeiten (Heiterkeit), die beim Volke doch diesen Anschein erwecken mußten. Ich nehme dem Centrum diese Handelsverträge nicht übel. Wenn ich an der Spitze einer Partei stände, der der Reichsanwalt so liebenswürdig entgegenkommt (Stürmische Heiterkeit), würde ich auch suchen, möglichst viele Vorrechte zu erreichen.

Ueber die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes hat man sich ganz unnötig aufgeregt. Ich habe zu wenig Bekanntschaft mit Jesuiten — (sich nach der Mitte verbeugend:) einzelne kenne ich schon. (Große Heiterkeit.) Das weiß ich aber, daß was man wirklich befürchtet, den jesuitischen Geist, daß man diesen durch das Jesuitengesetz nicht beseitigen kann. In diesem Sinne ist ein Jesuit auch durchaus nicht allein der katholischen Kirche eigentümlich. Ich kenne auch Jesuiten, die gar keine Religion haben. (Sehr gut! links.) Ich soll Einspruch erhoben haben gegen den Zusammen-

schluß aller Parteien gegen die Socialdemokratie. Das Centrum aber hat hier nicht widersprochen, als von einem Redner der Socialdemokratie angekündigt wurde, daß wahrscheinlich es in Bayern noch einmal zum Zusammenmarschieren des Centrums und der Socialdemokratie kommen werde. Mir ist vorgeworfen worden, ich stände mit einem Bein in der Socialdemokratie. Auch das Centrum steht in socialpolitischen Fragen mit einem Bein in der Socialdemokratie, aber das ist nur ein hölzernes Bein (Große Heiterkeit), das manchmal mit einem roten Tuch umwickelt wird. Der Abg. Midlin that in seiner Rede ganz so, als hätten alle elsch-lothringischen Familien keine größere Sorge als ein Plätzchen für ihren Pilatus zu ergattern. (Heiterkeit.) So weit sind wir denn glücklicherweise doch nicht. — Zur Verfassungsfrage kann man sich schwer äußern, ehe nicht positive Vorschläge gemacht sind. Gewiß sind wir alle für Gleichstellung des Reichslandes mit den Bundesstaaten, aber wir wollen den Reichstag nicht ausschalten, ehe nicht das Wahrecht zum Landesauschuß reformiert ist, wir wollen nicht das Elsch-Lothringens etwaige Bundesratsstimmen an den deutschen Kaiser fallen, damit sie nicht Preussens Einfluß verstärken. Auch über die verfassungsrechtliche Seite schwebt noch tiefes Dunkel, so daß wir uns in jeder Beziehung unsere Entscheidung vorbehalten müssen. (Bravo! links.)

Statthalter von Elsch-Lothringen v. Köller:

Jede Veränderung des Wahlrechts des Landes-Ausschusses würde die endliche Regelung der Verfassungsfrage nur verzögern. — Die Anregung, die ausgewiesenen Kongregationisten in Elsch-Lothringen aufzunehmen, habe ich nur dahin verstanden, diejenigen zuzulassen, die dort geboren sind und durch längere Abwesenheit ihr Heimatsrecht verloren haben. Insofern, aber auch nur insofern, könnte ich ihr entsprechen, mit der Einschränkung, daß von einer Wiederaufnahme der Ordensfähigkeit im Reichslande nicht die Rede sein kann. — Der Abg. Blumenthal hat sich dann beschwert darüber, daß ich gesagt habe, er stände mit einem Fuß in der Socialdemokratie. Ich frage ihn, ob das unrichtig ist, das von einem Abgeordneten zu sagen, der erst in der Stichwahl allein durch den Zufall der socialdemokratischen Stimmen gewählt worden ist. (Große Unruhe links.) Es ist doch keine Beleidigung, wenn ich das sage; hoffentlich wird Abg. Blumenthal mir nun den Ausdruck nicht weiter übel nehmen. — Den Votus in der Rede des Abg. Midlin über die Anstellung von Elsch-Lothringern habe auch ich nicht sehr schön gefunden. Wir stellen eben nur Leute an, die für ihre Stellung zu brauchen sind. — Zum Schluß hat mich der Abgeordnete Blumenthal als ganz schwarzen Merikalen bezeichnet. Jetzt habe ich bloß noch Angst, daß man mich nächstens auf meine alten Tage das Epitheton „Demokrat“ anhängt (Stürmische Heiterkeit); alles andre hat man mir nun schon nachgesagt. — Redner erörtert dann in langen Ausführungen die Rechtmäßigkeit der Verhängung des Interdikts über einen paritätischen Kirchhof durch den Bischof von Metz. Er faßt sein Urtheil dahin zusammen: Der Bischof hat den geistlichen Weg nicht verlassen, er hat nur den geistlichen allein zulässigen Weg nicht betreten. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn er einsehen wird, daß nach Lage der Dinge nicht anders entschieden werden konnte, wird er um so eher geneigt sein, seine Maßregel zurückzunehmen, als darunter nur die gläubigen Katholiken leiden. Die verstorbenen Protestanten haben jetzt freies Schalten und Walten auf dem Kirchhof. (Stürmische Heiterkeit.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Arendt, Graf Bernstorff und Blumenthal verläßt das Haus die Weiterberatung am Sonnabend 1 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit einigen Petitionen betreffend die Abänderung des § 129 der Gewerbeordnung. Die Petenten fordern, daß die Berechtigung zur Ausbildung von Handwerkslehrlingen nur solchen selbständigen Gewerbetreibenden erteilt werden soll, die nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung das Recht haben, den Meisterstitel zu führen.

Der Referent Abg. Dr. Dröschner (L.) trat für die Forderung der Petenten ein. Er wies darauf hin, daß man in Innungskreisen mehr und mehr zu der Ueberzeugung komme, daß die Einführung des Befähigungsnachweises für das gesamte Handwerk nicht geeignet sei, die Besserstellung der Handwerksmeister herbeizuführen, wie man früher gehofft habe. Im Interesse des Handwerks würde es aber umbedingt liegen, wenn den Wünschen der Petenten durch Abänderung der Befähigungsnachweis Rechnung getragen würde. Er beantragte deshalb, die Petitionen dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Regierungskommissar teilte mit, daß die verbündeten Regierungen keine Veranlassung hätten, sich mit Forderungen, wie sie in den Petitionen enthalten seien, zu beschäftigen. Er verwies ferner auf die vom früheren Staatssekretär Dr. v. Vötischer bei der Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle im Reichstage abgegebenen Erklärungen.

Abg. Thiele (Soc.) bezeichnete die Forderung der Petenten als eine solche, die einen verschleierten Befähigungsnachweis einzuführen beabsichtige. Eine bessere Ausbildung der Lehrlinge würde, wenn sie Gesetz würde, keineswegs garantiert. Er beantragte Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Erzberger (C.) bemühte sich, die Petitionskommission den Wünschen der Petenten geneigt zu machen und stimmte ein Loblied an auf den Nutzen, den die Innungsgesetzgebung dem Handwerk seiner Ansicht nach gebracht habe. Es sei auffallend, daß die Socialdemokraten fortgesetzt als Gegner der Innungen auftreten, während doch des öfteren Socialdemokraten Vorstandsmitglieder solcher Innungen seien.

Abg. Lehmann (natl.) stand den Petitionen sehr sympathisch gegenüber und empfahl die Annahme des vom Referenten gestellten Antrages.

Abg. Fischer-Sachsen (Soc.) nagelte es fest, daß ein Mitglied der nationalliberalen Fraktion sich für zünftlerische Forderungen der rüchständigen Art so begeistert löste, wie es der Abg. Lehmann gethan. Wenn Socialdemokraten in den Innungssitzungen Vorstandsämter annehmen, so gehebe es wohl nur deshalb, um zu verhindern, daß allzu große zünftlerische Dummheiten begangen würden, von denen man ja leider noch allzu oft zu hören bekomme. Man solle doch einfach den auch für socialdemokratische Handwerksmeister geltenden Zwang, den Innungen beizutreten, aufheben, dann würden wohl nur wenig socialdemokratische Innungs-Vorstandsmitglieder übrig bleiben.

Abg. Tugener (Soc.): Wenn die Arbeiter auch nur den leinsten Zwang ausüben, um ihre Berufsgenossen zum Eintritt in die gewerkschaftlichen Organisationen zu bewegen, dann werde man sofort über den von ihnen ausgeübten Terrorismus. Ein welt schimmerer Terrorismus sei es jedoch, selbständige Handwerker wider ihren Willen selbst unter Strafandrohung zum Eintritt zur Innung zu zwingen. Die Forderung der Petenten sei entschieden zu bekämpfen, da die Führung des Meistertitels keine Garantie biete für die Fähigkeit, die Lehrlinge zu tüchtigen Handwerkern auszubilden. Auch ein mit dem Meistertitel beendeter Lehrling, wie ich oft sehe, ein arger Bfischer sein, dem selbst noch die Ausbildung dringend nothue. Dies scheint man auch in Berlin eingesehen zu haben, wo selbst die Gewerbe-Deputation des Magistrats es für nötig gehalten habe, sich für Errichtung von Meisterkursen an der Tischlerlehre zu erklären. Die Innungen sollten lieber, statt neue Vorrechte für sich zu verlangen, die wohl zum Nutzen der Meister, aber nicht zu dem der Lehrlinge dienen dürften, der Lehrlingszuchtenergie energisch entgegenzutreten, die leider noch in launhafter Wäite stehe. In dieser Hinsicht habe ja auch die Berliner Gewerbe-Deputation des Magistrats bereits ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet. Wollte man die Lehrlinge den Meistern entziehen und für eine tüchtige Ausbildung derselben Sorge tragen, so solle man die Forderung der Socialdemokraten nach Einführung von Staats-Lehrwerkstätten verwirklichen.

Nach längerer Debatte lehnte die Petitionskommission den Antrag ab und beschloß mit 15 Stimmen, die Petitionen dem Reichstag zur Verächtlichmachung zu überweisen.

## Partei-Nachrichten.

Der Fall Göhre.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ der Genosse Fleischer, Mitglied des Dresdener Agitationskomitees, eine Darstellung der Vorgänge bei der Aufstellung des Genossen Göhre im 20. sächsischen Kreise, die den Zweck hat, das in der Parteipresse zum Teil (in formeller Beziehung) bemängelte Vorgehen der sächsischen Komitees zu rechtfertigen. Wir geben aus dem Artikel den Teil wieder, der die Einzelvorgänge schildert. Fleischer schreibt:

„Zunächst sei festgestellt, daß die Komitees in ihrer Gesamtheit — Centralkomitee und die vier Agitationskomitees — erst dann sich mit dem Fall zu beschäftigen hatten, als im 20. Kreise in der entscheidenden öffentlichen Versammlung Göhre bereits als Kandidat proklamiert war. Das ist gerade der erste große Hauptfehler der Genossen im 20. Kreise gewesen, daß sie nicht vorher mit dem Centralkomitee in Verbindung wegen der Kandidatenfrage trafen, sondern ohne dessen Wissen und schließlich gegen dessen energischen Einspruch Göhre aufstellten. Sie haben nur im Reichstag und beim Begräbnis des Genossen Rosenow in unverbindlicher Weise und ganz beifällige Umfrage gehalten, die erste und maßgebende Partei-Instanz in Sachen aber übergegangen.“

Die Dinge spielten sich also chronologisch folgendermaßen ab. Das Centralkomitee war bis kurz vor jener schon erwähnten Versammlung, gestützt auf Ansprachen, der Meinung, daß Pöhlke aufgestellt werde. Da kam von Chemnitz die Nachricht an das Centralkomitee nach Dresden, man werde im 20. Kreise Göhre aufstellen. Der Vorsitzende des Centralkomitees, Genosse Sandermann, wurde zugleich als Referent über die Reichstagswahl für den ersten entscheidenden Versammlung — in Gelsenau — beauftragt. Genosse Sandermann erklärte sofort, daß er gegen Göhre Stellung nehmen und dessen Proklamierung zum Kandidaten zu hindern suchen werde, um erst eine Aussprache der maßgebenden Partei-Instanzen zu ermöglichen. Vor der Versammlung fand eine nichtöffentliche Sitzung mit den Vertrauensleuten des 20. Kreises statt, in der diese dringend erzuht wurden, die Proklamierung zu verschieben, bis die Vertreter der Gesamtpartei gesprochen haben. Es wurde schon in dieser Sitzung auf alle Konsequenzen aufmerksam gemacht — man hörte nicht darauf. Durch dieses vorläufige Verfahren ist nun in der Öffentlichkeit der eigentliche Fall Göhre erst geschaffen worden. Das war am Sonntag. Den folgenden Dienstag traten die fünf Komitees in Leipzig zu einer Sitzung zusammen. Der Parteivorstand war durch Pfannschuß vertreten. Nach langen Erörterungen wurden einstimmig zwei Erklärungen beschlossen; eine für die Komitees, die andre für den Parteivorstand, die in der Form die ich hier wiedergebe. Diese Erklärungen sollten veröffentlicht werden, wenn Göhre bei einer Versammlung mit ihm zu arrangierenden Sitzung positiv erklärt, er trete nicht zurück. Die für die Komitees entscheidende letzte Sitzung fand am selben Dienstagabend in Chemnitz statt. Göhre und die Vertreter aus dem 20. Kreise waren telegraphisch gerufen worden, die Komitees waren durch ein Mitglied des Centralkomitees und zwei Genossen des Chemnitzer Komitees vertreten. In Leipzig hatte man auch mit der Eventualität gerechnet, daß sich Göhre nicht sofort bestimmt entscheiden, sondern Bedenkzeit fordern werde. In diesem letzteren Falle hätte die Veröffentlichung der Erklärung zunächst bis zur Entscheidung Göhres unterbleiben müssen. Aber nur in diesem Falle, der ja eben nicht eintrat. Die Besprechung in Chemnitz am Dienstagabend fand statt. Göhre erklärte in der bestimmtesten, jeden Zweifel ausschließenden Weise, und nach Kenntnis des Inhalts der Erklärung, daß er nicht zurücktrete. Man könne machen, was man wolle, er werde auf solche Parteidisziplin. Die Sache war also völlig erledigt, jedes weitere Unterhandeln war nach Meinung Göhres selbst und der übrigen Beteiligten zwecklos. Göhre sah der Veröffentlichung ruhig entgegen, er mußte damit rechnen. Die Delegierten der Komitees hatten weiter nichts mehr zu thun, als dem Parteivorstande und ihren Auftraggebern Bericht über den negativen Verlauf dieser letzten entscheidenden Sitzung mit Göhre zu erstatten. Das geschah am andern Tage. Für die Komitees lag nicht der geringste Grund vor, die Veröffentlichung ihrer Erklärung, die ja ganz unabhängig von der des Parteivorstandes war, hinauszuschieben. Der Parteivorstand hatte seinerseits seine Stellung für sich zu nehmen; wie das geschehen sollte, war den Komitees in Leipzig in der andern Erklärung ja mitgeteilt worden.

Ganz wider Erwarten wurde die Angelegenheit nun aber am andern Tage in der Fraktion und im Parteivorstand noch einmal verhandelt, mit dem schließlichen Ergebnis, daß Göhre doch noch zurücktrat. Das waren aber von dem Willen und Wissen der sächsischen Komitees ganz unabhängige Vorgänge. Sie waren von keinem der Beteiligten vorausgesehen oder auch nur zu ahnen. Wäre in der Sitzung der Komitees in Leipzig gesagt, beschlossen oder auch nur angedeutet worden: wenn am Abend in Chemnitz Göhre auf seinem Standpunkt beharrt, so sollen Fraktion und Parteivorstand sich nochmals mit der Sache befassen, so wäre natürlich die Veröffentlichung bis dahin bezug. ganz unterbleiben. So blieben aber die Komitees zunächst gänzlich ohne Kenntnis von dem, was nun in Berlin noch vorging. Eine Verhinderung der Veröffentlichung war übrigens unter allen Umständen ausgeschlossen, da die Chemnitzer „Vollstimme“ mit der Erklärung schon gedruckt vorlag, als man in Berlin den Bericht von dem negativen Ausgang der Sitzung am Dienstagabend in Chemnitz erhielt.“

### Sie huldigen!

Am 1. Mai wird in Mainz die neue Rheinbrücke eingeweiht und zu dieser Feier wird auch der Kaiser, der ergangenen Einladung folgend, erscheinen. Da haben sich nun die Stadtväter allerlei Huldigungen ausgedacht. Unter andern soll eine Parade der ganzen Rheinflotte abgehalten werden, um den Kaiser gegen die geplante Schiffahrtsabgabe einzunehmen. Die seltsamste Huldigung aber besteht darin, daß man unsern Parteigenossen die Stadthalle zur Abhaltung der Mai-Feier am Abend verweigert. Die Jurage war bereits gegeben, weil in Mainz bisher ganz selbstverständlich die Stadthalle allen Parteien zu politischen Veranstaltungen zur Verfügung stand. Auf Antrag des Bürgermeisters beschloß jedoch diesmal die Verwaltungskommission, den Socialdemokraten das Lokal zu verweigern. Der in der Kommission sitzende Parteigenosse gab sich alle Mühe, dieser die Absicht auszureden; vergeblich: Ultramontanen, National-liberalen und Demokraten in Arm in Huldigungsstimmung beschloßen die Verweigerung.

Graberungen der norwegischen Socialdemokratie. Bei dem Teil der norwegischen Arbeiterpartei, der sich bisher von der Linkenpartei nachführen ließ, bricht sich jetzt allmählich aber unaufhaltsam die Erkenntnis Bahn, daß nur von der socialdemokratischen Arbeiterpartei eine wirksame und konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen zu erwarten ist. Die nackte Massenpolitik der Linkenpartei mußte unbedingt zu dieser Klärung der Situation führen. Das Organ der demokratischen Arbeitervereine „Arbeideren“ in Kristiania richtete dieser Tage die Aufforderung an sämtliche demokratische Arbeitervereine, sich so schnell wie möglich mit einem Vorschlag auf Anschluß an die Arbeiterpartei zu begeben. Das Blatt schreibt: „Es ist nun beinahe allen demokratischen Arbeitern hier in der Stadt klar geworden, daß der einzige Weg, eine wirklich effektive Arbeiterbewegung zu stände zu bringen, der ist, sich ganz der Arbeiterpartei anzuschließen. Und dies muß einzig und allein in der Weise geschehen, daß sich sämtliche Vereine, jeder für sich, zum Eintritt in die Partei melden.“ — Bisher haben die demokratischen Arbeiterorganisationen

bestimmlich immer versucht, mit der Linkenpartei zusammenzuarbeiten. Zusammenarbeiten mit der Linken“, schreibt das Blatt hierzu, „muß künstlich als unmöglich angesehen werden, auf jeden Fall hinsichtlich der Kommunalwahlen. Die Männer von der Linken haben eine in hohem Grade reaktionäre Rolle gespielt und was schlimmer ist, eine erbärmliche Rolle. Daß die leitenden Männer der Linken ihre Natur verändern sollten, dafür ist wahrhaftig wenig Aussicht vorhanden. Darum muß die Brücke zur Linkenpartei abgebrochen sein. Die Schuld daran hat wahrhaftig die Linke selbst zu tragen. Daß nun die Arbeiter, die der Organisation der Linken angehörten, nicht mit einem Mal bereit waren, zu den Socialdemokraten überzugehen, ist selbstverständlich. Inzwischen erkennen nun die Arbeiter in immer größerer Ausdehnung, daß ihr Kampf von Natur socialdemokratisch sein muß und daß er es demnach auch in dem Namen nach sein muß. In diesem Namen kommt keine wirkliche Arbeiterbewegung vorbei.“

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Massenverurteilungen.

Es hagelt wieder einmal Verurteilungen gegen socialdemokratische Redakteure. Nachdem wir erst in den letzten Tagen mehrere Verurteilungen von Redakteuren unserer Parteiblätter zu 5, 4, 3 Monaten Gefängnis und andres melden mußten, liegt heute gleich ein ganzes Bündel solcher Nachrichten vor.

So wurde der Genosse Fette in Halle, Redakteur des „Vollblattes“, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Bergweier-Beamten des holländischen Oberbergamtes beleidigt haben soll.

Zu zwei Wochen Gefängnis wurde Genosse Archschmar in Dessau, Redakteur des dortigen Parteiblattes, verurteilt. Er soll den „Anhaltischen Staats-Anzeiger“ beleidigt haben. Seine Widerklage wurde abgewiesen. Zwischen dem „Staats-Anzeiger“, der nach dem Muster der „Post“ in Staatsrettung macht, und dem „Vollblatt für Anhalt“ spielt seit längerer Zeit eine Preßpolemik, und diese führte zur Klage. Natürlich ist nun erwiesen, daß der „Staats-Anzeiger“ recht hat; der Staat ist gerettet.

Zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilte die Breslauer Strafkammer den verantwortlichen Redakteur der „Vollmacht“ wegen Beleidigung sämtlicher deutscher Interoffiziere. Der Kriegsminister hatte den Strafantrag gestellt, weil in einer Notiz der genannten Zeitung die Interoffiziere als die geeigneten Volkstreuer der Preßstrafe in der Fortbildungsschule zu Ratibor hingestellt wurden. Der Staatsanwalt behauptete, damit seien alle Interoffiziere gemeint, während der Angeklagte aus der Fassung der Notiz bewies, daß nur die bekannte Art von Vorgesetzten, die öfter vor dem Kriegsgericht erscheint, getroffen sein könnte. Das Gericht kam mit Hilfe des Dolus eventualis zu einer Verurteilung und erkannte auf obige Strafe. Als erschwerend führte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Mehrlein seine Eigenschaft als ehemaliger Soldat und jetziger Landwehrmann ins Feld. Ferner gestattete er sich als milderen Umstand das „niedrige journalistische Niveau“ der socialdemokratischen „Vollmacht“, das zu solchen Beleidigungen führe, in Erwägung zu geben. Der Angeklagte diente ihm darauf mit einem Anspruch seines Amtsvorgängers, des Staatsanwalts Keil auf dem deutschen Sittlichkeitslehre, in welchem dieser anerkannte, daß die socialdemokratische Presse sittlich auf einem höheren Niveau stehe als die bürgerliche. Darauf wählte der öffentliche Ankläger, der drei Monate Gefängnis beantragte, keine Antwort.

Endlich wurde Genosse Garbe in Kassel, Redakteur des „Vollblattes für Kassel“, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll sich der Erpressung und Nötigung von Geschäftsleuten dadurch schuldig gemacht haben, daß er sie durch Androhung des Poststills zum Interieren habe zwingen wollen.

Es handelt sich offenbar um den Fall, den wir seiner Zeit mißbilligend besprochen haben. Wir haben das Verfahren des Kasseler Parteiblattes als unzulässig bezeichnet, aber daß man darin Erpressung finden könnte, haben wir doch nicht erwartet.

Der Staatsanwalt hatte gar sechs Monate und zwei Jahre Ehrverlust sowie Aberkennung öffentlicher Ämter beantragt.

## Soziales.

### Kerzte und Krankenkassen.

In einer außerordentlichen Generalversammlung der Orts-Krankenkasse Leipzig wurde mit 208 gegen eine Stimme beschlossen, die freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen vorläufig aufzuheben. Alle übrigen Kassenleistungen für die Angehörigen bleiben bestehen. Die Familienangehörigen werden aber trotzdem von den neuen Kassenärzten unentgeltlich weiter behandelt. Den Versicherten entsteht also gar kein materieller Nachteil; durch die Abänderung des Statuts ist nur der Möglichkeit eines behördlichen Eingreifens wegen angeblich ungenügender Versorgung der Mitglieder mit ärztlicher Hilfe der Boden entzogen, da nunmehr die Kasse statutarisch nur zur Gewährung freier ärztlicher Hilfe an die Versicherten selbst verpflichtet ist. Dazu sind aber mehr als genug Kerzte vorhanden.

In kurzer Zeit findet übrigens eine abermalige Generalversammlung statt, der die Wiederherstellung des bisherigen Zustandes wird empfohlen werden können, da dann voraussichtlich auch dafür genug Kerzte angestellt sein werden.

Die Versammlung war von 246 Vertretern der Versicherten und 63 Unternehmern besucht. Die eine Stimme gegen die Abänderung des Statuts wurde von einem Unternehmer abgegeben und damit begründet, daß schon jetzt kein Grund zum Eingreifen für die Aufsichtsbehörde vorliege.

Schließlich nahm die Generalversammlung noch einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute am 13. April versammelten Vertreter der Orts-Krankenkasse (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) sprechen dem Vorstand für die bisher getroffenen Maßnahmen in Sachen des Kerzestills ihre Anerkennung hiermit aus. In gleicher Weise sprechen die Vertreter der Kasse ihre Anerkennung den Herren Districtärzten aus für ihre im Interesse der Kranken entfaltete erfolgreiche Thätigkeit.“

### Unternehmer und Unfallverhütungs-Vorschriften.

Die Lagerei-Verufsgenossenschaft hatte kürzlich den einzelnen Sektionen Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge zu den Unfallverhütungs-Vorschriften zur Rüdäußerung zugehen lassen. Bei den einzelnen Vorschlägen sind gleichzeitig Anregungen der Polizei-Verufsgenossenschaft sowie der in Frage kommenden Arbeiterorganisationen zur Verbesserung der bestehenden Vorschriften beigefügt und der Begutachtung der Sektionen unterbreitet worden. Es ist äußerst interessant, die Gutachten verschiedener Sektionen hinsichtlich der gemachten Vorschläge resp. Anregungen kennen zu lernen; sie zeugen von einer socialpolitischen Rückständigkeit, die auf das vielgerühmte „gute Herz“ der Unternehmer gegenüber den Arbeitern ein recht eigenümliches Streiflicht wirft.

So hat z. B. die Mitgliedschaft der Schauerleute, Duai-, Speicher- und Getreide-Arbeiter zu Hamburg beantragt, die Schutzvorrichtungen an den Luken-Einstimmungen, Laufbänken, Aufzügen, Stellungen usw. auf Schiffen zu verbessern, indem Kräftewehren oder Umgängen angebracht werden, die das häufige Hinabfallen der Arbeiter in den Schiffsraum oder über Bord oder auch das Hinabrollen der Warenbullen, Kisten usw. hindern sollen, um dadurch den vielen und schwereren Unglücksfällen vorzubeugen; ebenfalls wurde die Verbesserung von Treppen und Leitern auf Schiffen sowie die Anbringung von Warnungstafeln gewünscht.

Dazu äußert sich die Sektion VI: „Die obligatorische Einführung einer bestimmten Schutzvorrichtung kann nicht empfohlen werden, weil ein Schutz für die Arbeiter auch in anderer Weise

wirkam durchgeführt und jeden Tag eine bessere Konstruktion bekannt werden kann.“

Der Verein der Stauer von Hamburg-Altona erklärt sich ebenfalls gegen einen Teil der vorgeschlagenen Verbesserungen, weil sich namentlich keine ausländische Meederei hierüber Vorschriften machen lassen würde. „Weim Beladen oder Entladen der Schiffe müßte die Schutzwehr natürlich ohnehin abgenommen werden, so daß dieselbe nur bei Passagierschiffen Zweck haben würde, denn wenn die Arbeit ruht, hat kein Arbeiter etwas an den Luken zu thun.“ Also Passagiere will man schließlich noch schützen, während man einen Schutz der Arbeiter für überflüssig erachtet. — Die Sektion VII lehnt unter folgender Begründung ab: „Die Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft ist der Meinung, daß diese Vorschrift nur für See-Schiffe zutrifft (und gerade dort hält sie der Hamburger Stauer-Verein für unnötig. D. N.), im übrigen sind Schutzwehren bei Stellungen, z. B. bei den Mannheimer Kohlenkrägen, unpraktisch.“

Die Hamburger Bau-Polizei-Behörde empfiehlt der Verufsgenossenschaft, verbesserte einheitliche Vorschriften für die Schutzvorrichtungen an Bindeseilungen zu erlassen, und das Reichs-Versicherungsamt hält ebenfalls unter entsprechenden Vorschlägen verbesserte Vorschriften über die Bedienung von Fahrstühlen für notwendig. Dazu sagt die Sektion II: „Mit Rücksicht darauf, daß bereits für Aufzüge und Fahrstühle besondere polizeiliche Bestimmungen bestehen, ... halten wir die Aufnahme der hier in Vorschlag gebrachten Sonderbestimmungen nicht für zweckmäßig, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß je länger die Unfallverhütungs-Vorschriften sind, desto weniger dieselben gelesen und beachtet werden.“ Und die Sektion VIII ist der Ansicht, daß bei Aufnahme der vom Reichs-Versicherungsamt gemachten Vorschläge in die Unfallverhütungs-Vorschriften, die Unternehmer in Verlegenheit darüber geraten können, was sie bei einem Abweichen der von zwei Seiten über denselben Gegenstand erlassenen Vorschriften zu befolgen haben.“

Zu den Vorschlägen, Betrunkenen und Kindern den Aufenthalt in den Betriebsstätten nicht zu gestatten, sowie Personen, die an Krämpfen, Schwindel und Ohnmachten leiden, nicht an Maschinen oder bei Arbeiten mit erhöhter Gefahr zu beschäftigen, bemerkt die Sektion II: „Undurchführbar und zu weit gehend.“ Die Sektion III schließt sich dem an und meint unter besonderer Bezugnahme auf die Fortweisung der Kinder besorgt: „Die Annahme dieses Zusatzes würde aber einem Verbot der Kinderarbeit gleichkommen.“ — Bei Arbeiten an Gefäßen mit Spirituosen, Petroleum, Benzin oder sonstigen leicht brennbaren und explosionsfähigen Stoffen ist das Verbot der Benutzung offener Kerzen und Lampen und nur die alleinige Verwendung von Sicherheitslaternen in Vorschlag gebracht. Die Sektion III aber ist der Ansicht, „das gänzlich Verbot, Licht zu benutzen, geht zu weit; es giebt Keller, welche überhaupt kein Tageslicht haben.“ Dem schließt sich die Sektion VIII an, „da viele Keller ein Arbeiten bei Tageslicht überhaupt nicht zulassen.“ (Und in solchen Höhlen müssen dann die Arbeiter unter Lebensgefahr thätig sein. D. N.)

Vorgeschlagen war von den Schauerleuten und Speicherarbeitern weiter, auf jeder Betriebsstätte für ein einfaches Verbandzeug zu sorgen; auch müsse auf Speichern und Quaihöfen ein Kranen-transportkorb vorhanden sein; des weiteren solle der Verufsgenossenschaftsvorstand berechtigt sein, Personen, die nachweisbar einen größeren Betriebsunfall abgesehen oder zur Rettung Verunglückter beigetragen haben, eine Geldprämie bis zur Höhe von 100 Mark zu gewähren. Die Sektion I lehnt alles ab, weil die Anträge „im praktischen Leben zu weit führen.“ Die Sektion III ist der Ansicht, daß dadurch die Simulation noch mehr gefördert wird; auch der Anhang eines Plakats über die erste Hilfeleistung wird wenig oder gar keine Wirkung haben.“ Gegen die Vereinfachung von Kranentransportkorben macht die Sektion VI geltend, „daß sich durch die Anschaffung und Unterhaltung derselben für kleinere Unternehmer vielfach Härten sichtbar machen würden, die zu dem Nutzen in keinem Verhältnis stehen.“ — Einen Vorschlag, die Unfallverhütungs-Vorschriften auch auf Schiffen an leicht sichtbarer Stelle anzubringen, lehnt die Sektion V ab, weil praktisch nicht durchführbar. Die Sektion VIII aber verteidigt sich sogar zu folgender Behauptung: „Die Anbringung der Unfallverhütungs-Vorschriften auf den Flußschiffen ist überhaupt nicht möglich und keinesfalls zweckmäßig.“

Das Reichs-Versicherungsamt hält es für wünschenswert, Bestimmungen über den Zustand und die Wartung der Kessel sowie über die Kleidung der an Maschinen arbeitenden Personen aufzunehmen. Sektion II und III lehnen prompt ab, letztere „weil diese Bestimmungen über den Rahmen der Unfallverhütungs-Vorschriften hinausgehen und zu weitläufig sind.“

Eine unüberwindbare Abneigung gegen Arbeiterorganisationen trägt der Hamburg-Altonaer Stauerverein zur Schau. Die Hamburger Schauerleute u. a. haben nämlich beantragt: „Zur Besserung und leichteren Kenntnisaufnahme der Unfallverhütungs-Vorschriften müssen dieselben in Broschürenform veröffentlicht werden. Die Verbreitung übernehmen die beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“ Der Stauerverein, bekannt vom Hamburger Hafenarbeiter-Streik, äußert sich dazu folgendermaßen: „Die Worte „und Arbeitnehmer“ sind zu streichen. Der Verein der Stauer hat dem Genossenschaftsvorstande schon früher die Gründe dafür dargelegt.“

Vorstehende Auszüge aus dem Aktenmaterial der Lagerei-Verufsgenossenschaft sprechen eine so hereditäre arbeitserleidliche Sprache, daß uns eine weitere Stimmzählung derselben als unnötig erscheint.

## Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schöneberg und Umgebung hielt am 11. d. M. seine regelmäßige Mitgliedserversammlung im Lokale des Herrn Feinewetter „Wilhelmshof“, Eberstraße 80, ab. In derselben hielt Herr Dr. Cjaies einen sehr lehrreichen Vortrag über Krämpfe. Der Referent schilderte ausführlich diese Krankheit, wofür ihm reichlicher Beifall am Schluß seines Vortrages zu teil wurde. Unter Begeisterung wurde von der Vorsitzenden Frau Wämmer auf das am 23. April hier in demselben Lokale stattfindende Frühjahrsfest des Vereins aufmerksam gemacht, bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Gäste, von Mitgliedern eingeführt, haben Zutritt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 17. April, vorm. 8<sup>1/2</sup> Uhr, in der Schul-Halle der 69. Gemeindegasse, kleine Jannstr. 6: Versammlung, Freireligiöse Predigt. Um 10<sup>1/2</sup> Uhr, vorm. ebendort: Vortrag des Hrn. J. A. K. in n. n. Der Gottesmann im Kampfe mit dem Teufel. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

In der humanistischen Gemeinde, Niedernollstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10<sup>1/2</sup> Uhr Herr Dr. Bruno Wille einen Vortrag über: „Der Humanismus in Goethes Faust.“

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. N. Hamburg). Illustrierte Berlin 4. Sonnabend, den 16. d. M., abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung der Reichswehr, Andreaskstr. 28. — Illustrierte Berlin 5. Sonnabend, den 16. April, abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Feil, Köthringstr. 68.

## Eingegangene Druckschriften.

Organisation des Exports. Sonderabdruck einer Artikelreihe der Deutschen Export-Revue. Preis geb. 1 M. Stuttgart 1904. Deutsche Verlagsgesellschaft.

Geschäftsbericht des Konsum-, Bau- und Spinnereien-Produktion\* in Hamburg für das 5. Geschäftsjahr 1903. Hamburg 1904. Wendens-Verlag 383.

Jahresbericht der Handelskammer in Danzig für 1903. 64 Seiten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonnabend, den 16. April.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus, Lantshäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.**  
**Schauspielhaus.** (Söh von Ver-  
stigungen mit der ersten Hand.  
Deutsches. Carano von Bergerac.  
Verfasser. Vaterland.  
Vesting. Japansreich.  
Westen. Die Stimme von Portici.  
Neues. Der Strom.  
Residenz. Nathan der Weise.  
Central. Der Zigeunerbaron.  
Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.  
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Falkner-Theater.)  
Lumpacivagabundus.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt.)  
Der Geizige. Der eingebildete Kranke.  
**Kleines, Märcher, Elektra.**  
**Luisen.** Das Schloss am Meer.  
**Trianon.** Das elfte Gebot. Hierauf:  
Der Dieb.  
**Carl Weiss.** Zwischen zwei Herzen.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Teich.  
**Gebr. Herrnsfeld.** Nur eine Nacht im andern Morgen.  
**Metropol.** Ein tolles Jahr.  
**Casino.** Der Raub der Sabinerinnen.  
**Palast.** Tante Mollig.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Wolff.** Liebesgötter. Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Vasage-Theater.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
Um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.  
**Jubiläumstraße 57/62.** Stern-  
warte. Täglich geöffnet von 7  
bis 11 Uhr.  
Zu großen Hörsaal: Dr. B. Donath:  
„Radium“.

**Central-Theater.**  
Heute 7 1/2 Uhr:  
**Der Zigeunerbaron.**  
Operette in 3 Akten von N. Strauß.  
Sonntagnachm. 3 Uhr halbe Preise:  
Hofgast. Abends 7 1/2 Uhr: **Der Zigeunerbaron.**  
Montag und folgende Tage, abends  
7 1/2 Uhr: **Der Zigeunerbaron.**

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Der Strom.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Minna von Barnhelm.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Schloss am Meer.**  
Sonntagnachm. zu keinen Preisen:  
Romeo und Julia.  
Abends: Dr. Bespe.  
Montag: Dr. Bespe.  
Dienstag zum erstenmal: Cephiso.  
Mittwoch: Der Selbstentwerfer.  
Donnerstag: Romeo und Julia.

**Residenz-Theater**  
Direktion S. Lantshäuser.  
Heute leichtes Gastspiel  
von Adolf Sonnenthal:  
**Nathan der Weise.**  
Sonntag und folgende Tage: Der  
Kosche Casimir. Vorher: Die  
Empfehlung.  
Sonntagnachm. 3 Uhr: Leontines  
Ehemännor.

**Metropol-Theater**  
Zum 33. Male:  
**Ein tolles Jahr.**  
Gr. dramatisch-satirische Revue  
in 5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
In Scene gesetzt von Direktor  
Richard Schultz.  
1. Bild: Am Kleinkindersee.  
2. Bild: Was giebt's Neues.  
3. Bild: Das Ordensfest.  
4. Bild: Der neue Zapfenstreich  
(Parodie).  
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten  
(Ballett).  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Neue Spezialitäten.**  
8 1/2 Uhr:  
**Liebesgötter.**  
Im dritten Bild:  
**Der grosse Güterzug**  
und die  
**Sensations-Apotheose.**

**Carl Weiss-Theater.**  
Bürgerliches Schauspielhaus.  
Direktion W. G. Fischer.  
**Große Frankfurter Straße 132.**  
Nachmittags 4 Uhr kleine Preise.  
Abendvorstellung:  
**Hänsel und Gretel.**  
Abends 8 Uhr:  
**Zwischen zwei Herzen.**  
Schauspiel in 4 Akten von Rich. Vos.  
Morgen nachmittags: Zwei Herzen.  
Abends 8 Uhr: Zwischen zwei Herzen.

### Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Falkner-Theater.)  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Lumpacivagabundus.**  
Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen  
von Johann Kellner.  
Aufst. von Adolf Müller.  
Sonntagnachmittags 3 Uhr:  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Das grobe Hemd.**  
Montagabend 8 Uhr:  
**Das grobe Hemd.**

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Der Geizige.**  
Lustspiel in 5 Aufzügen von Molière.  
Hierauf:  
**Der eingebildete Kranke.**  
Lustspiel in 3 Akten von Molière.  
Sonntagnachmittags 3 Uhr:  
**Die Ehre.**  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Der Geizige.**  
Hierauf: **Der eingebildete Kranke.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73, Amt IV 4440.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren  
Heute und folgende Tage:  
**Der Hochtourist**  
mit neuen Gesangsarrangements.  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
Sonnabends 8 Uhr:  
Charleys Tante.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Alliancestr. 78, Amt VI 283.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren  
Heute und folgende Tage:  
**Freut Euch des Lebens.**  
Große Kass.-Posse m. Gesang u. Tanz  
in 3 Akten.  
Sonntagnachmittags 3 Uhr:  
**Der Sohn der Wildnis.**

**Cirkus Busch.**  
Abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Großen internationalen  
**Ringkampf-Konkurrenz**  
unter dem Ehrenprotectorat des Herrn Professor Dr. Bogas. (Beginn  
gegen 8 1/2 Uhr.) **Almable de la Calmette** (Frankreich) gegen  
**Omer de Bouillon** (Belgien). **Peyrouse**, der Löwe von  
Balencia gegen **Franz Sauerer** (München). Nach Ausschreibung der  
dieser im Vorbringen diermal gewonnenen Ringer spielen sich gegen-  
wärtig die Kämpfe zwischen den männlich als die acht besten Ringer  
ermittelten Teilnehmern ab, von denen jeder einzelne mit seinen sieben  
Konkurrenten ringen muß. Jeder Sieg zählt für einen Punkt, und  
erzweckt die meisten Punkte den Haupt Sieger.  
Ferner: **Auftreten des Monsieur Morok.**  
Das tollkühnste auf dem Gebiete des Radfahrersports:  
**Der Saltomortale mit dem Zweirad.**  
Bemerkenswert:  
**Aus den Alpen.** Der Automobilsturz.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
Frühlingstage an der Riviera.  
**Sternwarte** Invaliden-  
str. 57/62.  
Im grossen Hörsaal:  
Dr. B. Donath: „Radium.“

**Herrnsfeld-  
Theater.**  
Lachen ohne Ende!  
Witz auf Witz!  
Schlager auf Schlager!  
Ein Bombenerfolg!  
So lautet die einstimmige  
Premierenkritik  
über die  
Anton u. Donat Herrnsfeldsche Komödie  
**Am andern Morgen!**  
Dazu täglich die zweifelhafte Komödie  
**Nur eine Nacht!**  
mit den Autoren in den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr präzis.  
Schluß der diesjährigen  
Spielzeit: Donnerstag, 28. April,  
wegen Gesamt-Gastspiel des Herrnsfeld-  
Theaters in Köln a. Rh.  
Ab 7. Mai: Gastspiel des Original-  
Tegernseer Bauern-Theaters.

**CASTANS  
PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 105.  
**Letzter Monat  
der  
Tunesen-Truppe.**  
(Afrika in Berlin!)  
Grosse Völkerchauausstellung!  
**Die schönen Karamen-  
Damen aus Tunis.**

**Passage-Theater.**  
Anfang: Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 5 Uhr. — Anfang  
der Abendvorstellung 8 Uhr.  
Jeden Abend 10 Uhr:  
Grosse internationale  
**Ringkampf-  
Konkurrenz.**  
20 preisgekrönte Ringkämpfer.  
**Oskar Fürst \* Lina Goltz**  
Humorist. Sonbrette.  
14 erstklassige Nummern.

**HEUTE:  
Zum  
234.  
Male:  
Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 Uhr 30.**

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Heute Sonnabend, den 16. April cr.:  
**Keine Vorstellung.**  
Morgen Sonntag:  
**Drei Tage aus dem Leben  
eines Spielers.**  
Drama in 3 Akten nach dem  
Französischen von Victor Durange.  
Anfang 7 Uhr.  
Nach der Vorstellung:  
**Grosser Ball.**

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Elektra.**  
Vorher: **Martyrer.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Des Pastors Kicke.

**Reichshallen**  
**Stettiner Sänger**  
Zum Schluß: Neu!  
Girtus Lenz und  
Girtus Busch.  
Anfang: 8 Uhr.  
Wochentags 7 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrich-  
und Universitätsstraße.  
Abends 8 Uhr:  
**Das elfte Gebot.**  
Hierauf: **Der Dieb.**

**Fröhels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Sonntag 6 Uhr:  
**Karburger Sänger**  
Nach der Vorstellung:  
**Grosser Extra-Tanz.**  
Montag 8 1/2 Uhr:  
Burmesters Goethe-Ens.  
Grosser Theater - Abend.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Hill.  
Brunnenstrasse 10.  
Extra-Güte-Vorstellung.  
**Sie ist wahnsinnig.**  
Vorher: Drei Frauen auf einmal.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.  
**Casino-Theater.**  
Lothringenstr. 37. Anf. 8, Sonn. 7 1/2.  
8 Uhr: „**Hufarenliebe.**“  
8 1/2: Das brillante April-Programm.  
Markert, fr. am Vespert-Theater cr.  
9 Uhr: **Färtliche Verwandte.**  
Sonntagnachm. 4 Uhr: Der Raub  
der Sabinerinnen.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 22, früher Foon-Palast.  
**Tante Mollig.**  
Schwank in 1 Akt v. Heinrich Schaefer.  
Im pyramidalen Spezialitätenstück:  
**The Cruisers Comp.**, der Satan a. Reiter  
Hedda Petracca, jugendliche Soubrette.  
Miss Alda. Trappz-Künstlerin.  
Emmelina Hochberg, Vortr.-Soubrette.  
Miss Cayra, Handstand-Künstlerin.  
Miss Steers, die musikalische Laube.  
**Die Weber.**  
Morgen nachm. 3 Uhr halbe Kassen-  
preise: **Marin Stuart.** Schauspiel  
in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.  
Abends 8 Uhr: Das sensationelle  
Aprilprogramm.

**WINTERGARTEN**  
Kellner-Truppe Italienische Akrob.  
Littke Carlson im Ball-Foyer.  
Paul Conchas in seiner Scene im  
Bivouak.  
Robinson Baker-Trio Springer.  
Hofens Land Vortrags-Soubrette.  
**Costantino Bernardi**  
Verwandlungsschauspieler  
Siegwart Gentes Humorist.  
Orford's Wander-Elementar.  
Peschke-Truppe Russische Tänzer.  
Die Blumenkönigin Tanzdivertissom.  
Biograph.

**Sanssouci.**  
Kottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger.  
Nach jeder Soiree:  
**Tanzkränzchen.**  
Dienstag, den 19. April:  
Vorheriger Theaterabend:  
**Ein geübter Kaufmann.**  
Sollstück in 5 Akten von G. Sörner.

**Oranienburger  
Bergschlösschen.**  
Restaurant und Logis.  
20 Minuten vom Bahnhof Oranienburg.  
Treffpunkt nach Heilstätte Grabowsee,  
Schöner Wald. Für Ausflügler und Ver-  
eine herrlicher Aufenthalt. 3500  
**Paul Weber, Gastwirt.**

**Brosds Gesellschaftshaus  
am Dämmersee.**  
Inhaber: **N. Degebrodt**  
vom Strandloshaus am Müggelsee.  
Empfehle Fabriken, Vereinen und  
Korporationen für Sommerergrüngen  
und Ausflüge mehr gehortigt gelegenes  
Sofa. Zwei große Säle, Kassen, ge-  
nügliche Nebenküchen, Beistellungen  
aller Art. Constante Preise.  
**N. Degebrodt.**

**Restaurant  
„Neue Mühle“**  
Dampfer-Station.  
**Robert Riedel.**  
Empfehle den geehrten Vereinen und  
Gesellschaften mein herrlich an Wald  
und Wasser gelegenes Gasthausein.  
Großer Garten, 3000 Personen fassend,  
verdeckte Gassen und Terrassen, zwei  
Kegelbahnen, bestbesetzte Bier- und  
Weine erster Häuser. Verzügliche  
Küche. (48202)  
Ständlicher Verkehr vom Gürtlicher  
Bahnhof bis König-Butterhausen.

**Damen - Konfektion  
direkt aus der Fabrik.**  
Kein Laden.  
Jetzt nach be-  
endeter Engros-  
Saison  
**Einzel-  
Verkauf  
enorm  
billig.**  
**Paletots,  
Jackets,  
Capes,  
Kostüme,**  
**Kostümrücke, Mädchenmäntel.**  
Gegen Vorzahlung dieses  
Insrats an der Kasse werden  
5 % extra vergütet.  
**Robert Baumgarten**  
Hausvogtelplatz 11, II. Et.  
(Gde der Jerusalemstraße.)  
Nach Sonntags geöffnet!

**Nathan Wand,**  
129 Stalitzerstr. 129.  
Die schönsten 46332  
**Herren-Sommer-Paletots  
und Anzüge** in neu,  
sonne speziell  
**Monats-Garderobe**  
von Kanalleren getragene Sachen,  
sind neu für jede Figur passend,  
speziell Dauchanzüge sind in  
großer Auswahl stets zu flammend  
billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand,**  
129 Stalitzerstr. 129.  
Hochbahnstation Kottbuscherthor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.  
**Hüte** in allen  
Preislagen.  
**R. Weidner, Hutmacher,**  
Dresdenerstr. 100,  
an der Prinzenstrasse. 4725L\*  
**Jackets u. Frauen-  
paletots** Einzelverkauf billig  
Händelstr. 126, v. III, Schneider-  
meisterh. 4005

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 8358.  
Sonnabend, den 16. April, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 19:  
**Grosses frühjahrsvergnügen  
der Klempner**  
bestehend in Solal- und Instrumental-Konzert unter Mitwirkung des  
Kortheans-Kammerschen Männerchors (R. d. H. S. V.) und des  
Humor-Trios.  
Nach dem Konzert: **Tanz.** Anfang des Konzerts 8 1/2 Uhr.  
Billets a 25 Pf. sind bei dem Vertrauensmannen und in allen mit  
Plakaten versehenen Lokalen zu haben.

Sonntag, den 17. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale von  
**Tempel, Alt-Bozhausen 56:**  
**Bezirks-Versammlung für Rummelsburg.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Tschepfler. 2. Diskussion. 3. Verbands-An-  
gelegenheiten und Verschiedenes.  
Sonntag, 17. April, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von H. Thiel,  
Bergstr. 151/152:  
**Bezirks-Versammlung für Rixdorf.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Ver-  
schiedenes.  
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**

Sonntag, den 17. April cr., vormittags 10 Uhr, bei Sachse,  
Lindowerstr. 26:  
**Versammlung der Feilen-Arbeiter.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Katzenstein über: Konjunktions-  
schaften. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
114/8 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Bau-, Erd-, u. gewerhl. Hilfsarbeiter  
Deutschlands.**  
**Achtung! Putzerträger! Achtung!**  
Montag, den 18. April, abends präzis 7 Uhr,  
in den Industrie-Festsälen, Beuthstraße Nr. 19/20:  
**Gruppen-Versammlung der Putzerträger.**  
Tagesordnung: 1. Die Einführung des Schichtendtages im Putzer-  
gewerbe und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Alle Kollegen, welche augenblicklich bei Putzern beschäftigt sind, sind  
hierzu besonders eingeladen.

**Fliesenleger-Hilfsarbeiter!**  
Dienstag, den 19. April, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Vereins-  
haus, Rosenthalerstraße 57:  
**Mitglieder-Versammlung der Fliesenleger-Hilfsarbeiter.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Die Vertreter-Sitzung.  
4. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist erforderlich.

**Achtung! Fahrstuhl-Arbeiter! Achtung!**  
Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr,  
in Jannaschs Festsälen, Inselstraße Nr. 10 II:  
**Versammlung der an Fahrstühlen beschäftigten Arbeiter.**  
Tagesordnung: 1. Das Vorgehen der Kollegen bei den einzelnen  
Firmen und unsere weitere Stellungnahme. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Alle an Fahrstühlen und Hebevorrichtungen beschäftigten Arbeiter sind  
hierzu eingeladen. Auch ist es wünschenswert, daß Steinträger sich durch  
ihren Baudeputierten in dieser Versammlung vertreten lassen.  
Die Ortsverwaltung des Verbandes der Bauarbeiter,  
J. H.: Karl Heidemann.

**Verband der Möbelpolierer.**  
Morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr, Engel-Ufer 15:  
**Ausserordentlicher Delegiertentag.**  
Montag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, Koppentstr. 29:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Stempel über: Die Arbeiter-  
Vergangenheitsfragen und der wirtschaftliche Befreiungskampf des  
Proletariats. 2. Bericht vom Delegiertentag. 3. Bericht über die be-  
stehenden Differenzen. 4. Verschiedenes. Gäste willkommen.  
Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr, Frankfurterstraße 117:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht über den Arbeitsnachweis und  
die abgeleiteten Kontrollarten. 3. Bericht des Kollegen G. Reuter  
über den Deutscher Arbeiterkongress. 4. Verschiedenes.  
Das Mitgliedsbuch muß an der Kontrolle vorgezeigt werden.  
146/4 Der Vorstand.

**Centralverband deutscher Brauerei-Arbeiter**  
Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauerei).  
Sonntag, den 17. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
**Vereins-Versammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Peus-Dessau über:  
**Käufer- und Verkäufer-Organisationen.**  
2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Zahlreicher und pünktlicher Besuch erwünscht.  
41/7 Der Vorstand.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin**  
Sonntag, den 17. April 1904, abends 7 Uhr:  
**Vortrag des Genossen Treu**  
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.  
Nach dem Vortrage:  
**Gemütliches Beisammensein und Tanz.**  
Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe. 4/16

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 15. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Hr. v. Rheinbaben (der aber am Anfang der Sitzung das Haus verläßt), Hr. v. Hammerstein, Duda.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Polen, Schlesien, Sachsen und Westfalen.

Berichterstatter ist Graf Botho zu Eulenburg.

Fürst v. Saxe-Weimburg:

Der Herr Landwirtschaftsminister hat in der ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs betont, daß der frühere Oberpräsident von Schlesien bemerkt gewesen sei, den Frieden in Oberschlesien zu erhalten. Darin hatte er durchaus recht. Diese Bemerkungen haben aber einigen Zeitungen Veranlassung gegeben, von neuem das Märchen in die Welt zu setzen, als habe der frühere Oberpräsident von Schlesien die Regierung über die in Oberschlesien herrschende Stimmung bewußt oder unbewußt getäuscht. Kann der frühere Oberpräsident von Schlesien hat ein sehr gutes Gewissen und er hat vielleicht nur den Kessel begangen, nicht sofort solchen Gerüchten entgegenzutreten. Mit schönen Reden hat man eine Volksbewegung noch niemals bekämpft. Und sollte ich etwa gegen das Gesetz die polnische Klasse unterdrücken oder ähnliche Maßnahmen ergreifen? Bei dem streng religiösen Sinne der ober-schlesischen Bevölkerung erschien von besonderer Wichtigkeit, daß der katholische Klerus nicht etwa mit den polnischen Agitatoren gemeinsame Sache machte; und um dies zu verhindern, erschien es wiederum wünschenswert, daß der Ostmarkenverein nicht vorgeeilt eine militante Tätigkeit in Oberschlesien entwickelte. Es besteht in weiten katholischen Kreisen die Ansicht, daß der Ostmarkenverein nicht bloß germanisieren, sondern auch evangelisieren wolle. Man wundert sich, wie es möglich war, daß in den seit mehr als 600 Jahren von Polen getrennten Oberschlesien so schnell und plötzlich eine polnische Agitation Boden fassen konnte. Aber leben wir nicht überhaupt in einer Zeit besonders stark ausgeprägter nationaler Gefühle? Im vorigen Jahrhundert ist der griechische Staat neu gegründet worden, und der Einigung Italiens folgte die Einigung Deutschlands. Vielleicht ist auch die polnische Bewegung der jüngsten Zeit ein Produkt getäuschter Hoffnungen. — Weder wirft einen ausführlichen Rückblick auf die Entwicklung der polnischen Bewegung in Schlesien. Im Jahre 1848 fand ein Schular, daß die polnischen Kinder eine Sprache sprachen, die weder deutsch noch polnisch war. Er sagte sich: Deutsch werden sie schwerer lernen, bringen wir ihnen also die polnische Sprache bei! Dann kam der Kulturkampf und mit ihm kam ein neuer Zug in die Volksschule. Es kam ein Kompromiß zu stande, an dem wir heute noch leiden, wonach der Religionsunterricht in der Unterstufe im Polnischen, auf der Oberstufe im Deutschen erteilt wird. Der Klerus bekämpfte nicht nur die kirchlichen Maßnahmen der Regierung, sondern übertrug den Kampf in die Schule und bekämpfte überhaupt die staatliche Autorität. Das gelang ihm auch, gleichzeitig untergrub er aber auch teilweise seine eigene Autorität. So war der Boden günstig vorbereitet, auf welchem der Agitationsbazillus in Oberschlesien sich weiter entwickeln konnte. Ich habe es mit Freunden begrüßt, daß der Herr Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus erklärt hat, daß er sich von einer Politik der Nadelstiche und von rein mechanischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vereinsrechts keinen Erfolg verspreche. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat in einem sicher offiziellen Artikel mit vollem Recht auf die Notwendigkeit des Ausbaues des deutschen Genossenschaftswesens in Oberschlesien hingewiesen. Dieser Punkt ist um so wichtiger, als es dort polnische Volksbanken giebt, die 1/2 Proz. geben und ihre Gelder zum Teil zur polnischen Agitation verwenden. Leider nehmen auch Deutsche, denen es wirtschaftlich schlecht geht, die Gelder der polnischen Banken an. Der allerwertvollste Bundesgenosse im Kampf gegen das vordringende Polentum muß aber die Schule sein. Diese soll nicht nur die deutsche Sprache lehren, sondern auch deutschen Geist und deutsche Kultur verbreiten. Hier muß noch mehr geschehen als bisher; es dürfen auf jeden Lehrer nicht mehr als höchstens 60 Kinder kommen. — Wenn wir in Oberschlesien nicht bloß von heute auf morgen Erfolge erzielen wollen, sondern zu warten verstehen, so wird ein Teil der Bevölkerung anstatt der großpolnischen Bewegung vielleicht der Sozialdemokratie anheimfallen, aber die großpolnische nationale Agitation wird verschwinden. Es muß die Aufgabe der Staatsregierung sein, die innere Kolonisation nicht zu erschweren, sondern möglichst zu fördern und unseren Bauernstand definitiv sicher zu stellen und auf die Schaffung eines grundbesitzenden Tagelöhnerstandes hinzuwirken. Wenn ich in der Vorlage eine Erwidrerung der inneren Kolonisation erblickte, so müßte ich zur Verwerfung derselben kommen. Aber das ist nicht der Fall. Auch § 13b, der am meisten angefochten wurde, ist zwar nicht verfassungswidrig, aber er stellt doch ein Ausnahmegesetz dar, und ein solches beschließt man doch nur in den Fällen dringender Not. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn diese Bestimmung dazu mißbraucht werden könnte, die Selbstverwaltung der einheimischen Bevölkerung im ober-schlesischen Industriebezirk zu erschweren. Aber trotz aller Bedenken sind wir doch der Meinung, daß, nachdem der Staat Hunderte von Millionen geopfert hat, um das gefährdete Deutschland zu erhalten, er jetzt nicht mit verächtlichen Armen zusehen und alles rückgängig machen kann. Daher werden wir den Beschluß der Kommission, auch dem § 13b, zustimmen müssen, der Not gehorchend, vielleicht nicht dem eignen Triebe. Wir dürfen uns nicht auf ideale Gesichtspunkte allein beschränken, sondern müssen handeln.

Graf Praschma:

Wir halten den § 13b für verfassungswidrig. Würde er sich gegen die Juden, was ich nicht wünsche, statt gegen die Polen richten, so würden ihn die Liberale als Ausnahmegesetzgebung anscheinend bekämpfen. Die Vorlage ist ein Ausnahmegesetz und wir verwerfen grundsätzlich alle Ausnahmegesetze, die nie erreichen, was sie bezwecken. Vor dem Kulturkampf gab es eine polnische Bewegung in Oberschlesien überhaupt nicht. Die lokalen, königstreuen polnischen Mitglieder dieses Hauses möchte ich dringend bitten, sich nicht in Schlepptau der radikalpolnischen Bewegung nehmen zu lassen.

Graf v. Oppersdorff:

Es handelt sich bei dem § 13b in der That um eine Ausnahmegesetzgebung, welche mindestens dem Geiste der Verfassung widerspricht. Der Unterschied zwischen einem Ausnahmegesetz und einer Verfassungsberichtigung ist dem Volke nicht klar. Wenn wir uns auch nicht der Beurteilung, die der „Vorwärts“ dem Gesetz zu teil werden läßt, anschließen können, so müssen wir doch betonen, daß diese Ahetorien an den Stellen, wo es darauf ankommt, ihre Wirkung nicht verfehlt wegen des Scheines von Recht, den sie hat. In Verfassungsfragen sollten wir sehr vorsichtig sein, da wir unsre Siege auf Grund besonderer Vorrechte, die uns die Verfassung giebt, haben. Wir sollten uns nicht mit dem Wohlwollen der Juristen begnügen, sondern auf die Stimmung im Lande Rücksicht nehmen. Dazu kommt, daß der § 13b nur den kleinen Mann trifft. Die ganze Polenpolitik ist verfehlt. Gibt es denn im Osten keine soziale Frage, keine sozialen Aufgaben, daß man immer nur diese Ansiedlungspolitik treibt? Wohin diese Unterdrückungspolitik führt, beweisen die rabiaten Szenen in Lankahütte, die nur ihre Folge sind. Was wollen Sie denn eigentlich? Wollen Sie, daß die Polen auswandern, wollen Sie einen polnischen Zionismus? Es wäre ein Spektakel, wenn die alte Schande der Judenverfolgung eine neue Auflage erlebte. Lassen Sie den Polen ihr Recht und erwidern Sie den Kränzen dieser verderblichen Gesetzgebung.

Graf Mirbach:

Wir wünschen ein freundliches Verhältnis zwischen der polnischen und preussischen Bevölkerung, und von diesem Gesichtspunkt aus können wir nur schweren Herzens für den § 13b stimmen. Es ist aber notwendig, um dem konzentrierten Angriff der großpolnischen Bewegung, die uns den Krieg erklärt hat, wirksam zu begegnen. Die ganze Polenpolitik wird erfolglos bleiben, wenn nicht der Landwirtschaft die Mittel gegeben werden, wieder existenzfähig zu werden. In Ost- und Westpreußen ist das deutsche Element in vollständiger Landflucht begriffen. Die Desorganisation ist noch dadurch gesteigert, daß auch jetzt noch kein einziger Reichsbahn- und Handelsvertrag gekündigt ist. Das polnische Element ist dem deutschen infanterie überlegen, als es betriebamer und anspruchsloser ist. Dagegen muß eingegriffen werden.

v. Kossielski:

Wir sind gegen das Gesetz; und es wird Ihnen auch nicht den Vorteil bringen, den Sie von ihm erhoffen. Man kann die polnische Bewegung nicht mit Polizei und Ausnahmegesetzen niederdrücken. Graf Mirbach jagte vorhin, das polnische Element sei dem deutschen durch Fleiß, Betriebsamkeit und Anspruchslosigkeit überlegen. Ich weiß jetzt also, daß das Gesetz die Notwehr gegen die Tätigkeit und bürgerlichen Tugenden der polnischen Bevölkerung darstellen soll. (Heiterkeit.) Sie sprechen immer von Opfern, die bisher nutzlos gebracht worden sind. Es ist leicht, aus fremden Taten Opfer zu bringen. Wenn man das auf der Straße thut, wird man eingesperrt. Hier soll die Manipulation von gewissen Strahmenscheinungen in die Gesetzgebung übergeführt werden. Graf Mirbach meinte, in Ostpreußen sei man von der polnischen Bewegung noch verschont geblieben. Warten Sie nur ab, Herr Graf! Wenn die Regierung so weiter fortfährt, werden Sie nächstens auch in Ostpreußen die schönste polnische Bewegung haben.

Die Vorlage ist ein Ausnahmegesetz, und Graf Praschma hat vollständig recht, daß jedes Ausnahmegesetz, jedes Verlassen des Rechtsbodens später wieder zur Umkehr zwingen muß. Sehr gut gefallen hat mir der Appell des Grafen Praschma an uns, wir sollten der polnischen Agitation Einhalt thun. Wir sind doch machtlos dieser Agitation gegenüber. Sie ist ja nur ein Produkt des heutigen Regierungssystems. Wäre der Regierungskurs ein anderer, die Agitation wäre nicht da. (Lachen.) Wer zwischen den Zeilen lesen kann, für den ist das Elaborat der Kommission höchst interessant. Zwischen den Zeilen dieses Kommissionsberichts spielt sich nämlich ein groß angelegtes Drama ab. Zwei große Prinzipien, ein altes und ein neues kämpfen da gegen einander: Das alte Prinzip der deutschen Treue und Ehrlichkeit, das neue des Opportunismus. (Heiterkeit.) Im Hintergrund steht das Gespenst der Polengefahr. Das ist ein altes Manuskript aus der Theatergarderobe der Firma H. A. u. Co., das aber jetzt wieder einmal recht erfolgreich angewandt wird. Die Erklärungen, die Minister v. Poddieleski in der Kommission über die polnischen Ansiedlungsbanken abgegeben hat, sind unrichtig. Er ist da sehr falsch unterrichtet worden. Die Landesbank ist nur in drei Fällen zu Substitutionsbank geschritten; sie geht also keineswegs rigoros vor, wie der Minister behauptet hat. Sie laßt auch die Güter nicht zum Preis von 900 M. und verkauft sie nicht für 1200 M. pro Hektar, sondern der Durchschnittspreis beträgt 680 M. pro Hektar. Bei der Parzellierungs-Genossenschaft für Landwirte bin ich Aufsichtsrat, habe also ein vollständig kompetentes Urteil. Von uns ist nie ein Ansiedler verjagt worden, nur in einem einzigen Fall haben wir prozessiert. Die Ansiedler sind zufrieden und dankbar, und ich bin bereit, dem Minister, wenn er mit mir nach Posen kommen will, dort sämtliche Bücher der Bank vorzulegen. (Heiterkeit.) Ob sich der Minister mir gegenüber mit den Büchern der Ansiedlungskommission revanchieren kann, bezweifle ich stark. Die Statistik, wie viele Ansiedler in Vermögensverfall gekommen sind, fehlt uns. Im Drama darf die komische Person nicht fehlen. Das Komische ist, daß dem Polentum, weil es arbeitsam und anspruchslos ist, der Garaus gemacht werden soll. Das Lob, das in der Anerkennung unsrer Tugenden liegt, acceptieren wir gern. Weil wir besser ausgewachsen sind, will man uns in das kleinere Welt zwingen — mit welchem Recht denn, Herr Minister? Es macht fast den Eindruck, als ob das Gesetz aus dem Jahre 1904, zur Zeit der Sachnot, stammt. Wäre das Genehmigungszeichen 904, dann wäre der Herr Minister von Poddieleski allerdings ein moderner Mann. Ist aber das darauf stehende Genehmigungszeichen 1904 richtig, so ist es eine fossile Erscheinung. (Große Heiterkeit.) Gottes Segen wird jedenfalls nicht auf dem Gesetze liegen.

Minister v. Poddieleski:

Auf die Geistesblitze des Herrn Vorredners, die in diesem Falle nach dem Gesetze mehrmals Wasser zum Ausbruch gekommen sind, (Heiterkeit) will ich nicht näher eingehen. — Der Herr Vorredner hat bezweifelt, daß die Verträge, die ich zur Kenntnis der hohen Kommission brachte, thatsächlich beständen. Die Verträge liegen mir hier vor und beweisen, daß das Vorgehen der polnischen Parzellierungsbanken kein gesundes ist, daß ihre Verträge halbabschneiderisch sind. Ich begreife nicht die Einwendungen der ersten Redner aus dem Hause. Die Herren suchen nach Entschuldigungen, um sich in ihrem Gewissen sagen zu können, dies oder jenes an der Sache ist nicht so. Herr v. Oppersdorff hat in seiner Rede drei oder viermal den Schwerpunkt auf den kleinen Grundbesitzer gelegt. Ich kann nur annehmen, daß er nächstens in Oberschlesien als Reichstagskandidat auftreten will und zu diesem Zwecke seine Rede in Tausenden von Exemplaren verbreiten lassen wird. — Herr von Kossielski hat um die Sache einige Wörtchen drumgepfiff; er sprach von einem Drama, es war aber kein Drama, sondern eine Komödie. (Heiterkeit.) Ich rufe mit dem großen Kanaler den Polen zu: werden Sie gute Preußen und stellen Sie sich nicht selbst außerhalb aller dieser Fragen. (Bravo!)

Dr. v. Dziemidowski tritt für die Vorlage ein.

Hr. v. Mantensfel:

Graf Praschma hat sich gegen alle Ausnahmegesetze erklärt. Ich bin im Gegenteil stolz darauf, für gewisse Ausnahmegesetze gestimmt zu haben. Es kommt nur darauf an, gegen wen sich die Ausnahmegesetze richten. Gegen Leute, die uns alle aufhängen wollen, brauchen wir Ausnahmegesetze. Ich will darauf jetzt nicht näher eingehen; aber Sie kommen um diese Rede nicht herum. Ich werde sie beim Etat, beim Titel Ministerpräsident, falls ich dann noch lebe (Heiterkeit) halten. Was das Gesetz anlangt, so fürchte ich, daß es sich nicht als eine so schneidige und wirksame Waffe erweisen wird, wie Herr v. Poddieleski glaubte. Ich glaube nicht an das Gesetz, und stimme nur dafür, weil die Regierung es für notwendig hält. Ich hoffe aber, daß nicht die Regierung, sondern ich mich in der Beurteilung der Wirksamkeit dieses Gesetzes geirrt habe.

Graf von und zu Hoenzdorff:

Wir müssen den Polen beweisen, daß wir stärker sind als sie. Verfassungsrechtliche Bedenken bestehen nicht; die Verfassung darf kein Unterdrückung für parteipolitische Tendenzen sein. Was würden sonst die Sozialdemokraten alles aus Artikel IV der Verfassung herauslesen, der bestimmt, daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind.

Graf v. Oppersdorff erklärt, er habe dem Minister v. Poddieleski antworten wollen, da dieser aber das Haus verlassen habe, verzichte er auf's Wort.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Die Specialdiskussion wird auf morgen, Sonnabend, 12 Uhr vertagt. (Außerdem Gesetzentwürfe betreffend die Erweiterung der Stadtkreise Bochum und Breslau und betreffend die Abwässer im Emser Gebiet.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Abend-Sitzung vom 14. April 1904.

Am Ministerische: Dr. Sindl.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel Kunst und Wissenschaft.

Abg. Graf Nolte (H.):

Die Nationalgalerie ist keine preussische Bildergalerie, sie kann die Mitwirkung fremder Künstler nicht entbehren, wenn sie befruchtend wirken will. Herr Träger hätte sich auf Herrn v. Kardorff nicht berufen dürfen. Dieser geht mit der Seceffion durch Die und Däm. Das thut Herr Remoldt nicht.

Abg. Metzger (nat.):

Die deutsche Kunst hat nie in solcher Wüste gestanden als jetzt. Die Nationalgalerie giebt keine fortlaufende Entwicklung der deutschen Kunst, z. B. Thoma ist nur mit einem Bilde vertreten.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Herr Remoldt hat auf meine Bemerkung Bezug genommen, daß es in Berlin nur zwei große Kunstwerke gäbe: das Brandenburger Thor und die Reiterstatue des Großen Kurfürsten. Ich glaube in der That, daß, wenn Berlin jetzt verschliffen und nach 2000 Jahren wieder ausgegraben würde, seine Kunstwerke nicht so geschätzt werden würden wie jetzt die Werke des Phidias und Praxiteles. (Heiterkeit.) Herr Remoldt ist begeistert für die Siegesallee. Ich freue mich, daß ich endlich einen solchen Herrn finde. (Große Heiterkeit.) Was jetzt ist mir so etwas noch nicht vorgekommen. (Heiterkeit.) Friedrich der Große schätzte Voltaire höher als Shakespeare, man sieht also, daß sich auch die Krone irren kann. Das ist auch heute noch so.

Präsident v. Kröcher:

Ich bitte die Krone nicht in die Besprechung zu ziehen.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Dann kann sich doch der Minister irren. (Heiterkeit.) Abg. Dr. Jemer (L) fragt an, ob die Zeitungsmeldung, daß Ministerialdirektor Althoff dem Herrn v. Hertling Auftrag gegeben habe, den Pfarrer Denike zu bitten, von einer Veranstaltung einer Volkskassade seines Lutherbuchs Abstand zu nehmen, zutreffend sei. Ministerialdirektor Dr. Althoff: Ich habe Herrn v. Hertling keinen solchen Auftrag gegeben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Alt-Glienide. Sonntag findet eine Flugblattverbreitung für den Ort statt. Treffpunkt: Morgens 7 1/2 Uhr bei Café Grünauerstraße 29. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

In Hossen findet Mittwochabend die Generalversammlung bei Müller statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Vorstandsberichte und Wahlen. Anträge sind vorher dem Vorstande einzureichen.

Lokales.

Parteienöffliches aus — Japan.

Uns Deutschen wird beinahe unheimlich zu Mute, wenn wir die kleinen gelben Japaner, die hier an der Universität oder an der Technischen Hochschule studieren, in eleganter europäischer Kleidung durch die Straßen schreiten sehen und aus ihnen erstehen, klugen Schlitzaugen nicht nur unbändigen Verneiner, sondern auch ein bedenkliches, auf alle äußerlichen Korchheiten der europäischen Civilisation eingehendes Anpassungsvermögen herauslesen. So ganz anders wie die Chinesen, die ihre Nationalkraft auch in der Fremde stolz behalten. Raffen im Gegensatz zu ihnen die Japaner nicht auch alle Uebel der europäischen Kultur in ihr Inneres verschleppt haben und muß sich gegen diese Uebel nicht wieder eine Reaktion geltend machen? Eine Antwort auf diese Frage giebt uns unser Bruderorgan in — Tokio. Ja, wirklich, mit den Dampfmaschinen und Kanonen westeuropäischen Ursprungs ist auch jener rüde Burlesk, den wir kapitalistische Wirtschaftsweise nennen, in das Land der aufgehenden Sonne importiert worden und wie bei uns ist auch dort dem brutalen Gesellen im Socialismus ein Gegner entstanden. Noch nicht von solcher imponierenden Stärke wie die deutsche Sozialdemokratie zum Beginn des 20. Jahrhunderts, vielmehr haben wir uns den japanischen Socialismus ähnlich unbedeutend vorzustellen wie die proletarische Bewegung in unsrer Heimat zu Beginn des deutsch-französischen Krieges. Aber der Knabe scheint gesund und entwicklungsfähig zu sein, und er hat es, wie gesagt, bereits zu einem eignen Preßorgan gebracht, aus dem durchaus belannte Lüne erklingen.

Das Organ der japanischen Sozialdemokratie heißt „Seimin“ (Schim bun). Wochenblatt für sozialistische Propaganda. Es enthält einen größeren japanischen und einen kleineren englischen Text; der japanische Text ist mit Illustrationen versehen, unter denen sich auch Aneklote-Bilder europäischer Künstler befinden. Der uns verständliche Teil des Blattes deutet auf eine unerhörte und lebhafteste Propaganda hin. In der Nummer vom 15. März wird angekündigt, daß fortan alle Sonntage eine Versammlung in Tokio stattfinden soll, zu der jedermann willkommen geheißen wird, „der etwas vom Socialismus kennen zu lernen wünscht“. Weiter giebt das Agitationskomitee bekannt, daß eine Serie Vorträge mit der Zeit herausgegeben werden soll zu dem Zweck, „das neue Evangelium“ durch die Lande zu verkünden. Ein kleines Heft „Einführung in den Socialismus“ sei vor einigen Tagen erschienen. In einem Aufsatz aus der Feder des englischen Predigers Robert Whitaker wird die Frage „Was ist Socialismus“ behandelt. „Im Hinblick auf die Politik“, so heißt es, „ist der Socialismus die industrielle Demokratie. Er ist die Herrschaft des Volkes, die Herrschaft durch das Volk und für das Volk, nicht in dem heutigen eng begrenzten Sinne, sondern unter Berücksichtigung aller gemeinsamen Interessen der Menschen. Der Socialismus steht im strengen Gegensatz zur Anarchie, in der jedes Individuum nur für sich selbst da ist. Der Socialismus steht im Gegensatz zur Oligarchie, der Herrschaft Weniger, und im Gegensatz zur Monarchie und ist somit auch der Feind der großen kapitalistischen Ausbeuter und der Geldkönige; er will deren Geld und das Geld, das sich an ihre Herrschaft knüpft, beseitigen. Der Socialismus will die wirkliche Freiheit, nicht nur die Freiheit des Stimmrechts, sondern auch die Freiheit, die den Menschen die höhere Kultur bietet, deren er jetzt in der Sorge ums tägliche Brot entbehrt.“

Das ist eine so frische und deutliche Sprache wie in unsren besten deutschen Agitationsbroschüren. Besondere Beachtung verdient natürlich die Stellung unsres Partei-Organs zum russisch-japanischen Krieg. Auch diesem das ganze Volk in Bewegung setzenden Ereignis gegenüber wird eine unerhörte Sprache geführt.

In einem in der Nummer vom 28. Februar enthaltenen Artikel „Unser Stellung zum Kriege“ heißt es:

Wir Socialisten stellen uns dem populären Kriegsgeschrei mit Standhaftigkeit entgegen und werden der heutigen Strömung gegenüber unsere ganze Kraft einsetzen, um in Rede und Schrift unsre Anschauungen zu verbreiten. Unsrer Haltung zum Kriege wird auch dadurch nicht im geringsten erschüttert, daß das ganze Volk über unsre Erfolge vor See in Vergütung gerät. Der Enthusiasmus des Volkes wächst ja von Tag zu Tag; es ist bereit, der Regierung die nötigen Geldmittel zu bewilligen. Als die Regierung vor zwei Wochen ihre Absicht kundgab, eine Anleihe von 100 Millionen Yen aufzunehmen, hielten ja die Bankiers von Tokio eine Be-

Sprechung ab, als deren Resultat die Absicht bekannt gegeben wurde, daß sie den größeren Teil dieses Geldbetrages unter sich aufbringen wollten. Wie alles Volk nun mit Gier darauf aus ist, einen Anteil daran zu erwerben, ist anzunehmen, daß die geforderte Summe dreifach überzogen wird. Niemand ist im ganzen Lande, der einen Augenblick zur Besinnung kommt und über die unheilvollen Folgen nachdenkt, die dieser Krieg sicher mit sich bringen muß. Selbst die arbeitende Bevölkerung führt sich nicht vor Augen, daß der Krieg für sie das hellagene-werteste Ereignis ist; auch sie träumt im Ernst davon, daß ihre Lage durch das gegenwärtige Unheil gebessert werde. Ein Zustand als ob die Menschen durch Alkohol betäubt worden wären. Wer unter effriger Kälte zittert, mag allerdings für den Augenblick eine Erleichterung fühlen, wenn er einen gehörigen Schluck Schnaps zu sich genommen; aber wird ihm sein Elend nicht entsetzlicher als vorher fühlbar werden, wenn die Wirkung des Alkohols verfliegen ist? Wir Sozialisten wollen in diesem Tumult aber nächsten bleiben und die Sachlage mit kühlem Kopfe beurteilen. War der Krieg zwischen Japan und Rußland wirklich unvermeidlich? Ist die Anschauung wirklich richtig, daß die Unabhängigkeit Japans gefährdet wird, wenn die russischen Streitkräfte nicht aus der Mandchurie vertrieben werden? Trifft es nicht zu, daß der Krieg nur einigen wenigen Kapitalisten Vorteile über Vorteile bringt, während er für das Proletariat das hellagene-werteste Los mit sich führt? Bevor diese von uns gestellten Fragen nicht befriedigend beantwortet werden, können wir den jetzt beginnenden Krieg nicht gut heißen!

Diese klare Erkenntnis, sowie der Mut, sie auszusprechen muß Staunen erregen. Allerdings hilft die Macht der Thatfachen, helfen die schätzenswerten Begleiterscheinungen des Krieges den Weg zur Erkenntnis bahnen. Allerhand Einzelbilder zeigen, daß die Bevölkerung Japans unter dem Kriegsdruck schon jetzt schwer zu leiden hat, sie bürgen aber gleichzeitig dafür, daß Anschauungen, die heute noch des Hohmes der großen Masse sicher sind, allmählich sich verbreiten und früher oder später Gemeingut wenigstens der ausgebeuteten Bevölkerungsschichten werden müssen.

Eine Reihe Soldatenausschreitungen werden in unsern japanischen Parteiblättern bekanntgegeben. Zwei betrunkene Offiziere verprügeln einen ruhigen Bürger mit dem Säbel, weil er ihnen im Vorbeigehen den schuldigen Respekt nicht gezollt hat. Nach einem andern japanischen Blatt wird aus Hiroshima gemeldet, daß ein Journalist in einem Hotel einen Hauptmann zur Rede gestellt habe, weil dieser sich dort mit einer Weibsperson zweifelhaften Charakters unziemlich aufgeführt habe. Nur durch das Eingreifen seiner Kameraden hat dieser Offizier von einer Gewaltthat gegen den Zeitungsmann abgehalten werden können. Ein Ereignis von noch größerer Unverschämtheit habe sich in Osaka zugetragen. Dort sei in einem Restaurant ein gewisser Kobutala Doi zur Begleitung seiner Rede aufgefordert worden. „Was verlangen Sie von mir?“ fragte der Gast zornfunkelnd den Wirt. „Ich bin Offizier!“ Dann betrug er sich wie ein Rasender, erzählte der Heimin Schimbus weiter.

### Ueber den kapitalistischen Afterspatriotismus berichtet unser Parteiorgan:

Es giebt gewiß viele Japaner, die für ihr Vaterland aus rein patriotischen Beweggründen kämpfen, aber andererseits sehen wir täglich, daß manche sogenannte Patrioten gerade in der jetzigen Kriegszeit weit mehr an ihren eignen Vorteil als an den ihrer Mitmenschen denken. Die Regel ist wohl, daß die Armen mit aufrichtiger Hingabe ihre Pflicht erfüllen; sie haben ja auch nichts andres, als ihr Blut fürs Vaterland zu verströmen. Die Reichen hingegen thun nichts ohne Selbstsucht, und auch wenn sie zum Kriegsfonds ihr Teil beisteuern, thun sie es nicht anders als in der Erwartung beträchtlichen Gewinnes. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß einer der reichsten Männer in Nagaha sich an einen einflußreichen Staatsmann in Tokio gewandt hat, um bei diesem Herrn anzuklopfen, ob der Kaiser nicht für denjenigen, der eine beträchtliche Summe zum Kriegsfonds zeichne, einen Orden oder einen Titel auswerfe. Wenn ihm nicht in dieser Gestalt eine Entschädigung werde, wolle er sein Geld lieber in der Kriegsankleihe festlegen, die doch 5 Proz. Zinsen garantiere. Eine beneidenswerte Vermengung von Patriotismus und Egoismus!

Weiter wird die Zufahrt eines Arbeiters vom kaiserlichen Arsenal veröffentlicht: Seit Dezember vorigen Jahres habe man außerordentlich heranzumüssen. Neunzehn Arbeiter wären gezwungen worden, ununterbrochen eine ganze Woche von ihrer Familie fernzubleiben; die Folgen dieser Ausnutzung machten sich in entsetzlichen Unglücksfällen bemerkbar. Einer der erschöpften Arbeiter sammelte gegen eine Maschinewand und wurde sofort getötet, ein anderer starb eines plötzlichen Todes als er zu Hause nach achtstägigem unangesehnen Arbeiten ein Bad nahm, ein dritter starb von einem neuerbauten Schiffe und erkrank. Noch ein anderer fiel in einen nur zwei Fuß tiefen Graben und verlor auf diese Weise sein Leben. Dies zeigt hin ich glücklich einem ähnlichen Mißgeschick entronnen, doch ist es durchaus nichts seltenes, daß ich gezwungen werde, vier- und dreißig Stunden hintereinander zu arbeiten.

### Ueber die Kriegsbegeisterung der in — Kinderärten untergebrachten japanischen Jugend schreibt unser Parteiblatt:

Das verbreitetste Blatt unsres Landes, die „Osaka Asahi“, gefällt sich darin, einen Teil ihres Raumes mit Berichten aus Kinderärten auszufüllen; an verschiedenen Beispielen wird berichtet, wie die Kleinen ihre paar Sparpfennige zum Kriegsfonds beisteuern. Wir finden es nicht weise, Kinder zu solchen Kundgebungen anzustacheln. Es ist und leider nicht gelungen, die gegenwärtige Generation von dem Sprung ins Kriegsgestümmel zurückzuhalten; aber sollen wir nicht hoffen, daß unsre Kinder zu einer erlauchteren Ansicht über die Bestimmung der Menschheit erzogen werden können?

Weitere Artikel handeln von den Parlamentswahlen, die im Februar stattzufinden haben und an denen unsre Parteigenossen sich nicht beteiligten. Die dem preussischen Landtags-Wahlrecht nachgebildete Wahlverfassung bot ihnen keine Aussicht auf Erfolg. „Es ist eine wohlbekannte Thatfache, daß mit unsren Wahlen alle Arten von Korruption verbunden sind.“ Ueberdies seien in einer öffentlichen Versammlung zwei Redner festgenommen worden, weil ihre Ausführungen die öffentliche Ordnung hätten gefährden können. „Wo ist unsre Redefreiheit?“ schließt dieser Artikel. Nach anderer Richtung hin scheinen unsre japanischen Parteigenossen jedoch eine positive Wirkung zu entfalten. Es wird über mehrere Arbeiter-Genossenschaftsgründungen berichtet. Auch Konsumgenossenschaften bestehen an einigen japanischen Orten. Als Verkaufsgegenstände werden genannt Tabak, Salz, Del, Liqueure, Handwerkszeug, Saatgut und — Dünger.

Diese Auszüge aus unsern japanischen Parteiorgan zeigen, daß die Proletarier aller Länder die gleiche Ausbeutung zu erdulden haben, daß sie unter der gleichen politischen Unfreiheit leiden und daß demzufolge auch ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele überall die gleichen sind und sein müssen. So lange der Kapitalismus noch seine unheilvolle Wirkung ausübt, wird daher der Mahnruf aus dem kommunistischen Manifest von allen Kulturvölkern ohne Unterschied der Rasse verstanden werden:  
Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

### Ein Armenbegräbnis.

Bei Armenbegräbnissen wird gewöhnlich ein abgeklärtes Verfahren befolgt. Wer es noch nicht selber mitangesehen hat, der glaubt gar nicht, wie rasch da draußen auf dem Berliner Gemeindefriedhof zu Friedrichsfelde eine Armenleiche unter die Erde kommt. Wenn sich niemand einfindet, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen, dann hat es am Ende auch weiter keinen Zweck, viel Rederlesens mit ihm zu machen. Nur schnell, damit die andern herankommen können — so ist es die Regel und entspricht es wohl auch der Vorschrift. Der folgende Fall dürfte aber doch wohl das Zulässige überschreiten.

Ein Händler J. war im Krankenhaus am Friedrichshain gestorben. Die Leiche sollte auf Kosten der Stadt auf dem Friedhof zu Friedrichsfelde beerdigt werden und wurde zunächst nach der Berliner Leichenfahndung in der Dieselmeierstraße gebracht. J.s Tochter begab sich zum Inspektor der Leichenfahndung und bat, ihr den Toten noch einmal zu zeigen. Das konnte ihr nicht gewährt werden, da der Sarg bereits geschlossen war. Bei dieser Gelegenheit wurde zwischen dem Inspektor und Fräulein J. verabredet, daß der Verstorbene am andern Vormittag um 10 Uhr eingesenkt werden solle. Als aber Fräulein J. am andern Vormittag um 10 Uhr nach Friedrichsfelde hinauskam, wurde ihr von den Friedhofsarbeitern mitgeteilt, daß der Vater bereits beerdigt sei. Wie war das möglich? Die schmerzliche Überraschung der Tochter ging zum Bureau des Friedhofsinspektors (der im Augenblick nicht anwesend war), und hier wurde von dessen Frau nach Einföhrung in den Leichenfahndungsbüro bestätigt, daß tatsächlich 10 Uhr festgesetzt worden war. Warum war die Verabredung nicht respektiert worden? Die Frau wußte wenig Auskunft zu geben. Aber die Friedhofsarbeiter erklärten bedauernd, es sei angenommen worden, daß kein Gefolge sein werde, darum habe man die Beerdigung schon vorher ausgeführt.

Die Arbeiter werden vermutlich nicht ohne Auftrag eines Vorgesetzten gehandelt haben. Wie aber dieser oder sonstwer zu der Ansicht gelangt sein kann, daß der für die Beerdigung festgesetzte Zeitpunkt nicht innegehalten zu werden brauche, das ist uns unerfindlich. Ist denn da keine bestimmte Instruktion vorhanden? Auch das vermögen wir nicht zu begreifen, wie in dem vorliegenden Fall die Annahme entstehen konnte, daß „kein Gefolge“ sein werde. Fräulein J. war, wie gesagt, zum Inspektor der Leichenfahndung gekommen, um die Leiche des Vaters noch einmal zu sehen. Sie hatte sich zu diesem Zweck zunächst im Friedrichshain-Krankenhaus eingefunden, war aber zu spät gekommen und war dann vom Krankenhaus dem Wagen, der den verschlossenen Sarg nach der Leichenfahndung brachte, dorthin gefolgt. Das war dem Inspektor der Leichenfahndung bekannt, und es verstand sich hiernach eigentlich von selber, daß die Tochter den Vater (den sie übrigens im Krankenhaus noch wenige Stunden vor seinem Ende besuchte) nicht ohne jede Begleitung zu Grabe tragen lassen werde. Sie versichert auch, daß sie ausdrücklich erklärt habe, sie werde an der Beerdigung teilnehmen. Hat der Inspektor, nachdem 10 Uhr verabredet worden war, es unterlassen, nach Friedrichsfelde zu melden, daß „Gefolge“ sein werde?

Das Vorkommnis bedarf sehr der Aufklärung. Fräulein J. ist es leider nicht gelungen, eine klare Auskunft zu erlangen.

Der Magistrat hat beschlossen, die Internationale Kunst- und Gartenbau-Ausstellung, die im Mai in Düsseldorf stattfindet, zu beschiden. Die Parkverwaltung wird sich mit einem Modell zum Viktoriapark und 16 Plänen usw. beteiligen.

Der Extrablattschwindel blüht wieder. 12 000 Ruffen getötet, so lautet der Inhalt eines Schwindel-Extrablattes, welches gestern abend im Centrum und Norden Berlins vertrieben wurde. Die Extrablatt-Schwindler verstehen ihr Geschäft, was die Thatfache beweist, daß sie je nach der Stadtgegend den Japanern oder Russen Niederlagen beibringen. In der Friedrichstadt wie auch im Westen Berlins, wo mehr Russenfreunde vorhanden sind, werden den Japanern Schlappen beigebracht, die nach den Extrablatt-Meldungen seit Beginn des Krieges schon derartige Verluste erlitten haben, daß eigentlich gar kein japanisches Kriegsschiff, gar kein japanischer Soldat mehr existieren dürfte. Im Norden, Osten und Centrum der Hauptstadt sind dagegen so viel Russen vernichtet worden, daß man an eine Entvölkerung des Riesenstaates fast glauben muß. Leider finden die Extrablatt-Verläufer unter denen, die nicht alle werden, so zahlreiche Abnehmer, daß das Geschäft noch immer als ein lohnendes bezeichnet werden kann.

Zur Beachtung für Ausflügler. Mit einer Bitte tritt Herr Forstmeister Kottmeier-Röpenid in einem Aufruf an die Berliner Ausflügler, speziell an die Besucher der Wuhlheide heran. Der erfahrene Forstmann ermahnt die Ausflügler, junges Wild, das scheinbar hilflos oder verlassen aufgefunden wird, nicht anzufassen oder gar fortzutragen, wie es häufig aus falsch angebrachten Mitleid geschieht. Das Wild, welches der Mensch angefaßt hat, wird von der „Mutter“ nicht mehr angenommen und muß so hilflos zu Grunde gehen. Es sei daher das Beste, die jungen Tiere nicht zu stören und ruhig weiter zu gehen. Herr Kottmeier bittet ferner das Abreißen von Zweigen, das Betreten der Kulturen und das Liegenlassen von Frühstückskörben zu unterlassen, damit der Wald als Erholungsstätte für Hunderttausende erhalten bleibe.

Noch ein Automobil-Unfall. Auf der Fahrt von Hamburg nach Berlin fuhr ein mit zwei Herren besetztes Automobil in der Nähe der Kreisstadt Kyritz (Ostprignitz) in den Chauffeegraben hinein. Der Kraftwagen stürzte um und begrub die beiden Insassen unter sich. Die Automobilfahrer, vermutlich zwei Kaufleute aus Berlin, hatten bei dem Unfall schwere innere Verletzungen davongetragen und mußten nach dem Krankenhaus in Kyritz gebracht werden. — Die Verletzungen des Baumeisters Radmann, der ebenfalls auf der Hamburger Chaussee in der Nähe der medienburgischen Residenz Ludwigslust bei einer Automobilfahrt verunglückt ist, haben sich doch als ernster herausgestellt, als man ursprünglich annahm. Herr L., der nach Berlin gebracht wurde und sich in seiner Wohnung befindet, hat allen Anschein nach innere Verletzungen davongetragen, die jedoch glücklicherweise nicht lebensgefährlich sind.

Ein Geisteskranker im Rettungslahn. Ein rätselhafter Vorfall beschäftigte gestern abend die Feuerwehr und die Polizei. In der Nähe der Mühlendammbrücke an der Fischerbrücke wurde abends um 8 Uhr ein brennender städtischer Rettungslahn auf der Spree treibend bemerkt. Die sofort alarmierte Feuerwehr besiegte den Kahn, auf dem sich ein Mann befand, und löschte die Flammen, die schon die Spannen des Rahnes, einen Wootshalen und die Ruder ergriffen hatten und von Brennholz, das man in den Kahn getragen hatte, genährt wurden. Der Insasse des brennenden Rahnes, dessen Kleidung schon Feuer gefangen hatte, wurde nach heftigem Widerstand festgenommen und der Polizei übergeben. Auf der Polizeiwache gab der ansehenden geistesgestörte Mann an, den Kahn an der Jannowbrücke bestiegen zu haben. Er will der am 1. Februar 1888 zu Berlin geborene Kaiser Eduard Rogalski sein. Da seine Wohnung nicht ermittelt werden konnte, wurde er zur Beobachtung seines Geisteszustandes der städtischen Irrenanstalt Herzberge überwiesen. Hätte die Feuerwehr den Kahn an der Fischerbrücke nicht aufgehoben, dann wäre er der Gefahr ausgesetzt gewesen, auf offenem Wasser mit dem Insassen zu verbrennen, denn das Betreten des brennenden Rahnes war angesichts des Widerstand leistenden Mannes nicht ohne Gefahr.

Aus dem Refort für Sozialistenbildung. Von einer Rangiermaschine wurde in Potsdam auf dem Güterbahnhof der 43jährige Weidensteller Friedrich Hübscher aus Neuenborf übersahren und entsehtig verstimmt. Er hatte als Weidensteller von der beim Wannseebahnhof gelegenen Bude V aus seit morgens 6 Uhr Dienst gethan und eben seine Frau, die ihn das Mittagessen gebracht hatte, über die Weide hinweggeleitet, als er von einer Lokomotive erfasst und auf die Weide geschleudert wurde. Die Maschine fuhr ihm darauf beide Unterarmen ein in der Mitte ab und schleppte ihn mit dem Aftersack ein Stück weiter, wobei Hübscher auch noch die rechte Hand abgefahren wurde. Besinnungslos wurde er nach Auslegung eines Notverbandes mittels eines Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo er, als die lose herabhängenden Gliedmaßen amputiert wurden, die Besinnung wieder erlangte. Er bat, ihn auf die rechte Seite zu legen, da er heftige innere Schmerzen habe, die anscheinend von einer Querschnitt der Brust herrührten. Es besteht wenig Aussicht, Hübscher, der Vater von 5 Kindern ist, am Leben zu erhalten. — Ein zweiter Unfall hatte sich am Vormittag gleichfalls auf der Wannseebahn in Schlachtensee ereignet. Der aus Berlin stammende Arbeiter Koch wurde dort seit kurzer Zeit mit Arbeiten auf der Strecke beschäftigt und war beim Schienenabladen thätig. Dabei wurden ihm drei Finger der rechten Hand

total abgequert. Koch wurde gleichfalls nach Potsdam ins Krankenhaus gebracht.

Ein Oberfeuerwehrmann bei einem Brande schwer verunglückt. Von der Kaserne des zweiten Garderegiments aus wurde gestern vormittag 11 Uhr die Feuerwehr alarmiert. Als der Löschzug 13 unter Leitung des Brandmeisters Dannehl zuerst an der Alarmstelle eintraf, stellte sich heraus, daß das Feuer hinter dem Exerzierschuppen und zwar in der Marienstr. 23 wüthete. Es brannten große Strohhäufen und Futtervorräte der Pferdehandlung von Gustav Joachimsthal, die im zweiten Stock des Luergebäudes und der beiden Seitenflügel untergebracht waren. Im ersten Stock und in den unteren Räumen standen 70 Pferde. Da durch die verkehrte Feuermeldung die Wehr irreführt war, so fand sie bei ihrer etwas verspäteten Ankunft schon einen großen Brandherd vor. Brandmeister Dannehl gab sofort die Meldung „Mittelfeuer“, weil auch der Exerzierschuppen anfangs gefährdet war. Bald waren sechs Löschzüge in Thätigkeit und von verschiedenen Seiten wurde gegen die Flammen vorgegangen. Hierbei ereignete sich ein bedauerndwerter Unfall. Der Obermaschinenführer Pichuch vom 15. Löschzug aus der Turnstraße bestieg mit einer Schlauchleitung eine Stodleiter, wobei diese zwar von Feuerwehrmännern gehalten wurde, aber trotzdem ins Schwanken geriet. Pichuch stürzte infolgedessen herab, zog sich eine schwere Kopfverletzung zu und mußte sofort nach dem Roabiter Krankenhaus geschafft werden. Die in den Stallungen untergebrachten 70 Pferde wurden rechtzeitig ins Freie gebracht. Eine enorme Verqualmung erschwerte die Ablösung sehr, doch war nach einstündigem Wassergeben die Hauptgefahr beseitigt. Der zweite Stock des rechten Seitenflügels und Luergebäudes brannte aus und was dabei nicht direkt durch Feuer vernichtet wurde, ist durch Wasser wertlos geworden. Die Aufräumungsarbeiten nahmen noch mehrere Stunden in Anspruch.

Der Schiffs- und Güterverkehr auf den Berliner Wasserstraßen hat sich im Jahre 1903 gegen das Vorjahr erheblich gesteigert. Es betrug (die Zahlen für das Jahr 1902 sind in Klammern beigelegt) die Gesamtzahl der durchgegangenen Dampf- und Segelschiffe einschließlich der Personendampfer 6562 (6442), der angelommenen 66 218 (54 476) und der abgegangenen 65 243 (53 315). Das Gesamtgewicht der zu Wasser transportierten Güter betrug nach Tonnen gerechnet: im Durchgangsverkehr 1 396 724 (1 293 206), angelommen sind 6 763 138 (5 361 964), abgegangen sind 731 561 (591 864) Tonnen. — Unter den 1903 in Berlin angekommenen Lastschiffen befanden sich 21 905 Schleppdampfer, 907 Güterdampfer, darunter 34 unbeladen, und 38 338 Segelschiffe, darunter 2597 unbeladen. — Unter den abgegangenen Lastschiffen befanden sich 21 900 Schleppdampfer, 909 Güterdampfer, darunter 94 unbeladen, und 37 304 Segelschiffe, darunter 32 318 unbeladen. — Im Durchgangsverkehr passierten durch Berlin 204 Schleppdampfer, 35 Güterdampfer, darunter 6 unbeladen und 6323 Segelschiffe, darunter 459 unbeladen. — Floßhölzer gingen durch Berlin im Jahre 1903 1393 Tonnen (gegen 1422 im Vorjahr). Anlaken 6857 Tonnen (gegen 2277); abgingen 130 Tonnen Floßhölzer; in den beiden letztvergangenen Jahren wurden keine solchen von Berlin aus weggeschickt. — Die Schifffahrt war im Jahre 1903 auf der Spree und dem Landwehrkanal nicht unterbrochen, dagegen ruhte sie auf dem Berlin-Spandauer Schiffkanal an 33 Tagen wegen Eises.

Arbeitslose als Schwindelobjekt. Ein Vorjuchschwindler, der sich Hans Wilhelm nennt, ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Ob der Name richtig ist, steht noch dahin. Der Mann kam von Magdeburg hierher. Eine Wohnung hatte er nicht. In einer einzigen Stube, die er bald hier bald dort mietete, betrieb er angeblich einen Stellennachweis für ländliche Arbeiter. Er zeigte an, daß er zehn, zwanzig oder noch mehr Arbeiter und Handwerker für das Land sofort suche. Von jedem, der sich meldete, ließ er sich einen halben Vorjuch geben und händigte ihm einmittleilen den „Stellenbeken“ ein. Wenn die Leute nach einigen Tagen wiederkamen, um sich zu erkundigen, wo sie angenommen seien, hatte Wilhelm sein Bureau schon wieder verlegt, ohne zu hinterlassen, wohin er gezogen war. Ein Arbeitsucher, der schon einmal 3 M. eingekauft hatte, versuchte es gestern doch noch einmal, mit einem Bureau in einer andern Straße. Zu seiner Überraschung traf er hier Wilhelm wieder und ließ ihn jetzt festnehmen.

Zwei mutmaßliche Kindesmorde beschäftigen wiederum die Kriminalpolizei. In der Skalitzerstraße wurde von einer Hausfrau in einem Bette, das von dem Dienstmädchen Anna Thiede benutzt wurde, die Leiche eines neugeborenen Knaben gefunden, während das Mädchen sich auf dem Hausboden zu schaffen machte. Die 23 Jahre alte Mutter wurde als Polizeigefangene in ein Krankenhaus, die Leiche zur gerichtlichen Sektion nach dem Scheunenhof gebracht. — Die zweite Kindesleiche fand man ebenfalls gestern vormittag auf dem Bahnhof Schönhauser Allee in einem Abfluchrohr. Sie kam zum Vorschein, als man das seit Mittwoch verstopfte Rohr reinigte.

Vermisst wird seit dem 20. Februar d. J. der Buchhalter Will Schulz, am 9. Juli 1885 in Forst geboren, bisher Brunnenstr. 190 bei Schulz wohnhaft gewesen. Derselbe wollte sich am genannten Tage nach seiner Arbeitsstelle in Lichtenberg begeben, ist dort aber nicht eingetroffen. Es wird Selbstmord vermutet. Schulz ist 1,65 Meter groß, hat blonde Haare, blaue Augen, vollständige Zähne, Anflug von Schnurbart, gelbe Gesichtsfarbe und war kesseidet mit schwarzem steifen Hut, dunkelkarriertem Jackettanzug, Schmirstiefeln, grauen Strümpfen, rot und schwarzer Krawatte, weißer Wäsche, gez. O. S. Nachrichten werden mündlich oder schriftlich zu den Akten 2009 IV 32 04 von der Berliner Kriminalpolizei, Zimmer 246 II, oder in jedem Polizeirevier entgegengenommen.

Feuerbericht. Neben dem großen Brande in der Marienstr. 23 hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden eine ganze Reihe kleiner Feuer zu besichtigen. In der Pallosstr. 14 war in einem Keller allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial in Brand geraten; während in der Kolbergerstr. 5 im vierten Stock Möbel, Kleidungsstücke usw. in Flammen standen, die auch den Fußboden beschädigten. Nachmittags wurde die vierte Compagnie nach der großen Präsidentenstr. 2 gerufen, weil hier dichter Rauch aus einer Badestube drang. Es lag aber, wie sich herausstellte, keinerlei Feuergefahr vor, sondern lediglich Ueberheizung eines Ofens vor der Grund des erstirrenden Qualms. Auf dem Anhalter Güterbahnhof brannte gegen Mitternacht ein Waggon Kieftohlen, während in der Liebenwalderstr. 33 ein Pferd aus einer Grube, in die es gestürzt war, herausgeholt werden mußte. Alle übrigen Alarmierungen, die die Wehr noch nach der Prinzenstr. 95, Rangstr. 91 usw. führten, betrafen durchweg Brände, die teils vor Ankunft der Wehr bereits von Hausbesohnern abgelöscht waren, teils die Löschzüge nur ganz kurze Zeit beschäftigten.

Die Orgelvortrüge in der Marienkirche müssen am 18. und 25. April ausfallen, da Herr Musikdirektor Diemel erkrankt ist.

### Aus den Nachbarorten.

Higdorf. Die Stadterordneten-Versammlung nahm in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag einige Mitteilungen des Vorstehers entgegen, unter anderem die, daß auch der Stadtrat Dr. Pöppe wegen Ueberlastung sein Amt niederlege, so daß dem Magistratskollegium nunmehr zwei Mitglieder fehlen. — In der Tagesordnung eintretend, stimmte die Versammlung dem Vorschlage ihres Wahlausschusses zu, in kürzester Zeit eine Ersatzwahl für die ausgeschiedenen Stadterordneten der 3. Abteilung Heinrich und Bach (Soz.) zu veranlassen. — Zur Aufhebung liegt der Versammlung eine Erweiterung der Polizeiverordnung vor, die das Ausrufen der Händler und das Pfeifen in allen in den Straßen verboten. Diefem Verbot soll nun auch das Ausrufen von Waren unterliegen. Nach längerer Diskussion zwischen der bürgerlichen Mehrheit und dem Magistrat wird ein von



Der Verteidiger beantragte schließlich event. eine Augenscheinnahme an Ort und Stelle.

Der Gerichtshof beschloß, die Verhandlung auf Sonnabendvormittag 9 Uhr zu vertagen, inzwischen aber Freitagabend 8 Uhr an Ort und Stelle das Gelände in Augenschein zu nehmen.

### Gerichts-Zeitung.

Ein räuberischer Diebstahl im Mhl für Obdachlose beschäftigte gestern das Schöffengericht des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurden der Arbeiter Martin Graebert, der Kaufmann Friedrich Zeit und der Kaufherr Emil Arndt vorgeführt. Graebert und Arndt sind mehrfach vorbestraft. Zeit ist bisher unbescholten, er scheint durch widrige Verhältnisse heruntergekommen und in schlechte Gesellschaft geraten zu sein.

Das schwere Brandunglück in Bröh, dem am 8. Juni v. J. ein braver Feuerwehrmann zum Opfer gefallen ist, beschäftigte gestern längere Zeit die zweite Strafkammer des Landgerichts II. Wegen

fahrlässiger Führung wurden der Kaufmann Emil Boeder und der Schloffer und Monteur Joachim Drehe zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte Boeder betreibt in seinem eignen Hause, Werderstr. 49 in Bröh, ein Kolonialwarengeschäft. Unter dem Laden befindet sich ein Vorratsseller. Als Herr Boeder am 8. Juni, abends gegen 6 Uhr, diesen Lagerkeller betrat, um Spiritus abzufüllen, entstand eine Detonation, ein Spiritusfaß stand plötzlich in Brand und Herr Boeder, der versuchte, die Flamme zu erlöschen, wurde von den Flammen erfaßt und mußte sich, einer Feuerfäule gleich, in den Laden retten.

### Vermischtes.

Wasilij Wereschtschagin umgekommen? In Petersburg gehen Gerüchte um, daß bei dem Untergang der „Petropawlowsk“ auch der Roter Wasilij Wereschtschagin umgekommen sei.

Aus New York wird über das schreckliche Schicksal eines Tauchers gemeldet: Einer der Taucher, die das Jersey City-Beden von Boonton ausbesserten, hat höchst wahrscheinlich einen furchtbaren Tod gefunden. Am 2. Uhr nachmittags am 11. April tauchte ein Mann in Taucherkleidung auf dem Grund des Bedens, 70 Fuß unter dem Wasserspiegel. Kurz darauf gab er das Zeichen, daß er in Not wäre. Zwei seiner Kameraden tauchten hinab und fanden, daß eines seiner Beine durch eine riesige Holzstange, die mit Blei beschwert war, festgehalten wurde.

das Hindernis wegzuschaffen, doch bisher ohne Erfolg. Der erst gefelderte Taucher wurde mit Luft versorgt und gab in Zwischenräumen das Zeichen „Noch am Leben“. Das letzte Zeichen wurde am 12. April um 1/2 Uhr nachmittags gegeben, es klang aber schwach und unregelmäßig, als ob der in den Tiefen der See gefangene Taucher immer schwächer würde. Einer der Taucher, der darauf hinabtauchte, erblckte den Sterbenden durch die Gläser des Tauchershelms und teilte mit, daß er noch mützig und gesammelt erschiene, aber offenbar die Hoffnungslosigkeit seiner Lage erkenne. Drei Taucher, die in der Folge heraufgebracht wurden, sanken vor Erschöpfung sofort in Ohnmacht. Als sie wieder zum Bewußtsein kamen, berichteten sie, daß der ganze Körper des gefesselten Tauchers jetzt unter die Kugel gezogen wäre, und daß seine Beine anscheinend gebrochen wären. Allgemein glaubt man jetzt, daß er tot ist.

### Marktpreise von Berlin am 14. April 1904

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and oil. Columns include item names, grades, and prices in different units.

### Witterungsübersicht vom 15. April 1904, morgens 8 Uhr.

Table showing weather conditions across various stations like Göttingen, Hamburg, Berlin, etc., including temperature and wind direction.

### Wetter-Prognose für Sonnabend, den 16. April 1904.

Etwas wärmer, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen südlichen Winden.

### Briefkasten der Redaktion.

Agitator. Sowohl nach China wie nach Südafrika sind die Soldaten kommandiert. Geographie. Das ist natürlich Verhöhnung. D. W. 16. 1. 13 Stellen; 2. 19 Stellen. — 2. Dumme II. No. — Erwin 99. Ein preussischer Worgen = 180 Quadratruten = 25,532 Ar.

Socialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. (Süd-Ost.) Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer Wilhelm Jaensch...

Todes-Anzeige. Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Hausdiener Richard Senkel...

Verhand der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Verhändler Albert Buse...

Ihrem hochverehrten, langjährigen Dirigenten Herrn Fritz Patschau und Frau zum Feste der silbernen Hochzeit ein dreimaliges Hoch nach Sängers Art. Gesang-Verein „Corely“.

Gemeinsame Ortskranken-Kasse für Mariendorf und Umgegend. Am 21. April d. J., vor-mittags 9 1/2 Uhr: Ordentliche General-Versammlung im Restaurant Reichardt...

Lächerlich!! 48982\* billig verkaufen wir unsere eleganten Herren-Anzüge, Frühjahrs-Paletots, Kosen etc. in neu, fertige Garderobe zu Preisen von 8.-, 10.-, 12.- bis 25 Mt.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 9. d. Mts. unser kreis und langjähriges Mitglied Wilhelm Jaensch...

Socialdemokrat. Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Osten). Todes-Anzeige. Am 14. d. Mts. starb unser lang-jähriges Mitglied, der Hausdiener Richard Senkel.

Dankagung. Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit allen Freunden und Bekannten, dem Centralverband der Zimmerer und dem Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises...

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten. Sonnabend, den 23. April 1904, abends 8 1/2 Uhr: General-Versammlung sämtlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter...

Landhaus, fünfminütiger, von Wald umgeben, nahe Bahnhof gelegen, herrliche Landschaft, westl. Vorortverkehr, zu dem im Bau befindlich, am 1. Juli beziehbar, verk. inkl. 90 Ruten Land für 12500 M. Offerten an G. W. 423 bei Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103.\*

Patent-Bureau Verwertung, Ausarbeitung zur Anmeldung, Technisches Bureau Kl. Preise. Coull Zahlungsbedingungen. Sprechst. 9-4, Sonntags 11-1. Wolters & Co., Potsdamerstr. 123.

Spar- u. Kreditverein Solidaria. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Gustav Schiefelbein am 13. April verstorben ist.

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Packer Richard Senkel...

Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Berlin. Am Sonntag, den 24. April 1904, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, die Ordentliche Generalversammlung statt...

General-Versammlung sämtlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter im Restaurant Pfeffer, Rosenthalerstr. 57, Hofparterre. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht für 1903. 2. Bericht der Revisoren und Antrag auf Entlastung des Rendanten...

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für [86]15\* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12-2-4.

Berliner Ulk-Trio. Felix Scheuer Ullstraßenstr. 1. (Ortsverwaltung Berlin u. Umgegend.) Sonntag, den 17. d. M., nachm. 5 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75: General-Versammlung.

Centralverein der deutschen Böttcher. (Filiale Berlin.) Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Ehrenmitglied Hermann Lendel am 14. d. Mts. im 68. Lebensjahre gestorben ist.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister. Am Montag, den 11. d. M., verlor nach längerem Leiden in der Charité unser lieber Kollege und langjähriges Mitglied Rudolf Pohle.

Kranz- und Blumenbinderei von L. A. Trothe, Wrangelstr. 11, Markthalle IX, Stand 251/252, Eisenbahnstraße, 46142\* Dr. Schönemann Spezialarzt für Haut-, Gorn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

Orts-Krankenkasse der Bureau-Angestellten. Die für das Jahr 1904 gemählten Delegierten werden hiermit zu dem am Dienstag, den 26. April d. J., abends 8 1/2 Uhr, in den Armirenhallen, Kommandantenstr. 20, stattfindenden General-Versammlung eingeladen.

Segler-Schloss Hankels Ablage. Empfehle meine Säle für große und kleine Gesellschaften, Vereine und Fabriken. Ich habe im Juni und Juli noch mehrere Sonnabende und Sonntage frei. W. Heinrich.

Reederei Nobling. Morgen Sonntag, den 17. April 1904: 48912\* Dampfer-Extrafahrt nach der Berliner Schweiz. Abfahrt von Jannowitzbrücke (Schulzeiß-Kirchhof) 9 Uhr vormittags, 2 Uhr nachmittags. Rückfahrt 6 1/2 Uhr. Jahrespreis für Hin- und Rückfahrt Erwachsene 75 Pf., Kinder 50 Pf. 66 dabei ergeht ein Hermann Gärtner.

Dritter Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Erfurt, 14. April.

In der heutigen Sitzung wurden zunächst die von der Kommission ausgearbeiteten Vorschläge zum Punkt Agitation und Organisation beraten. Es handelte sich dabei hauptsächlich darum ob der Verband die Gaueinteilung, die von verschiedenen Mitgliedern gewünscht wird, einführen soll.

In der Nachmittagsitzung kamen Anträge zur Verhandlung, welche die Organisierung der weiblichen Angestellten im Gastwirtsgewerbe fordern. Die Stellung des Verbandes zu den weiblichen Angestellten präzisierter der Verbandsvorsitzende Pöschel dahin: Die Kellnerinnen in Anniertneipen seien

keine Gastwirtsgehilfinnen, sie seien nicht da um die Gäste zu bedienen, sondern um sie zu amüsieren. Diese Kellnerinnen seien auch nicht organisationsfähig. Ein Teil der Kellner sei bereit, die Polizei zu Hilfe zu rufen zur Bekämpfung des Unwesens der Anniertneipen.

Hierauf hielt Pöschel ein eingehendes Referat über den Arbeiterschutz im Gastwirtsgewerbe. Er führte unter anderem aus, daß die Gastwirte bemüht sind, eine Verschlechterung der zum Schutz der Gastwirtsgehilfen erlassenen Bundesratsverordnung zu erreichen, während die Gehilfen einen weitergehenden Schutz fordern.

fahte die Forderungen, welche der Verband hinsichtlich des Arbeiterschutzes stellt, in folgender Resolution zusammen, die einstimmig angenommen wurde:

Der Verbandstag erklärt unter Bezugnahme auf die von früheren Verbandstagen und Kongressen gefassten Beschlüsse: Als die wichtigste Bestimmung der Bundesratsverordnung ist die alle 2 bzw. 3 Wochen zu gewählende Ruhezeit von 24 Stunden anzusehen. Sie hat sich nach den Erfahrungen der 2 Jahre, seitdem die Bundesratsverordnung in Kraft ist, als die einzig wirksame, weil einigermaßen kontrollierbare Maßnahme erwiesen.

Der Verbandstag beauftragt deshalb die Hauptverwaltung, der Reichsregierung eine Eingabe zu unterbreiten, in welcher die Festlegung des Ruhetags durch Gesetz gefordert wird.

Zu besonderen ist zu beantragen, den § 105 i der Reichs-Gewerbeordnung dahingehend abzuändern, daß den Angestellten im Gastwirtsgewerbe, an Stelle der Sonntagsruhe, ein Erjas-Ruhetag von 36 Stunden an einem Werktag einer jeden Woche zu gewährt ist.

Im übrigen haben die Hauptverwaltung und Ortsverbände nach wie vor mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für strenge Durchführung der Bestimmungen der Bundesratsverordnung Sorge zu tragen und dahin zu wirken, daß in allen Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern die tägliche Ruhezeit auf 9 Stunden ausgedehnt wird.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbschmale Hüfte-Taschen. Große Hüften umfassen. Die Hose

bei Entnahme von 4 M. 50

- schwarze Monteur-Jacke 1 R. 90
schwarze Monteur-Hose 1 R. 50
schwarze Monteur-Jacke Prima Körper-Gewebe 2 R. 50
schwarze Monteur-Hose Prima Körper-Gewebe 2 R. 10
Randschleifer-Hose 8,75, 5,50, 4,50, 3 R. 50
Gefäßt. Randschleifer-Jacke 14,50, 8,75
Beige Jäger-Jacke 3,50, 2 R. 75
Konditor-Jacken, dreifach 4 R. 50
Rader-Mittel 3, 2,50, 2 R.
Reiniger-Mittel (braun) 3, 2 R. 40
Beige Leder-Jacke, dreifach 7,50, 3 R. 75
Beige Lederhosen 4,50, 2 R. 90
Reiniger-Anzüge, Mann, nach Vorwahl 5 R. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 24, 25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 23. Preisliste 1904 wird kostenlos und portofrei zugelandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mitteln die Brustweite anzugeben. 47072\*

Verband von 20 R. an franco.

Kraft-Rothwein

Für Blutmangel u. Kranke
Feurig-Süßer
Sanjalucia

Fi. 150 u. 2 M. überall zu haben

in Apotheken, Drogen- und Delikatessen-Geschäften, steht unter ständiger Kontrolle des Gerichts-Chemikers Dr. C. Bischoff.

Eine Mark

wöchentliche Zeitabnahme liefert eleg. fertige Herren-Moden.

Bestellungen n. Maß, tabel. Maß. Werkstatt im Hause.

J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.

Direkt am Alexanderplatz.

Maifeier-Abzeichen

mit verschiedenen Einlagen Groß sortiert Mark 9,- 1 Nachnahme 2,-

Rudolf Langer & Co., Weinbühls 76, bei Dresden.

Sommer-Paletots

Die Preise sind billig aber streng fest.

moderne, chic Form, mit senkrechten oder geraden Taschen, von mittel- oder dunkelfarbigen, melierten, gestreiften oder gesprenkelten Stoffen, teilweise auf Seide gearbeitet, elegant und tadellos sitzend: 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50 und 55 M.

Grösste Auswahl von Knaben- u. Jünglings-Garderobe.

Jackett-Anzüge

ein- u. zweireih. Form, modern und chic gearbeitet, vollständiger Ersatz für Massarbeit: 20, 25, 30, 35, 40, 45 und 50 M.

Beste Verarbeitung. Vollständiger Ersatz für Massarbeit.

Grosse Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe

Berlin 50. Berlin W.

Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 113a.

Potsdam, Nauenerstr. 23.

Möbel auf Teilzahlung. H. & M. Lewent,

Günstige Zahl-Bedingungen. Oranienstr. 131.

Grosser Posten bei Bartz & Co. lombardiert

gewesener Herren- und Knaben-Garderoben wird jetzt

Belle-Alliancestr. 107,

am Halleschen Thor - Haltestelle der Strassenbahn und Hochbahn

zu noch nie dagewesenen Preisen verkauft:

Herren-Anzüge, moderne Fassons, schon für M. 5.75

Herren-Paletots, " " " " 5.50

Herren-Hosen, " " " " 1.80

Knaben-Anzüge, blau und farbig " " " " 1.50

485b\*

Cigarren-Fabrik-Lager Rosenstrasse 18, I. Etage (nahe Bahnhof Börse) Rosenstrasse 18, I. Etage. Billigste Bezugsquelle für Händler! Cigarren mit langer Einlage... von M. 16,- bis 24,75... BELL & CO. Fernsprecher: III 3716

Preise nie wiederkehrend! Nach beendetem Umzuge sind die Preise auf: Teppiche, Gardinen, Portieren etc. bis zu 33 1/3 % herabgesetzt. Jede Hausfrau benütze diese günstige Gelegenheit! Teppichhaus B. Adler & Co. Königstr. 20-21, an der Judenstrasse, im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Reisszeuge und einzelne Teile derselben findet man nur in ganz vorzüglicher Auswahl, gediegener Ausführung und zu billigsten Preisen in dem Special-Geschäft für Präzisions-Mechanik und Optik von Carl Buttendorf, Berlin N. 54, Weinbergsweg 15b, 4. Laden vom Rosenthal-Tor. Bitte genau auf Firma und Haus-Nr. 15 b zu achten. Reisszeuge: für Schöler zu M. 1,25, 2,00, 4,00 bis 8,00, für Techniker zu M. 5,00, 6,00, 8,00 bis 120,00. Illustrierte Kataloge gratis und franco.

Schirme, Krawatten, Wäsche, Handschuhe, Gottmann, Gr. Frankfurterstr. 130. Diese Façon 1,80 M. Feinere Qualitäten 3,50 M. Haarhüte von 5,50 M. an. Regenstromein größt. Auswahl von 1,50 M. an. Krawatten p. 00 M. an Schichten p. 15 M. an. Oberhemden, Krugon, Manschetten, Cravattes in bester Qualität. farbige Glacés, Paar 1,50 M. !!

Sofastoffe. Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle, Reste! Moquettos, Plüsch, Satteltaschen. Muster b. näher Angabe franco. Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Paul Hilberts Restaurant u. Garten Halensee, Kurfürstendamm 126. Erste Galanterie für Kremier, Jubpartien usw. am Bahnhof Halensee. Besonders gepflegte Biere. Reichhaltige Preisenterte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee kochen. Zahlreichem Besuch recht entgegen 47332\* Paul Hilbert.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seddinsee. (Endstation der „Storn“-Dampfer). Hermann Peter. Telephon: Grünau No. 39. Empfehle mein alldemselbstes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Kuchspannung und Dampferstege, Regelmäßige, große Kaffeezeiten. Zäle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Schmöckwitz Restaurant Seddin-See. Empfehle mein herrliches und alldemselbstes, solides, am Wald und Wasser gelegenes Lokal zu den bevorstehenden Partien. Auch stelle ich die billigsten Dampfer. Aug. Noack.

Table with 2 columns: Item (Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Paletots, Hosen, Frühjahrs-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen, Sportkleidung, Gummimäntel, Knaben-Anzüge) and Price (von 17,50 M. an, 22, 25, 18, 5, nach Mass von 30, 33, 10, in grösster Auswahl).

M. Schulmeister Schneidermeister Dresdenstr. 4, Hauptstrasse 139 (Schöneberg). Ecke Adalbertstrasse.

Streng feste Preise.

# Leihhaus Friedrich-Strasse 131D

1. Etage Ecke Karistrasse, zwischen Oranienburger Thor und Bahnhof Friedrichstrasse Kein Laden

Täglicher Verkauf streng moderner Herren-Garderoben. Der Preis ist auffallend billig, aber streng fest und mit grossen Zahlen an jedem Stück vermerkt.

**Frühjahrs-Paletots** . . . . . Mark **7.50**  
10,-, 12,-, 15,-, 18,-, 20,-, 25,-, 30,- Prima

**Herren-Stoffhosen** . . . . . Mark **2.-**  
3,-, 4,-, 5,-, 6,-, 7,-, 10,- Prima

**Herren-Stoffanzüge** . . . . . Mark **8.50**  
10,-, 12,-, 15,-, 18,-, 20,-, 25,-, 30,- Prima

**Kellner-Anzüge** . . . . . Mark **11.-**  
Kellner-Jackets für 7 Mark.

Werktäglich von morgens 8 bis abends 9 Uhr geöffnet. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr. Pol. konz. Leihhaus.

**Ziehung 10. Mai**  
Genehmigt durch Ministerial-Erlass f. d. ganze Preuss. Monarchie. 27. Lott. z. Hebung d. Pferdezucht.

**Stettiner Lose à 10 Mark**  
(Parte a. Liste 20 Pf.) Gewinne können nach Ziehung freihändig oder auf Auktion verkauft werden gegen

**Baar-Geld.**  
4114 Gewinne im Gesamtwerthe von

**135,000 Mark**  
davon 110 Reit- und Wagenpferde mit 7 Equipagen:

**112,000 Mark**  
4000 Silbergewinne mit

**21,200 Mark**  
und noch 10 elegante Fahrräder 1890 A.

Stettiner Lose verwendet der General-Debit:

**Lud. Müller & Co.**  
Berlin, Breitestr. 5. (Telegr.-Adr.: Müllermüller.)

**Lose auch zu haben in Lotterie- und Cigarrengeschäften.**

**Oscar Arnold**  
Grösstes Special-Geschäft  
Engros für Filzhüte, Strohhüte u. Mützen Export  
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden)  
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen  
und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

**bewährteste Nahrung für Kufeke's Kinder**  
gesunde u. magen-darmkranke Kinder.

**Buss' Salon**  
85 Grosse Frankfurter-Strasse No. 85.  
Sonnabende

für Sommerfeste usw. zu vergeben. - Grosser Naturgarten mit Bühne. Jeden Sonntag, Donnerstag und Freitag: Großer Ball. 48692

**Gardinen und Stores**  
weiss, crème und ockerfarben abgepasste Fenster - 2 Shawls.

Echt engl. und Brüssel- 12.- 2 50  
Tüll, m. Band eingef. bis 9 50 Mk.

Prima Spachtel-Tüll, 18.- 9 50  
mit Batist-Auflage bis 9 50 Mk.

Echt Erbstüll, reich m. 25.- 8 75  
Bändch., Handarb. bis 8 75 Mk.

Relief-Tüll-Stores, neue 5.- 2  
Seccions-Muster bis 2 Mk.

Echt Spachtel-Stores, 12.- 5 25  
Applikat m. Spinnen bis 5 25 Mk.

Point lace, Stella- und 18.- 6  
Lacet-Stores auf Erbstüll, Neuheit bis 6 Mk.

Vorjährige Muster u. Restbestände fast für die Hälfte des Preises.

**Teppich-Haus B. Hurwitz,**  
Rotes Schloss,  
vis-a-vis d. Nationaldenkmal  
Telephon 1. 8311. 4718L

Reiche Auswahl in farbigen Rouleaus, Bonnettes und Brise-Bisc, Madras-Stores, Bettdecken, Zierdecken und Läufern.

**Gross-Destillation, Sprit-, Liqueur-Fabrik**  
Manteuffelstr. 32, Ecke Waldemarstr.  
Heute, Sonnabendnachmittag 4 Uhr:  
**Eröffnung.**

## Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**

**Restaurant billig zu verkaufen.** Näheres Köpenickerstr. 5 im Cigarrengeschäft. 22018

**Grünbaum, Materialen, Holz- und Kohlenhandel** ist billig zu verkaufen. Ringbahnstr. 27. 1132

**Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre.** 137

**Vorjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Beinkleider, aus feinsten Stoffen** (Spottbillig) täglich, zurückgegebene Paletots, Beinkleider, Anzüge, Havelocks, Hosen entsprechend billiger. Sonnabendverkauf. Deutsches Verandhaus, Nägerstr. 63, I. 1132

**Herzlicher, Herrenanzüge, wenig getragen** Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur passend, auch neue, zurückgegebene, kann man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Hähnel, Rosenhainstr. 15 III. 108/17

**Krawattenhändler, größte Auswahl** Wallnertheaterstr. 30. 4158

**Weiche Herrenhüte, gute Qualität,** Stück 95. Feinste, bessere Sachen enorm billig. Gutshaus, Comptoir Neue Friedrichstr. 81 I, Ecke Königstr. und Dalmatinerstr. 37 a parterre, früher Kaiserstr. 25 A. Sonntags geöffnet. 23998

**Teppiche!** (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Paderloher Markt 4, Bahnhofstr. 93/22

**Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Mäße, Tischdecken, Regulatoren, Anzüge, Sommerpaletots, Remontoirhosen, Uhrenten, Spiegel, Silber, Möbel** (Spottbillig) Leihhaus, Alexanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 89/13

**Betten, Gardinen, anerkannt** (Spottbillig) Bezugsquelle Wandbleichhaus Weidenweg 19. 155

**Steppdecken, Tischdecken, Teppiche** (Spottbillig) Wandbleichhaus Weidenweg Nr. 19. 155

**Regulatoren, Freileitung, Spiegel, Stühlenrahmen** (Spottbillig) Wandbleichhaus Weidenweg 19. 155

**Taschenuhren, Herrenketten, Damenketten, Schmuckgegenstände** (Spottbillig) Wandbleichhaus Weidenweg 19. 155

**Travertine, Kalksteinmische** (Spottbillig) Wandbleichhaus Weidenweg 19. 155

**Vertinette, Bettbezüge, Bettdecken** (Spottbillig) Wandbleichhaus Weidenweg 19. 155

**Sommerpaletots, Nachanzüge, Herrenhosen, Damenhosen, Kleideranzug, (Spottbillig), Wandbleichhaus Weidenweg 19. Verkaufzeit bis 9 Uhr abends. 155**

**Möbelverkauf.** In meiner Möbel-Fabrik, Oranienstr. 15, am Dalken Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, versehen mit neuen und alten Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gebrauchte Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat der besten gewaschenen und zurückgegebener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Beistelle mit Matr. 20, Tischspinde, Vertikal 30, Salonarmatur, Tischspindeln 105, Büchereistellen mit Matr. 40, gezeichnete Büchereistellen, Beistelle mit Vertikal 85, Schreibtisch 40, Englische Schlaf-stimmer, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil. 21778

**Schlüssig verschiedene Möbel,** Tischspinde, Schreibtisch, Büchereistellen, Vertikal, Spiegel, Cigaretten-geschäft Brinzenstr. 77. 89/19

**Sofa, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik** Blumenstr. 35 b. 21748

**Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgegebene** (Spottbillig). Schneider, Kurfürstenstr. 172. 1508

**Teppiche mit Farbentwürfen** (Spottbillig) niedrige Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137

**Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-singeln Mark, Invalidenstr. 148** (Eingang Bergstr.) - Stahlstr. 40, Große Frankfurterstr. 56. 22278

**Damenfahrräder, Corona, Teilzahlungen, ohne Anzahlung, Heide, Danzigerstr. 95. 22278**

**Herrenfahrräder, hohelegant, (Spottbillig), Döring, Solmitzstr. 16. 155**

**Herrenfahrräder, Damenfahrräder** (Spottbillig). Wilsch, Urbanstr. 184. 155

**Fahrräder, hochlein, billig, Kurfürstenstr. 172. 1508**

**Nähmaschinen** (sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Post-fahrt genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. 143

**Wasch- und Bringmaschinen, beste Qualität, billigste Preise.** Bei Anzahlung coulant Bedingungen. G. Beilmann, Goltzowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. 22178

**Gasocherhaus!** Einloch-Gasocher 1,00, Zweiflochgasocher 1,25, Dreiflochgasocher 1,50, Gasbügler 1, Gasplättchen 2, Dreifachmische Bronze-Gastromen 6,00, Gasöfen 1,25, Schenkler-Gasbefeuchtung billig! Bohler, Wallner-Theaterstr. 32. 22338

**Kingsfisher, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,** gebrauchte 12,00, Köpenickerstr. 60/61, Dresdenstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 138

**Intwaschfässer, Eiwannen, Söber, in nur bester Ware.** Teilzahlungen gestattet. Kollhoff, Stahlstr. 108. 22428

**Billige Bezugsquelle für Salon-artikel.** Blutreinigungsmittel, Dienstg-Gesetz, Dugend 2,50. Müller, Richard, Hermannstr. 206. 138

**Vorjährige hochvernehme Herren-hosen** aus feinsten Stoffen, 9-12 Mark. Verandhaus Germania, Unter den Linden 21. 21698

**Steppdecken** (Spottbillig) Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137

**Bett, hochlein, 18,00, Spiegel, Dresdenstr. 38. 4906**

**Damenjackette, Reismode, teils auf Seide, durchweg 9 Mark.** Kosten Steppdecken (Seidenlos) hat 8 Mark durchweg 3,75, große Vorrat Kostüm-röde für jeden Preis, verkauft Julius Neumann, Bellealliancestr. 105. \*

**Galbrenner, tadello, billig, Dampfer, Urbanstr. 37. 4828**

**Waldollette, Radstich, große Beistelle, Sofa, Teppich** (Spottbillig) 34, Goltzowstr. 128

**Schrankgeschäfte, nachweislich zu-gehend, elegantes Inventar, Billard, Musikautomat, Säulenapparat, für tägliches Ehepaar goldschere Fristen.** Preisforderung 1600, erforderlich 1000, Brauerstraße. Große Geschäftsräume, billige Miete. Zahlungskäufliche Selbst-käufer erhalten Kunden Sonntag von 10 bis 12. Magazinstr. 13a, III. 5036

**Baukasten Alt-Gilende (Eisorn-Kanal), landwirtschaftlich, schön, gesund und hoch (am Hallenberg bei Grünau), am genehmigten Straß. Hochbau.** Netto Verkauf Quadratmeter von 3 Mark an, bequeme Zahlungsbedingungen. Kaufamt Alt-Gilende, Bergstr. 1, und Berlin, Wilmers-dorferstr. 41, Matthesen. 4865

**Spind für Bäcker, auch für Kleider** zu brauchen (Restaurateur passend), Salonisch, Siebelpfeiffer, billig zu verkaufen Köpenickerstr. 82, III. rechts. 4865

**Destillation, Brotstelle, flott gehend, verkauft, Demminerstr. 12** (Annahmestelle). 4915

**Dürftoppad** verkauft billig Raumstr. 38 (Reifergeschäft).

**Verkauf Kleiderständer, Vertikal, Spiegel, Tischspinde, Tischspinde, Salonarmatur, 2 Beistellen, Sofa, Tisch, Ausziehtisch, Stühle, Waschtische, Büchereistellen, Bilder, Pianino, alles noch neu, auch einzeln, (Spottbillig) Eventuell mit Wohnung. Gartenstr. 85, I links. 1125**

**Sportwagen, gut erhalten, ver-kauft billig** (Spottbillig). Fürstenstr. 24, IV. Stand Seiten billig zu verkaufen. Nie, Invalidenstr. 124. 1125

**Eiserne Kinderbesten** billig zu verkaufen. Erfragen bei Stolzenburg, Riesenstr. 41. 1130

**Salonquartier** verkauft billig Rogg, Hauptstr. 5. 1129

**Blaustrich-Amazonen, etwas spre-chend, billig.** Weiß, Eisenbahnstr. 15, vorn III. 22498

**Herrenmoden nach Maß, moderne Stoffe, gutsein, empfiehlt billig** Marcus, Dürferstr. 20, I. 155

**Patentanwalt** Dammann, Oranienstr. 57, Rohlplatz. 3028

**Rechtsbureau!** (Andreasplatz), Grünerweg vierundzwanzig, Lang-jähriger Gerichtsbeistand! Rat-erteilung! Eingabengeld! Steuer-berufung! 4095

**Rechtsbureau** Brunnenstr. 11, Langjähriger Prozessbeistand, Eheklagen, Strafsachen, Alimenten-lagen, Steuerfragen, Eingabengeld, Raterteilung. 4798

**Rechtsbureau, Gerichtssekretär,** früherer, Andreasstr. 38. Sonntagsdienst. 4615

**Rechtsbureau (Alexander-Platz),** Kurzstr. 10, Gerichtssekretär, Interventionen, Strafsachen! Rechts-billig! Eingabengeld! 111/1

**Der Stoff hat 7 fertige Herren-anzüge mit Futterlagen 15,00.** Wagner, Schneidermeister, Dichtenbergerstr. 9 (Balladenstr.). Auswahl Anzap-reise billig. 89/18

**Kaufstopperei von Frau Kofsky,** Steinhilberstr. 48, Curgelände hoch-parterre. \*

**Uhren, Goldschmuck repariert** Wilhelm Hilde, Potsdamerstr. 20. 1148

**Aufpolierung!** Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auferm Hause. Bachmann, Blumenstr. 35 b. 31738

**Parföhen** vergibt Selbstgeber, bißfrei. Liebe, Polenerstr. 23. Rück-porto. 4106

**Fahrräder** (Spottbillig) verkauft, beil. Haglaff, Schönhauser Allee 193a. 108/9

**Bücher** (Spottbillig) verkauft, beil. Haglaff, Köpenickerstr. 56, I. Amt I. 8831. \*

**Weraus** (Spottbillig), Schneiderstr. 28, zu Sommerfestlichkeiten verschiedene Sonnabende und Sonntage nach zu vergeben. 22468

**Allen** Genossen und Bekannten zur Nachricht, daß ich mein Lokal von Zwickauerstr. 53 nach Bismarckstr. 3 verlegt habe. Paul Reibler. 133

**Wohnungen.**

**Kleinwohnungen, moderne, ge-sunde, billige** (Erd- und Ober-haus), per sofort und später Kvar-trage 11 (Bahnhof Wedding). 1107

**Schlafstellen.**

**Teilnehmer** für möblierte Schlaf-stelle sucht Witwe Jacob, Kolbergerstr. 26.

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Polstänger, Gesellschaft** Lem-mendorf, Beilstr. 28. 186

**Stellengebote.**

**Ein** guter Granitfahrlhauer erhält sofort lohnende Beschäftigung bei B. Müller, Groß-Nichtersfeld, Wolke-str. 20. 4788

**Kammacher, Dieger** verlangt Kammjährl, Hauptstr. 82. 4695

**Energischer, tüchtiger Bau-materialien-Berater** mit nur besten Zeugnissen über derartige Beschäfti-gung sucht sofort großes Berliner Baugeschäft. Offerten unter E. X. 1613 bei Rudolf Woffe, Brinzen-str. 41, abzugeben. 110/8

**Behring** zur Lederarbeit verlangt Christian, Brinzenstr. 20. 159

**Sanfter** Frauen auf Bill- und Lederarbeiten verlangt Weber, Streifenstr. 7. 4955

**Wamsch** auf belegte Paletots, Bruch, Brunnenstr. 139. 4815

**Frau** oder junges Mädchen zu zwei Kindern, 1 1/2, und 3 Jahre ver-langt Krause, Köpenickerstr. 41, par-terre. 4845

**Näherin** auf Damennachhemden, Nachjuten und Herrenoberhemden verlangt Schulz, Königsgraben 10.

**Arbeiterinnen** auf Strassenbieren 1-6 verlangt Kofsky, Brunnenstr. 44. Meldung von 3 Uhr ab. 108/19

**Im Arbeitsmarkt durch-beforenen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**

**Geldschrank, Schlosser** verlangt Brandes, Alexandrinenstr. 118.

**Wappstickerfabrik.**

**Werkmeister, nachweislich** mit der Fabrikation vertraut, für neues Unternehmen sofort gesucht. Hohes Gehalt en. Familien. Genue Angaben bisheriger Tätigkeit und Zeugnisabschriften unter S. 5 an die Expedition. 4955

**Achtung, Holzarbeiter!**  
Zuzug ist streng fern zu halten von  
**Bautischlern, Einsetzern**  
nach der Werkstatt 81/8  
Maass, Richtenberg, Gagen-str. 55.  
Für Tischler, Drechsler, Bildhauer, Polierer, Maschinenarbeiter:  
Frankel, Waldemarstr. 14.  
Bruns, Volkermöbel-Fabrik, Chorinerstr. 26.  
Ferner ist Zuzug fern zu halten nach Charlotten-burg, da dort Bautischler und Einsetzer im Streit stehen.

**Achtung, Leitgerüstbauer!**  
Die Differenzen bei der Firma Frank & Co. (Altmann), Charlottenburg, sind noch nicht beigelegt. Zuzug für Leitgerüst-bauer ist bis auf weiteres strengstens fernzuhalten. 67/18  
Die Sektionsleitung.

**Detacheure, Plätterinnen**  
bei hohem Lohn gesucht  
Gebr. Altmann'scher Fabrik, Weihensee, Langhandstr. 4. 1134